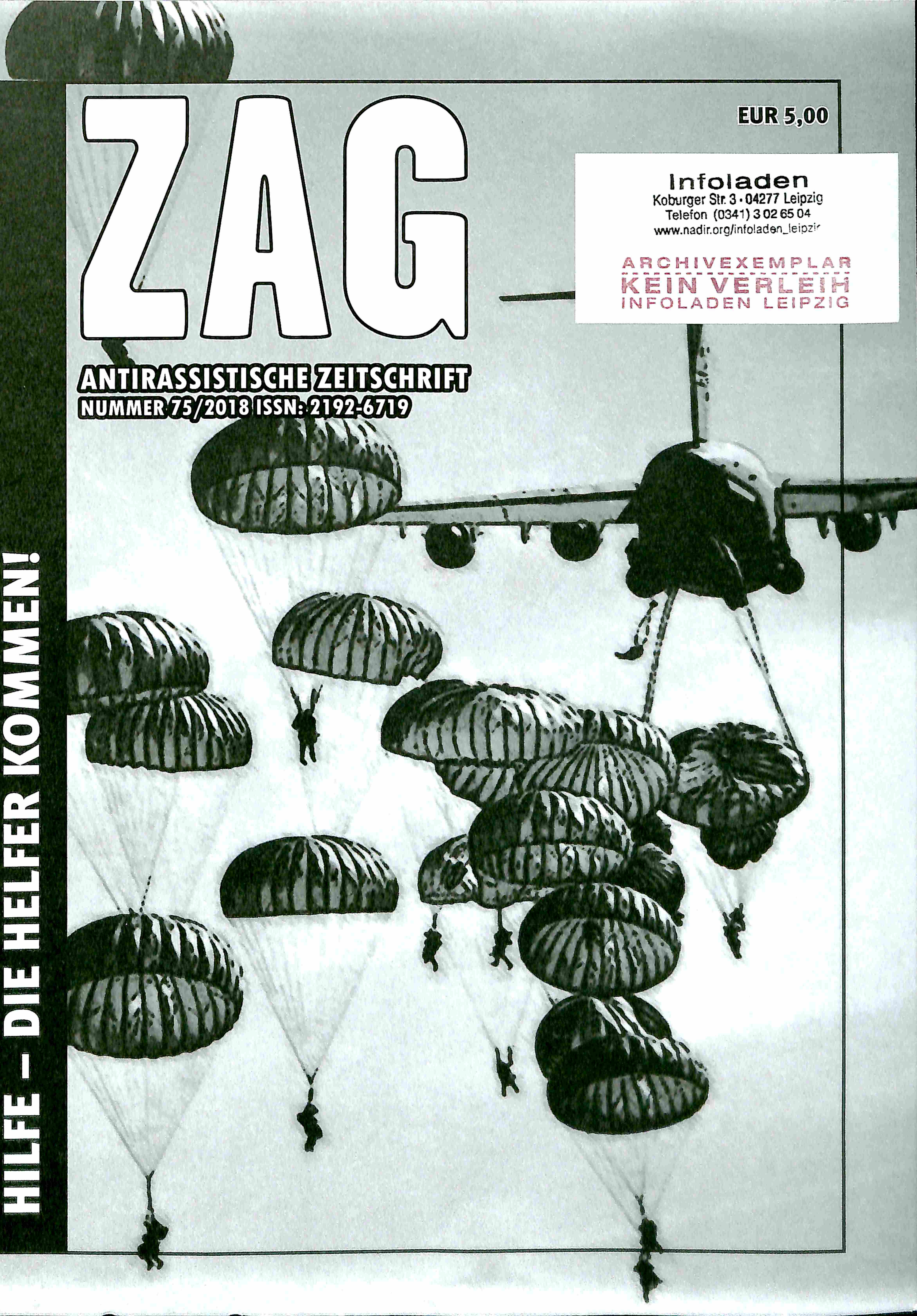
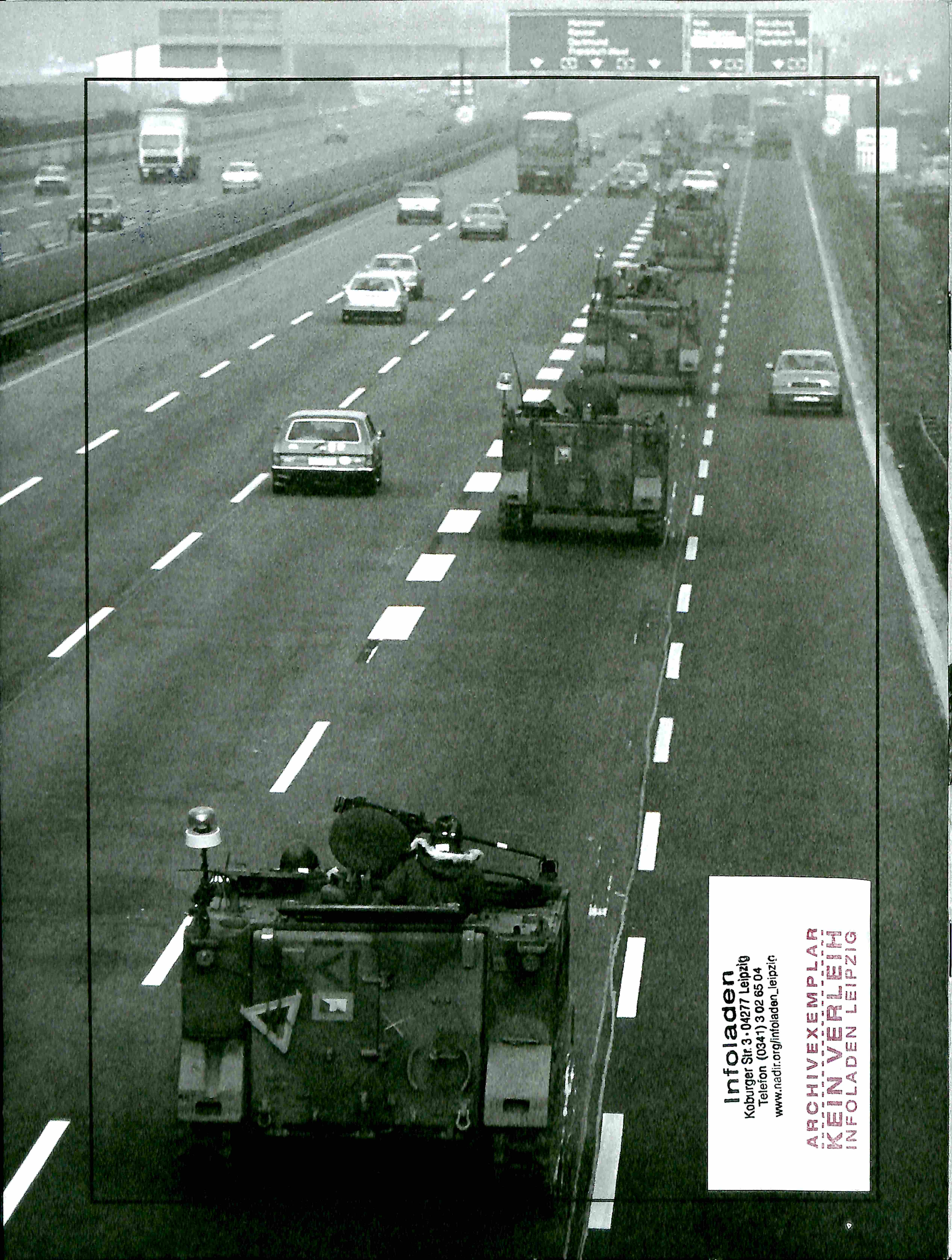

ZAG
EUR 5,00
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 75/2018 ISSN: 2192-6719
HILFE – DIE HELFER KOMMEN!











Abbildungen im Heft

- *Die schnelle Eingreiftruppe für nachhaltige Entwicklung agiert in Kriesengebiet vor unserer Haustür.*

INHALT

EDITORIAL

So, fertig!

Wir sind fertig und unsere Doppelausgabe ZAG 75 & ZAG 76 ist es auch. Es liegt ein Stück Geschichte oder zumindest ein Stück Linker Bewegung vor euch. Oh ja! Auch wir sind ein Teil des großen Ganzen, das häufiger durch Fremdzuschreibung als durch solidarische Selbstverortung die Linke Bewegung genannt wird.
Und nun sind wir fertig. Alles ist super, wir haben den Rassismus bekämpft, Hegemonie aufgehoben, eine solidarische Umverteilung erreicht...
...und geschwisterlich überwand das Volk alle Klassengegensätze und strebt einer strahlenden Zukunft entgegen!
Mitnichten!
Die antirassistische Linke steht derzeit wieder ganz am Anfang.
Und dennoch werden wir, die ZAG, uns mit diesen Nummen von euch verabschieden. Damit unser Gehen auch Momentum bekommt, soll es als eine Kritik und eine Aufforderung daherkommen, beziehungsweise gehen.
Während die Rechte aufmarschiert, ihre Reihen sich in und hinter der AfD schließen, und der warme Geldregen der Parteienfinanzierung ihr ermöglicht, ihre inhaltliche Leere mit einem fahlen Schimmer von Kompetenz zu umhüllen, begegnet ihr das bürgerliche und linke Spektrum mit entschlossener Ratlosigkeit, anbiedernder Abwehrhaltung und sachlich fundierter Hyperventilation. Direkte Konfrontation wechselt sich mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten ab. Die Rechtspopulisten der AfD werden dadurch trotz aller innerer Zerwürfnisse und Intrigen Stück für Stück salonfähig, schließlich vertreten sie oft ähnliche Inhalte wie sie über Jahrzehnte vom rechten Rand der SPD und CDU und aus der Mitte der CSU verlautbart wurden.
Die wankelmütige politische Situation erinnert stark an die Anfänge der ZAG und der antirassistischen Bewegung der 1990er Jahre. Heute steht die antirassistische und antifaschistische Linke wieder vor einem neuen Anfang.
Aber ein Anfang bedeutet nicht, dass die Erfahrungen aus den vorangegangenen Kämpfen verloren sind. Aus alten Fehlern kann man lernen und auch dem Ende der ZAG wohnt ein Zauber jahrelangen solidarischen Miteinanders inne, der nicht verloren gehen wird. Zum Beispiel machen die ARI und das AIB weiter und die Interventionistische Linke begeht erfolgreich neue Wege.
Politische Arbeit und emanzipatorische Kämpfe sind wichtiger denn je – und deswegen werden auch wir nicht aufhören für eine lebenswertere Gesellschaft einzustehen.

Ob mit spitzer Feder oder auf anderen Wegen! ✖

Eure ZAG – antirassistische Zeitschrift



KAMPAGNEN UND WIDERSTAND

Oury Jalloh oder die unendliche Geschichte eines Justizskandals

AIB

Nach 13 Jahren ist die Geschichte des Falls Oury Jalloh mehr als verworren. Wer in sie eintaucht stellt fest: 1. Die Verwirrung gehört zur Nichtaufklärung wie die Bockwurst zu Deutschland. 2. Es geht nicht um den einen Skandal, es geht um eine Kette von Skandalen. Der größte ist, dass ein an Händen und Füßen gefesselter Mensch im Polizeigewahrsam stirbt. Über 13 Jahre und zwei Prozesse vergehen ohne Aufklärung. Verunmöglicht wird die Aufklärung durch Polizisten, die lügen und schweigen; eine Gesellschaft, die nicht nach den Todesumständen eines schwarzen Asylbewerbers fragt; eine Politik, die bewusst die Augen verschließt und einer Justiz, die entscheidende Fragen nicht stellt.

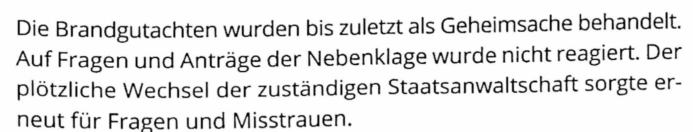
Die jüngste Welle der Aufmerksamkeit begann im August 2016 mit dem von der Dessauer Staatsanwaltschaft angeordneten Brandversuch in Dippoldiswalde. Im April 2017 kommt der Dessauer Staatsanwalt Bittmann zu einem für das bisherige Agieren der Justiz revolutionärem Schluss: es sei am wahrscheinlichsten, dass Oury Jalloh mit einer geringen Menge Brandbeschleuniger bespritzt wurde und das Feuer von dritter Hand gelegt worden war. Eine plausibles Tatmotiv könne hierbei sein, den Tod des Obdachlosen Mario Bichtemann 2002 und den Tod Hans-Jürgen Roses 1997 im bzw. kurz nach dem Gewahrsam im Dessauer Revier zu verdecken. »Oury Jalloh – das war Mord« wird damit erstmals offiziell Verdacht der Justiz. Damit verwirft Bittmann die Hauptermittlungsthese, die auch er über 12 Jahre vertrat und nach der alle Untersuchungen ausgerichtet wurden. Wenngleich es vor Dippoldiswalde schon Brandversuche gegeben hatte, war dieser der erste, der der Frage nachging, wie das Feuer in der Zelle entstanden ist. Dabei gab es frühzeitig Hinweise darauf, dass Oury Jalloh sich nicht selbst angezündet haben kann. Sie wurden immer wieder von der Oury-Jalloh-Initiative und der Familie Jalloh als Nebenklägerin vorgetragen. Die zentralen Fragen sind weder neu, noch beantwortet. Letztlich lassen sie sich in der einen Frage zusammenfassen: Was war auf dem Dessauer Polizeirevier los?

Es waren wenige engagierte Menschen, die immer wieder selbst Gutachten in Auftrag gaben und die Justiz zum Handeln zwangen. Sie wurden als Nestbeschmutzer, Verschwörungstheoretiker und linke Spinner diffamiert. Im Jahr 2012 wurde die jährliche Oury-Jalloh-Demonstration in Dessau von der Polizei rechtswidrig gestürmt, Transparente und Flugblätter beschlagnahmt. Auslöser: der Schriftzug »Oury Jalloh – das war Mord«. Bis heute nimmt die Polizei diese Parole immer wieder zum Anlass eskalierend einzugreifen.

Im April 2017 brach Bittmann also mit den bisher bekannten Handlungsmustern der Justiz. Dass es überhaupt ein Todesermittlungsverfahren gibt, ist abermals auf Druck von außen zurückzuführen. Dass der Brandverlauf ohne Brandbeschleuniger nicht zu erklären ist, ergab bereits ein von der Initiative in Auftrag gegebenes Gutachten aus dem Jahr 2013. Letztlich dürfte für die Staatsanwaltschaft Dessau eben jenes Gutachten ausschlaggebend gewesen sein, die Todesumstände Oury Jallohs erneut zu beleuchten. Nun also ging Bittmann offenen Fragen offen nach. Kurze Zeit später war er nicht mehr für den Fall zuständig. Mit seinen Erkenntnissen aus diversen Gutachten zum Brandversuch in Dippoldiswalde wandte er sich an den Generalbundesanwalt mit der Bitte, ein Verfahren wegen des Verdachtes auf das Vorliegen eines Tötungsdeliktes zu führen. Doch der lehnte ab. Das Verfahren ging zurück nach Sachsen-Anhalt, die Staatsanwaltschaft Dessau forderte beim Generalstaatsanwalt personelle Unterstützung an, um die notwendige Ermittlungsarbeit leisten zu können. Der entschied aber anders. Statt Personal nach Dessau zu schicken, entzog er Dessau das Verfahren Oury Jalloh und gab es im Juni 2017 an die Staatsanwaltschaft Halle. Diese kam bei Prüfung derselben Unterlagen zu einem gänzlich anderen Schluss als ihre Dessauer Kollegen und bereits im August verfasste der bearbeitende Staatsanwalt einen Vermerk, nach dem das Verfahren eingestellt werden sollte, weil kein Anfangsverdacht für eine Straftat vorläge.

Erneut ein Versuch, die unsägliche Skandalkette mit den üblichen Abwehrmustern für beendet zu erklären und erneut war es der Druck der Öffentlichkeit, der dies zumindest auf den Prüfstand stellte.





Die Brandgutachten wurden bis zuletzt als Geheimsache behandelt. Auf Fragen und Anträge der Nebenklage wurde nicht reagiert. Der plötzliche Wechsel der zuständigen Staatsanwaltschaft sorgte erneut für Fragen und Misstrauen.

Im September erfolgt eine Landtagsdebatte auf Antrag der LINKEN zum Fall Oury Jalloh. Justizministerin Keding (CDU) wies dabei jegliche Fragen zurück, da das Verfahren laufe und nicht aus den Akten berichtet werden dürfe. Die CDU sorgte sich darum, dass Polizisten unter Generalverdacht gestellt würden. Der ehemalige Polizist Mario Lehmann erklärte für die AfD, dass der eigentliche Punkt doch sei, dass Oury Jalloh gar nicht in Deutschland hätte sein dürfen und dass er dann ja auch nicht gestorben wäre. Bereits 2017 hatte die AfD am Rande der Oury Jalloh Demo in Dessau provoziert. Im Jahr 2018 initiierte die AfD eine Gegenkundgebung zur Gedenkdemo. André Poggenburg sprach von »politischer Leichenfledderei« und wollte dem »linksautonomen Propagandaspuk« ein Ende setzen. Tatsächlich wurde der 7. Januar 2018 zum Tag einer der größten und erfolgreichsten Oury-Jalloh-Demonstrationen, die Dessau je gesehen hat.

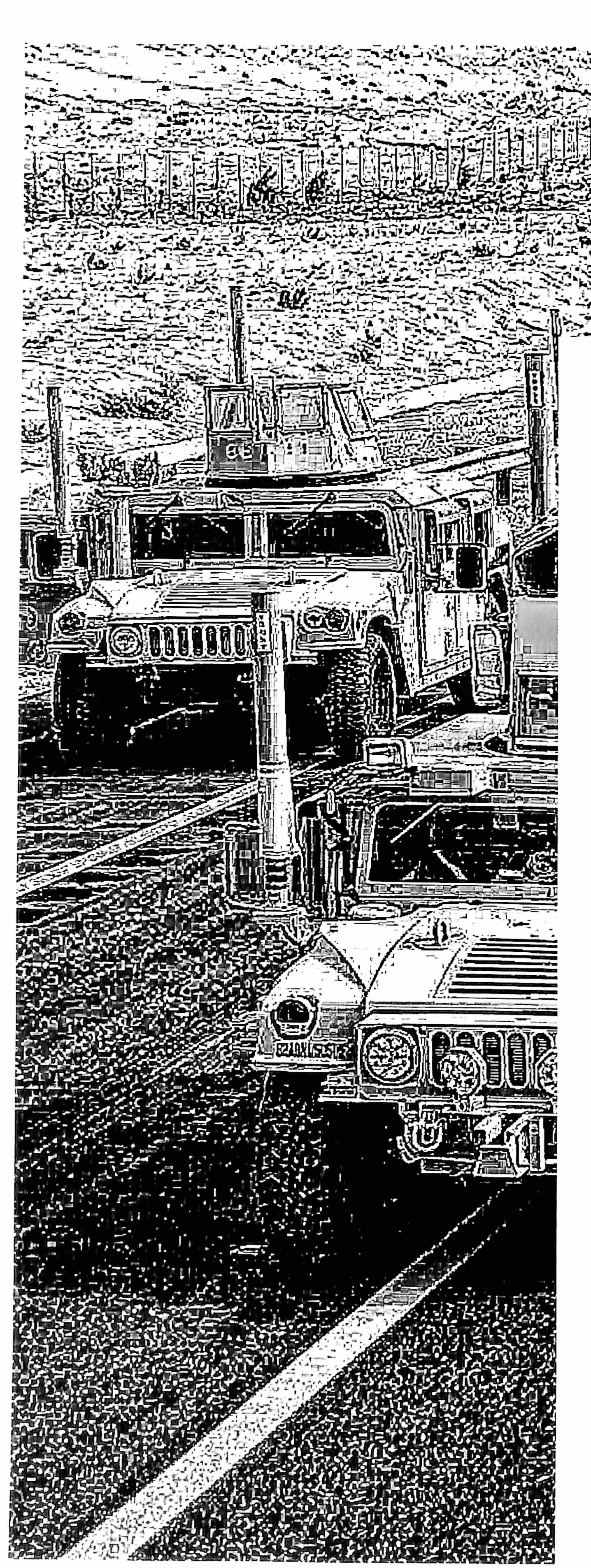
Indes agierten Justiz und Politik wie immer. Anträge auf Sondersitzung des zuständigen Rechtsausschusses wurden abgelehnt und die Einschätzungen Bittmanns waren nach wie vor nicht öffentlich. Bis es zu einer Befragung des Generalstaatsanwaltes Jürgen Konrad kam. Dieser legte dar, dass die Befunde der Sachverständigen sehr widersprüchlich seien. Doch seien sich alle einig gewesen, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass sich Oury Jalloh selbst angezündet habe. Dass eine größere Menge Brandbeschleuniger im Spiel gewesen sei, sei hingegen ausgeschlossen. Es gäbe keinen Grund und keine Chance weiter zu ermitteln. Was er nicht sagte wurde wenige Tage später durch einen Bericht des Magazins Monitor öffentlich: Der Inhalt des Vermerkes von Staatsanwalt Bittmann vom April 2017. Dass die Gutachter unisono von einer geringen Menge Brandbeschleuniger ausgingen. Dass sie alle es für wahrscheinlicher hielten, dass Oury Jalloh angezündet wurde, als dass er sich angezündet habe. Und dass Bittmann Polizisten als konkrete Tatverdächtige benannte. Während im Landtag von Sachsen-Anhalt um die Notwendigkeit der Akteneinsicht und der Veröffentlichung der Brandgutachten gestritten wurde, kam die Justiz erneut in Erklärungsnot. Die Justizministerin wies schließlich an, dass der Fall erneut überprüft werden soll. Sie übertrug diese Aufgabe eben jenem Generalstaatsanwalt, der die entscheidenden Erkenntnisse der Gutachter verschwiegen hatte. Dass von eben jenem Generalstaatsanwalt Aufklärung oder auch nur der Wille dazu zu erwarten ist, darf bezweifelt werden.

Auf politischer Ebene steht die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss erneut im Raum. Die Grünen würden sich dem ›nicht verschließen‹, Die LINKE fordert ihn, kann ihn aber allein nicht einsetzen. Um einen solchen Ausschuss zu erzwingen braucht es 22 Abgeordnete. Das scheint mit Blick auf die Fraktionsgrößen (LINKE 16, SPD 11, Grüne 5) und die Tatsache, dass die CDU bereits mehrfach zugunsten von AfD-Anträgen mit der Koalitionsdisziplin des gemeinsamen Abstimmungsverhaltens gebrochen hat, zumindest möglich. Was dieser tatsächlich zum Tod Oury Jallohs herausfinden kann bleibt angesichts des bisherigen Aussageverhaltens potenzieller zu Befragender freilich unklar. Anlässlich der Aussage des Generalbundesanwaltes zur angeblich nicht ersichtlichen Staatsgefährdung drängt sich die Frage auf, worin diese für Justiz und Politik im Fall Oury Jalloh eigentlich wirklich besteht: Darin dass Polizisten einen Menschen, wahrscheinlich aus rassistischen Motiven, töteten, oder darin, dass das heraus kommt? ✖

Infos zum Text

✖ *Der Artikel erschien auch in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 118, S.48f*

SCHWERPUNKT



Hilfe, die Helfer kommen

Willkommen in der Hölle

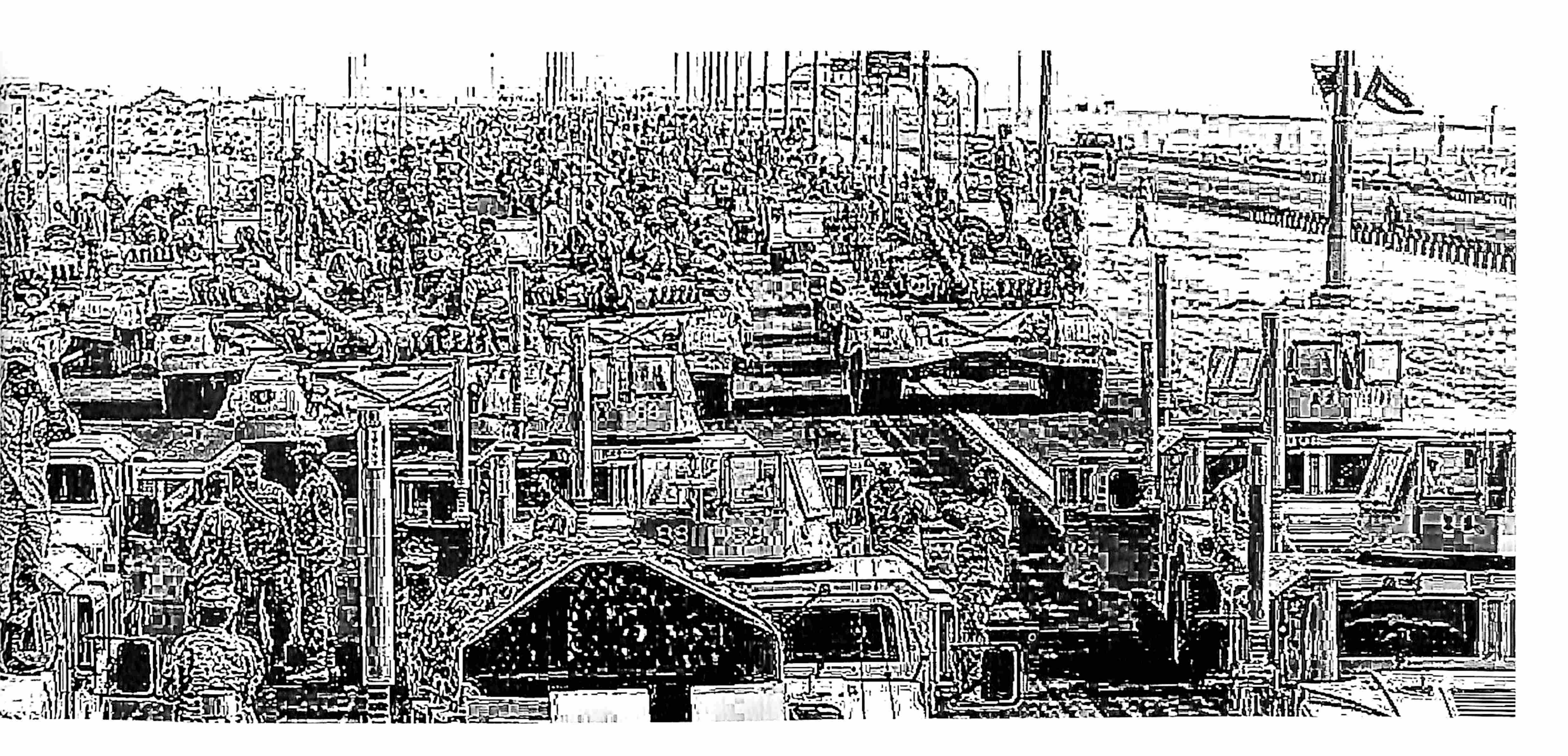
ZAG

»With a little help from my friends«, wie schön, sangen die Beatles in einer Zeit, in der politische Bewegungen für Bürgerrechte und gegen Krieg auf der Straße präsent waren. Präsenter als heute. Doch selbst in den sechziger Jahren waren nicht alle Menschen freundlich und nett. Genauso wie heute war Hilfe nicht gleichbedeutend mit Selbstlosigkeit oder Solidarität. Sie ist mancherorts auch gar nicht erwünscht. Dann wird Hilfe aufgezwungen, dann wird Hilfe zu Eigennutz unter dem Deckmantel der Unterstützung. Entwicklungshilfe und Solidaritätsarbeit sind Formen der Unterstützung, in der diese Problematik von Zwang und Freiwilligkeit, Not und Nötigung, Unterstützung und Eigennutz greifbar werden.

Die ZAG möchte in dieser Ausgabe die veränderte politische Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit und von Projekten internationaler Solidarität diskutieren. Unter dem Titel »Hilfe, die Helfer kommen« geht es uns um Paternalismus, Abhängigkeit, Kolonialismus und Flucht.

Entwicklungshilfe soll den politischen Aufbau und die wirtschaftliche Stabilität fördern sowie die globalen Lebensbedingungen angleichen. Institutionen wie die UNO (mit der WHO oder der FAO), der IWF und die Weltbank, die EU mit ihren verschiedenen Finanzierungsinstrumenten sowie verschiedene Nationalstaaten mit ihren Projekten und bilateralen Abkommen gestalten maßgeblich die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Doch der Begriff der Entwicklung selbst wird von postkolonialen Ansätzen kritisiert – wer soll sich wohin entwickeln und was bedeutet dann entwickeln – und der Vorwurf des Eurozentrismus steht im Raum. Die Kritik richtet sich insbesondere gegen Modernisierungstheorien à la Parsons, Rostow und Gerschenkorn, die bereits am Anfang des historischen und gesellschaftlichen Prozesses wissen, wohin die Reise geht: in das Amerika der 1960er Jahre. Seitdem haben einige Schockwellen die globale Wirtschaft durchgerüttelt und dennoch sind diese modernisierungstheoretischen Ansätze aktuell und verbreitet.

Die internationale staatliche Entwicklungszusammenarbeit der BRD ist nicht allein auf die Unterstützung der Menschen vor Ort



oder die Armutsbekämpfung ausgerichtet. Sie ist zu großen Teilen an neoliberalen wirtschaftlichen Vorstellungen orientiert. Mittlerweile wird der Entwicklungspolitik eine strategische Rolle in wirtschaftlichen, außen- und sicherheitspolitischen Bereichen zugeschrieben (siehe zuletzt Koalitionsvertrag vom 18. Februar 2018 zwischen CDU, CSU und SPD im Bundestag). Die Afrika-Konferenz in Berlin im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg hatte zum Ziel, private Investitionen in Afrika im Rahmen eines »Marshallplans für Afrika« zu fördern. Dabei geht es hauptsächlich um die Förderung von Privatinvestitionen durch den Staat. Welche Art von Politik und Wirtschaft wird mit diesem Geld gefördert, wessen Ziele werden hier verfolgt?

Der sicherheitspolitische Aspekt der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit bekommt zusätzliches Gewicht. Darin wird ein entscheidender Hebel gegen Terrorismus und Migration gesehen. Durch die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Gesellschaften vor Ort bzw. der jeweiligen Regierungen soll Bürgerkriegen und politisch militantem Unmut der Boden entzogen werden. »Ertüchtigungsmaßnahmen« im Gewand der Armutsbekämpfung werden zu den bevorzugten Maßnahmen der europäischen Entwicklungshilfe, wie Lösing und Wagner beschreiben. Hinzu treten Vereinbarungen der EU mit transsaharischen Staaten wie dem Niger und Senegal, die auf den Fluchtrouten liegen. Diese sehen, so beschreibt es Christian Jakob in seinem Beitrag, den Einsatz von Frontex, der europäischen Grenzschutzeinheit, vor und militarisieren weiter die vorgelagerte Migrationskontrolle. Doch Fluchtursachen liegen nicht nur in Instabilität begründet, sondern auch in den autoritären Regimen, wie der arabische Frühling gezeigt hat. Zudem ist die Armutsbekämpfung, die eines der offiziellen Ziele der Entwicklungspolitik ist, mancherorts selbst Auslöser für die Migrationsbewegungen, wie z. B. im Falle der Enteignung von Bäuer*innen zum Vorteil großer Agrarunternehmen, die für den Weltmarkt produzieren, wie der Text »Entwicklung durch Enteignung« beschreibt.

Die mit der Entwicklungszusammenarbeit verfolgten Ziele und ihre Mittel sind Teil des Problems und widersprechen sich teilweise. Wie soll die ökonomische Stabilisierung der Binnenmärkte funktionieren, wenn IWF und Weltbank Gelder nur im Gegenzug zu neoliberalem Sparkurs und Öffnung der Märkte geben? Wie sollen politische Fluchtursachen bekämpft werden, wenn autoritär regierte Staaten wie Ägypten unterstützt werden? Oder wenn deutsche Entwicklungsgelder an die Zustimmung zu Rücknahmeabkommen geknüpft werden, welche die innenpolitische Situation wie bspw. in Tunesien verschärfen?

Selbst die deutsche Geschichte wird im Rahmen der außenpolitischen Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit zurechtgebogen. Kolonialismus gilt als zivilisatorische Leistung. Verdrängt wird das Leid und die Erniedrigung, die damit einhergingen. Wie der deutsche Staat auf die Forderungen nach Wiedergutmachung des Völkermords in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika durch namibische Initiativen reagiert, zeigt der Text von Kathleen Rahn »Vom ›Völkermord‹ zu ›Gräueltaten‹«.

Neben der staatlichen Entwicklungshilfe gibt es eine Vielzahl privater Initiativen, die mit Menschen andernorts zusammenarbeiten. Öffentlich präsent sind sie vor allem durch Nothilfe bei Katastrophen sowie Flucht vor Bürgerkrieg und Terror, Spendensammlungen für Hilfsprojekte wie Schulen oder Gesundheitsversorgung. Wie gestaltet sich diese Art der Zusammenarbeit im Gegensatz zu staatlicher Entwicklungshilfe? Hat man früher noch von Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität geredet, geht es heute um eher kleinteilige Hilfe. Wohin ist das Ziel der Befreiung und Emanzipation verschwunden?

Mit der »Iuventa« hat die Organisation »Jugend rettet« solch ein solidarisches Projekt gestartet. Solidarisch, weil es ganz einfach Leben rettet; politisch, weil es die Verachtung klar macht, mit der die EU Menschen auf der Flucht begegnet. Ein anderes Beispiel ist die bemerkenswerte »Willkommenskultur«, die in Deutschland im Zuge der im Sommer 2015 neu eingetroffenen Geflüchteten um sich griff; nicht politisch motiviert engagierten sich viele Menschen neu in der Flüchtlingshilfe. Das dabei bestehende Machtgefälle und wie es sich auflösen ließe, reflektiert der Beitrag von glokal e.V. ✖

Vom »Völkermord« zu »Gräueltaten«

Entwicklungshilfe versus Reparationen in den deutsch-namibischen Beziehungen

Kathleen Rahn

Noch 2015 berichteten wir in der 70. Ausgabe der ZAG »War da was? Postkoloniale Spurensuche«, dass die Bundesregierung erstmalig das unter Historiker_innen längst verwendete Wort »Genozid« gegenüber den Vorgängen während des Herero- und Namakriegs (1904-1908) in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (DSWA) verwendete. Endlich, nach vielen Jahren engagierter zivilgesellschaftlicher Aufarbeitung und der immer lauter werdenden Forderung nach Entschädigung seitens postkolonialer Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen rangen sich ranghohe Vertreter wie der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) dazu durch, von einem Völkermord zu sprechen. Doch führte Deutschland seine Politik der begrifflichen Anerkennung weiter? Weit gefehlt, denn im Jahr 2018 ist wieder nur von »Gräueltaten« (»atrocites«) die Rede. Warum dieses Hin und Her bezüglich der Terminologie, obwohl die Vereinten Nationen bereits 1985 die deutsche Kriegsführung im heutigen Namibia als den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts einstufte? Ein Grund ist die 2017 im Bezirksgericht im New Yorker Stadtteil Manhattan von Nachfahren der Opfer eingereichte Schadensersatzklage gegen Deutschland, in welcher hohe Reparationszahlungen gefordert werden. Ob es zu einem Prozess kommen wird, ist noch immer unklar; die Verhandlung wurde zum 3. mal vertagt. Die Bundesregierung hält die Klage für unzulässig.

Oft wird im Zuge der Genoziddebatte angeführt, dass die deutsche Kolonialzeit lediglich wenige Jahre währte und wenig raumgreifend war – im Gegensatz zu den riesigen und Jahrzehnte, gar Jahrhunderte existierenden Kolonialimperien Spaniens, Frankreichs oder Großbritanniens. Mal abgesehen davon, dass mensch damit sämtliche postkoloniale Kritik und Forschung untergräbt, die davon ausgeht, dass der deutsche Kolonialismus bis heute Auswirkungen sowohl in den betreffenden ehemals kolonisierenden Metropolen als auch in den damals kolonisierten Ländern verursacht – wer legt fest, was historisch gesehen kurz (=unbedeutend?), was lang (=bedeutend?) ist? Sind die 35 Jahre von der ersten Inbesitznahme Deutsch-Südwestafrikas durch das wilhelminische Kaiserreich im Jahr 1884 bis zum Verlust der Kolonien im Versailler Friedensvertrag von 1919 kürzer als die 12 Jahre der gemeinhin als NS-Zeit betitelten Regierungszeit der NSdAP? Gefühlt wahrscheinlich schon, da die Verbrechen der National-sozialist_Innen zum Glück bis heute im kollektiven Gedächtnis der Deutschen besonders präsent sind und auch immer sein müssen. Die deutsche Kolonialzeit und die währenddessen stattgefundenen »actrocities« – das Wort, das die Bundesregierung aktuell offiziell gegenüber Namibia verwendet, um den Genozidbegriff zu vermeiden – werden hingegen noch immer wenig im Schulunterricht und Alltag thematisiert.

Euphemistische Diskussionen über den Kolonialismus stehen derzeit wieder auf der Tagesordnung. Vorreiter in Europa ist Großbritannien, wo der Kolonialismus jüngst öffentlich als fortschrittsbringende, sinnvolle und sogar ehrenwerte Unternehmung verteidigt wurde.[1] So stellt der an der Universität Oxford lehrende britische Theologieprofessor Nigel Biggar in seinem im November 2017 in der Zeitung »Times« erschienenen Artikel »Don't feel guilty about our colonial history« (»Fühlt euch nicht schuldig wegen unserer Kolonialgeschichte«) fest: »apologising for empire is now compulsory« (»sich für das Empire zu entschuldigen, ist heutzutage verpflichtend«).[2] Diese Haltung betrifft keineswegs nur einen kleinen Teil der britischen Bevölkerung: laut »taz« gaben 2016 44 Prozent der Briten in einer Umfrage an, stolz auf den Kolonialismus zu sein. Dieser wird in England eher als progressive Entwicklungshilfe, denn als auf Rassismus und Unterdrückung begründetes Herrschaftssystem verstanden. In dieser Hinsicht sollte sich Deutschland lieber an entsprechenden Debatten in Frankreich orientieren, wo derzeit über eine Vorgehensweise zur Restitution der einst nach Frankreich entführten afrikanischen Raubkunst beraten wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel sollte die sich bietende Chance ergreifen, die Sammelklage der Delegation der Herero und Nama als Anlass zu nehmen, sich klar zu der historischen Verantwortung Deutschlands zu bekennen und das nicht nur mit Blick auf die deutsche Kolonialzeit im heutigen Namibia.

Deutsche Entwicklungshilfe für die Diktatur in Togo

Die deutsche Kolonialherrschaft bereitete nämlich unter anderem auch den Boden für die am längsten und bis heute währende Militärdiktatur in Togo. In der ehemaligen »Musterkolonie« der Deutschen, die nur in einem Punkt »mustergültige« Ergebnisse lieferte, nämlich hinsichtlich der ökonomischen Ausbeutung, herrschen derzeit schwere Unruhen gegenüber der von blutiger Repression, Korruption[3] und staatlicher Zensur geprägten und seit mehr als 45 Jahren währenden Alleinherrschaft der Familie Gnassingbé. Die in Berlin lebende togoische Diaspora, deren zahlenmäßig nicht unerhebliche Präsenz in der deutschen Hauptstadt ihre Wurzeln unter anderem im deutschen Kolonialismus hat, rief am 13. Januar 2018 zur Demonstration gegen die Diktatur in Togo auf.[4] Es ist mehr als fraglich, ob die Bundesregierung die nach zwanzigjähriger Unterbrechung erst 2012 wiederaufgenommene »Entwicklungszusammenarbeit« mit Togo angesichts der dort seit 2017 zunehmenden und gewaltsam vom Regime unterdrückten Demonstrationen aufrechterhalten sollte. Die vielen politischen Gefangenen und ermordeten Demonstrierenden zeugen alles andere als von einer »Phase der Demokratisierung und gesellschaftlichen Öffnung«, mit der das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die im Juni 2016 zugesagten Gelder in Höhe von 54 Milliarden Euro für zwei Jahre rechtfertigt.[5]

Bilaterale Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia: Entwickeln statt entschädigen?

Für Namibia sind laut BMZ für denselben Zeitraum 2017/2018 130 Milliarden Euro Entwicklungshilfe veranschlagt. Insgesamt

sind seit 1990 870 Millionen Euro gezahlt worden.[6] Seit 2015 gibt es offizielle bilaterale Verhandlungen zur Frage der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Namibia, die von Sondergesandten der deutschen und der namibischen Regierung geführt werden. Im Juli 2016 bekräftigte der deutsche Sondergesandte Ruprecht Polenz (CDU) auf einer Pressekonferenz in Windhoek, dass keine Zahlung von Reparationen erfolgen werde, sondern einzig und allein weitere Entwicklungsprojekte durchgeführt würden. Der namibische Präsident Hage Geingob (SWAPO) ließ hingegen verlauten, dass Reparationen keinesfalls ausgeschlossen seien. »Entwickeln« statt »entschädigen« lautet bis heute die Position seitens der Bundesregierung. Die seit 1990 erfolgte und zukünftig erfolgende Entwicklungshilfe dient somit als Legitimierungsargument, keinerlei Entschädigungszahlungen an die betroffenen Gruppen der Herero, Nama und Damara zu tätigen. War Deutschland bereits durch den Verlust der Kolonien 1919 schlagartig davon befreit, sich an der sich im 20. Jahrhundert vollziehenden Phase der weltweiten Dekolonisation zu beteiligen, so wenig setzt mensch in Deutschland sich derzeit mit den vor allem in Namibia bis heute deutlich sichtbaren Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft auseinander. Die wirtschaftliche Situation der heute weitestgehend verarmten Herero hat ihren Ursprung in der deutschen Kolonialzeit, als den Herero ihre Rinderherden und ihr Land gewaltsam genommen wurden. Was nützt da die umfangreiche Entwicklungshilfe, derentwegen sich die Deutschen beruhigend auf die Schulter klopfen, ohne dabei zu erkennen, dass der Geldsegen aus Deutschland offensichtlich nicht allen Namibiern zuteil wurde? Da sie noch heute direkt unter den Folgen des Genozids leiden, klagen die Herero und Nama in New York City.

Nachdem die Klage lange Zeit überhaupt nicht angenommen wurde, vertritt nun der US-Jurist Jeffrey Harris die Bundesregierung. Dessen wenige bisher bekannt gewordenen Argumente sind bemerkenswert: So wird argumentiert, dass die Opfer der »Gräueltaten« Einwohner Deutschlands gewesen seien und daher ausschließlich nach deutschem Recht geurteilt werden dürfe, wofür das New Yorker Gericht eben nicht zuständig sei. Diese fadenscheinige Aussage steht in einem krassen Widerspruch zu der nachweislich gänzlich anderen Rechtslage in der damaligen Kolonie DSWA. Die Kolonien – das zeigt besonders eindrücklich die Ausland-Inland-Kontroverse zeitgenössischer Juristen – standen in einem rechtlichen Gegensatz zum Mutterland. Das dualistische Kolonialrecht der Deutschen sprach von zwei unterschiedlichen Rechtskreisen: »Weiße« und »Eingeborene«. Den »Eingeborenen und Farbigen anderer Stämme« wurde zwar eingeräumt, dass sie Einwohner der deutschen Kolonie seien, aber die Afrikaner waren deshalb noch lange nicht »Reichsbürger« wie die Einwohner des wilhelminischen Kaiserreichs. Das damals gültige Reichsstrafgesetzbuch fand keine Anwendung auf die als »minderwertig« deklassierten Herero, Nama, San, Damara, Ovambo. Für die afrikanische Bevölkerung wurde eigens ein auf Verfügungen und Verordnungen beruhendes Kolonialrecht geschaffen, dass auf ihre Unterdrückung und Ausbeutung ausgerichtet war.[7]

Die jetzige juristische Argumentation seitens der Bundesregierung ist beschämend und zeugt von der Ignoranz gegenüber den tatsächlichen historischen Begebenheiten. In ihr spiegelt sich die paternalistische Haltung der Nachfahren der ehemaligen Kolonialherren gegenüber den Nachfahren der ehemals kolonisierten und unterdrückten afrikanischen Bevölkerung. Die aktuell klagenden Namibier_innen werden von der Bundesregierung nicht als rechtmäßige Vertretung der Nachfahren der Opfer des Genozids anerkannt. Honorarkonsul Burchard Führer ging anlässlich seiner Eröffnungsrede einer Ausstellung in der Volkshochschule in Leipzig sogar so weit, die betreffenden Herero und Nama als »komische Figuren« zu diffamieren. Die Bundesregierung und der namibische Staat seien alles andere als dazu bereit, den betroffenen Nachfahren der Opfer entgegenzukommen. »Lächerlich« sei deren Ruf nach Entschädigungen für das erfolgte Leid ihrer Ahnen – so die Worte Führers. Dass die Sammelklage dennoch erfolgreich Druck aufbaut, zeigt sich deutlich in den letzten Tagen. Hamburgs Kultursenator Carsten Brosda (SPD) bat die beim 2. Transnationalen Herero- und Nama-Kongress anwesenden Namibier_Innen um Vergebung, da der Hamburger Hafen während des Kriegs und Genozids für den nötigen Truppentransport und Nachschub in Richtung Kolonie sorgte.

Noch im Januar 2018 bekräftigte Polanz, der deutsche Sondergesandte in Namibia, im Interview mit Deutschlandfunk, dass »persönliche Entschädigungen [...] nicht infrage kommen«.[8] Der im Januar auf den 3. Mai 2018 veranschlagte Gerichtstermin wurde bereits im März abermals auf den Juli vertagt. Wir warten den nächsten Verhandlungstag im Saal des New Yorker Bezirksgerichts ab und sehen dann, ob aus dem *versus* nicht doch noch Entwicklungshilfe *und* Reparationen wird. ✖

Fußnoten

1 *taz-Artikel vom 2. Februar 2018: »Sehnsucht nach dem Empire. In Großbritannien streitet man über die Bedeutung des Kolonialismus: Vorbild für erfolgreiche Entwicklungshilfe oder rassistische Ausbeutung?«; www.taz.de/!5477546/*

2 *In Auszügen frei einsehbarer Artikel vom 30. November 2017; www.thetimes.co.uk/article/don-t-feel-guilty-about-our-colonial-history-ghvstdhmj*

3 *Togo belegte 2016 Platz 116 von 176 erfassten Ländern (2015: Platz 107) des Korruptionswahrnehmungsindex der Nichtregierungsorganisation Transparency International; www.transparency.de/korruptionsindizes/cpi-2016/cpi-ranking-2016/*

4 *Initiative Togo Action Plus. Flüchtlingsinitiative gegen Diktatur, Rassismus und Kolonialismus; https://togoactionplus.wordpress.com/2018/01/10/2242/*

5 *www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/togo/zusammenarbeit/index.html*

6 *www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/namibia/index.jsp*

7 *U. a. Dominik Nagl, Grenzfälle. Staatsangehörigkeit, Rassismus und nationale Identität unter deutscher Kolonialherrschaft, Frankfurt am Main 2007.*

8 *Interview vom 27. Januar 2018; www.deutschlandfunk.de/streit-ueber-forderungen-von-herero-und-nama-persoenliche.694.de.html?dram:article_id=409372*

Hilfe versus Solidarität

Überlegungen zu einer dekolonialen politischen Arbeit am Beispiel von Flucht

glokal e.V.

Der Grundgedanke der sogenannten Willkommenskultur – also in Deutschland ankommende Menschen in ihrer neuen Umgebung zu unterstützen – war so überzeugend, dass es heute an vielen Orten Unterstützungsgruppen für geflüchtete Menschen gibt. Überall sind Menschen bereit, Wissen und Zeit zu teilen sowie materielle Lücken zu füllen und für andere da zu sein. Diese Hilfe war und ist notwendig. Allerdings kann das Verhältnis zwischen den ›Helfenden‹ und ›Geholfenen‹ schnell in eine Schieflage geraten, denn die Zusammenarbeit findet in einem ungleichen Machtverhältnis stattfindet. Eine Reflexion des Engagements ist wichtig, damit wir die tatsächlichen Folgen unseres Engagements klarer einschätzen und die Beteiligung aller auf Augenhöhe erreichen und damit wir aufeinander achten und uns gegenseitig unterstützen. Eine Reflexion dieses Engagements kann exemplarisch für eine postkoloniale Bildungsarbeit in Deutschland stehen. Postkoloniale Perspektiven behandeln Machtgefälle, die durch koloniale Denkmuster entstanden sind und heute noch das Denken und Handeln im Zusammenhang mit Flucht und Migration strukturieren.

In unserem Artikel möchten wir einen genaueren Blick auf die Herausforderungen des Alltags von Unterstützenden werfen, um häufig vorkommende Schwierigkeiten aufzuzeigen und Denkanstöße für Lösungsideen zu geben. Die beschriebenen Beobachtungen der Unterstützungsarbeit basieren auf Seminarerfahrungen von glokal e.V. mit Unterstützungsgruppen, unserer politischen antirassistischen Arbeit und auf Erfahrungen von Aktivist*innen in Geflüchteten-Selbstorganisationen. Während einige unserer Mitglieder geflüchtete, illegalisierte oder migrantisch-diasporische Perspektiven haben, sind andere Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.

Wir wenden uns hier hauptsächlich an Unterstützer*innen aus der Mehrheitsgesellschaft. Postkoloniale Perspektiven beinhalten allerdings neben der hier behandelten Kritik an Macht auch die Stärkung derjenigen, die von den Strukturen negativ beeinflusst sind. Diese Empowerment-Arbeit nimmt einen immer größeren Teil unserer Arbeit bei glokal ein und Interessierte können sich beispielsweise auf der Webseite unseres OPAT-Projektes darüber informieren.

Es ist doch gut, Menschen zu helfen, oder?

Oft bezeichnen – oder empfinden – die Aktiven in Unterstützungsgruppen sich als ›Helfende‹, während die Geflüchteten als ›Hilfsempfänger*innen‹ wahrgenommen werden. Das schließt oft ein, dass Geflüchtete als hilflos und ohnmächtig betrachtet werden und damit auch manchmal als nicht fähig, selbstständig zu handeln. Helfer*innen überhören und übertönen oft die Bedürfnisse von Hilfsempfangenden, können diese bevormunden und dadurch entmündigen. Der Glaube, zu wissen, was für ›die‹ (also alle) Geflüchteten ›gut‹ ist – meist ohne die Hilfsempfangenden direkt zu fragen – ist weit verbreitet. Diese Art zu denken und zu handeln wird als *Paternalismus* bezeichnet.

Im Gegensatz zum einseitigen Konzept der Hilfe (*»Ich helfe anderen«*) bedeutet praktische Solidarität, alle Beteiligten einzubeziehen (*»Was können wir gemeinsam tun?«*): Alle Beteiligten – Geflüchtete und Aktive aus der Mehrheitsgesellschaft – diskutieren zusammen Werte und Ziele, identifizieren Diskriminierungen, loten Gemeinsamkeiten aus und planen ihr Engagement.

Neben dem Ideal der Gleichheit aller Beteiligten beinhaltet der Begriff ›Solidarität‹ für uns die Kritik an historischen und gegenwärtigen Strukturen, die Ungleichheit produzieren. Somit ist Solidarität auch ein Streben nach gesellschaftlicher und politischer Veränderung (siehe glokal 2017: S. 18, Den Rahmen erweitern: Was wir mitdenken sollten, wenn wir zu Flucht und Migration aktiv sind).

Der Weg hin zu praktischer Solidarität ist allerdings nicht unbedingt leicht. In unserer Arbeit mit Unterstützungsgruppen haben sich vier Schritte als wesentliche Voraussetzungen bewiesen, um die Zusammenarbeit gleichberechtigter zu gestalten.

1. Über Motivationen für das Engagement sprechen

Zu Anfang unserer Workshops mit Unterstützungsgruppen *ohne* Fluchterfahrung fragen wir häufig nach der persönlichen Motivation für das Engagement der Teilnehmenden: Was bringt Menschen dazu, sich in der Arbeit mit Geflüchteten zu engagieren, was sind ihre Ziele, welche Werte liegen ihrer Arbeit zugrunde?

Obgleich diese Frage einfach und offensichtlich erscheint, gibt es sehr unterschiedliche Antworten darauf. Einige wollen Geflüchtete materiell oder bei der Orientierung in einem neuen Umfeld unterstützen, andere ihnen zeigen, dass sie nicht allein sind und wiederum andere wollen gegen gesellschaftliche Ungerechtigkeit kämpfen und mit Geflüchteten gegen deren Diskriminierung vorgehen.

Wichtig ist es, anzuerkennen, dass die eigene Motivation nicht ausschließlich ›selbstlos‹ ist. Sowohl für die Selbstreflexion als auch aus Gründen der Transparenz ist es wichtig, darüber zu sprechen.





Geflüchtete haben ein Recht darauf zu erfahren, warum Menschen sich für sie und mit ihnen einsetzen, ebenso wie sie ein Recht darauf haben, zu entscheiden, unter welchen Voraussetzungen sie Unterstützung annehmen wollen oder auch nicht.
Eine mögliche Orientierungshilfe für eine weniger bevormundende Motivation in der Unterstützungsarbeit gibt eine Aboriginal-Aktivist*innengruppe in Queensland/Australien: *»Wenn du gekommen bist um mir zu helfen, vertust du deine Zeit. Wenn du gekommen bist, weil deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten.«*

2. Machtstrukturen innerhalb der Gruppe analysieren

Machtverhältnisse existieren in allen Gruppen, Initiativen und Zusammensetzungen: Männer reden häufig mehr als Frauen und ihr Wort erhält mehr Gewicht; Menschen mit hohem Bildungsabschluss halten sich und das, was sie sagen, oft für klüger; Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft meinen zu verstehen, wie sich Menschen aus anderen Weltregionen verhalten und warum.
Die allermeisten Unterstützenden haben allerdings den Anspruch, auf Augenhöhe mit Geflüchteten zusammenzuarbeiten. Die Umsetzung dieses guten Vorsatzes bedarf aber harter Arbeit: transparente Kommunikation, klare Benennung von Machtstrukturen der Gruppe, Reflexion und oft auch Änderungen der eigenen Handlungsweisen und Gewohnheiten.
Viele Unterstützungsgruppen der Mehrheitsgesellschaft arbeiten *für* Geflüchtete und weniger *mit* ihnen. Die Tatsache, dass Unterstützungsgruppen oft ohne die konzeptionelle und praktische Mitwirkung von Geflüchteten arbeiten, ist eines der Grundprobleme der Unterstützungsarbeit. Denn so werden Strukturen geschaffen und Gruppenaktivitäten geplant, ohne die Ideen und Fähigkeiten der Geflüchteten mit einzubeziehen. Wenn sich eine Unterstützungsgruppe gegründet hat, in der keine Menschen mit Fluchterfahrung vertreten sind, ist an einem gewissen Zeitpunkt die Frage wichtig, ob es in der Umgebung politische Kämpfe von selbstorganisierten Geflüchteten gibt und wie diese unterstützt werden können. Eine ›weiße‹ Parallelstruktur sollte vermieden werden: Wenn Unterstützer*innen ohne Fluchterfahrung merken, dass ihnen auf Behörden, bei Demonstrationen oder Presseerklärungen mehr zugehört wird als Geflüchteten, so ist das erst recht ein Grund, diese zugewiesene privilegierte Sprecher*innenposition zu teilen oder abzugeben – und auf keinen Fall eine Bestätigung dafür, dass sie selber effizienter in der Arbeit sind.

Ein weiteres Problem ist, dass die Geflüchteten aufgrund ihres prekären legalen Status und/oder ihrer ebensolchen materiellen Situation oft – trotz Schieflagen – in den Unterstützungsgruppen bleiben, weil sie eben auf diese angewiesen sind. Es müssen Formen gefunden werden, in denen trotz Abhängigkeit Kritik geäußert werden kann! Ein wichtiger Schritt ist, Raum zu schaffen, damit die Geflüchteten sich untereinander austauschen und gegenseitig bestärken können.

3. Reflexionsräume schaffen

Unser Vorschlag ist, für diese Gespräche ganz bewusst einen Platz in der solidarischen Arbeit zu schaffen: Einen Reflexionsraum. Dieser fehlt im Gruppenalltag meist. Darum gibt es häufig nicht die Möglichkeit, gemeinsam über Ungleichheit, Reproduktion von Rassismus und Privilegien nachzudenken. Das hat zum einen den Grund, dass die praktischen Aufgaben meist kein Ende nehmen und es wenig bis gar keine Ruhepausen gibt, in denen mit etwas Abstand und ohne Zeitdruck eigenes Verhalten und eigene Strukturen analysiert werden können. Ein anderer Grund ist jedoch, dass es sich bei der Auseinandersetzung mit Rassismus und anderen Machtverhältnissen in der Regel um einen für die Unterstützer*innen ohne Fluchterfahrung unangenehmen Prozess handelt, der gerne vermieden wird. Ob und wann diese Räume zustande kommen, ist meist mit aufreibenden Diskussionen und vielen Widerständen verbunden. Der Beginn einer rassismuskritischen Selbstreflexion ist häufig auf ein vehementes Einfordern von Einzelpersonen, auf einen internen Konflikt oder einen Rassismusvorwurf von außen zurückzuführen.
Für einen Reflexionsprozess sollten Zeit und Ort vereinbart und geplant werden. Hier kann zum Beispiel ein Treffen mit Übernachtung in einem Tagungshaus oder in einer Jugendherberge überlegt werden. Eine Umgebung außerhalb der gewohnten Arbeits- und Stressatmosphäre kann helfen, einander anders kennenzulernen. Es hilft zudem dabei, nicht in die Routinen zu fallen, die Gegenstand des Treffens sein sollten, bzw. doch wieder nur über akute und scheinbar wichtigere Themen zu sprechen.
Für diese Treffen ist es außerdem wichtig, dass alle Beteiligten sich sprachlich an den Diskussionen beteiligen können und evtl. eine Übersetzung organisiert wird. Unsere Erfahrungen zeigen, dass Prozesse mit externer Begleichung und Moderation offener verlaufen. Außenstehende Begleitung ermöglicht, dass Emotionen anders aufgefangen und bearbeitet werden können.

4. Bedürfnisse aller kennen und berücksichtigen

Die Fragen, an wessen Gewohnheiten und Bedürfnissen sich die Gruppe orientiert, ist von zentraler Bedeutung. Die Art und Weise wie die Organisationskultur funktioniert, sagt viel darüber aus, wie machtsensibel mit Schieflagen umgegangen wird. Vielen Unterstützer*innen fällt es wie Schuppen von den Augen, wenn sie realisieren, dass die Gruppe in erster Linie ihre eigenen Bedürfnisse erfüllt und sie unausgesprochene Normen setzen. Klassische Beispiele sind hierfür, dass sich Zeiten für Gruppentreffen an den Verfügbarkeiten der Unterstützer*innen orientieren und nicht an den Bus- oder Arbeitszeiten von Geflüchteten. Oder dass Gruppentreffen in linksautonomen, ausschließlich veganen Räumen stattfinden, in denen sich Geflüchtete manchmal entweder im Ambiente nicht wohlfühlen (weil diese nicht einladend wirken können) oder sich durch die Normsetzung (welches Essen gekocht oder verzehrt werden darf) eingeschränkt fühlen. Die bisher in den Gruppen angewandte Tagesordnungs- oder Diskussionskultur sowie die Auswahl der Aktionsformen kann ebenfalls ausschließend wirken. Es wird damit eine Dominanz aufrechterhalten, die für die Unterstützer*innen in der Regel unsichtbar bleibt, die jedoch starke Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Rollen, Verantwortung und Entscheidungsmacht hat. Durch die Setzung der Organisationskultur schaffen sich Unterstützer*innen einen Raum, in dem sie sich selbst meist wohlfühlen, in dem Andere aber wiederum nur als Gäste erscheinen. Damit werden Menschen, die andere Bedürfnisse haben, ausgeschlossen.

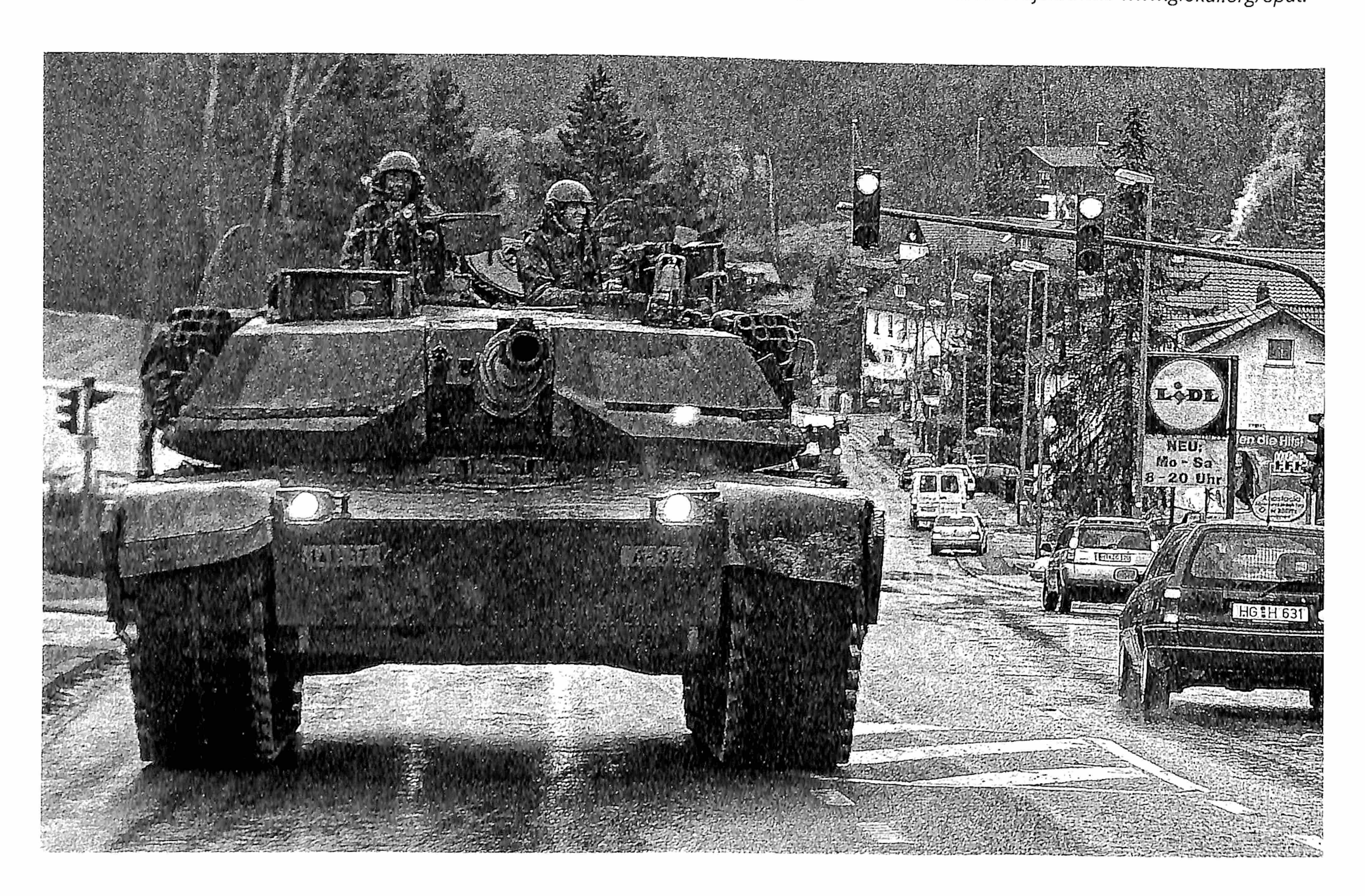
Eine gemeinsame Auseinandersetzung darüber, welche Wünsche und Bedürfnisse in der Gruppe vorhanden sind, ist für eine machtsensible, inklusive Kultur von großer Bedeutung. Nicht nur bei dieser Frage hilft die vorübergehende Aufteilung der Gruppen, um ein offenes Sprechen überhaupt zu ermöglichen und eine gleichberechtigtere Diskussion vorzubereiten. Die Gruppe kann z. B. in Unterstützer*innen ohne Fluchterfahrung und Geflüchtete aufgeteilt werden, ggf. machen auch noch weitere Gruppen Sinn, etwa eine Frauengruppe. Erste Diskussionen in getrennten Gruppen ermöglichen insbesondere eine Stärkung von bisher vernachlässigten und ungehörten Positionen und einen Austausch zu ähnlich gemachten Erfahrungen.

Fazit

Unsere Arbeit mit Unterstützungsgruppen zeigt, dass ein ernsthafter und gemeinsamer Reflexionsprozess die Grundvoraussetzung ist hin zu praktischer Solidarität. Er hilft den Gruppen, um sowohl die alltägliche Unterstützungsarbeit als auch die politische Arbeit im Kampf gegen Strukturen der Ausgrenzung, Diskriminierung und des Rassismus gleichberechtigter zu gestalten. ✖

Weitere Infos

✖ *Für unsere glokal-Broschüre (2017): »Willkommen ohne Paternalismus« haben wir einen Reflexionsfragebogen für Gruppen erstellt, die sich mit den Strukturen und Praxen ihrer Arbeit (selbst)kritisch auseinandersetzen wollen. Dieser Artikel erschien dort in ausführlicher Form und kann auf unserer Webseite bestellt werden. Wir danken Adam Baher, Vincent Dold und Laura Graf für die Mithilfe bei der Publikation. Weitere Informationen zum OPAT-Projekt unter www.glokal.org/opat.*



Entwicklung durch Enteignung

Landraub und Abhängigkeit

ZAG

Knapp ein Drittel der Menschheit arbeitet in der Landwirtschaft. Zumeist kleinbäuerliche Produzent*innen, Familien und Gemeinschaften, die auf kleinen Flächen Lebensmittel erzeugen, die sie zu einem Gutteil selbst nutzen. In Asien und Afrika werden so 80 Prozent der Lebensmittel hergestellt. Dem gegenüber stehen große Farmen und landwirtschaftliche Betriebe, die in industriellem Ausmaß für den Weltmarkt produzieren und zumeist in Europa sowie Nord- und Südamerika liegen. Für die Weltbank ist diese industrialisierte Landwirtschaft das Modell für die Zukunft. So sollen die landwirtschaftlichen Ergebnisse durch die Produktion in großem Maßstab unter Einsatz von Maschinen, angepasstem Saatgut, Dünger und Pestiziden erhöht werden. Nach der Philosophie der Weltbank soll industrielle Landwirtschaft Chancen für arme, landwirtschaftlich geprägte Länder bieten (Deininger/Byerlee 2011, xv). Das Problem verschärfend kommt hinzu, dass die europäischen Exporte schon bei ihrer Erzeugung hoch subventioniert wurden. Versprochen werden Produktivitätssteigerungen, Armutsminderung und Ernährungssicherung, wenn der Staat für Rechtssicherheit und Good Governance sorgt. Dadurch würden jedoch Millionen Kleinbäuer*innen ihre Lebensgrundlage verlieren.

Krise und Spekulation

Mit der Nahrungsmittelkrise 2007/2008 verteuerten sich Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt für die ärmsten Länder um 37 Prozent, nachdem die Preise bereits 2006 um 30 Prozent gestiegen waren. Aufgrund von Lebensmittelknappheit kam es u.a. in Bangladesch, Burkina Faso, Kamerun, der Elfenbeinküste, Ägypten Indien und Indonesien, Mexiko, Marokko, dem Senegal, Somalia und Usbekistan zu sozialen Unruhen und gewaltvollen Auseinandersetzungen, da sich das Gros der Bevölkerung die importierten Lebensmittel nicht mehr leisten konnte. Die Spekulation mit Reis, Weizen und Pflanzenöl war nur ein Grund für die Preissteigerungen, neben schlechten Ernten, Exportstopps und -steuern der Erzeugerländer. Die Übernahme neoliberaler Glaubenssätze hatte in den Import-Ländern dazu geführt, dass billige Einfuhren den heimischen Markt zerstörten, die eigene Nahrungsmittelproduktion dieser Länder verringerte und die bäuerliche Bevölkerung dezimierte (Magdoff/Tokar 2009). Ein weiterer Grund war die verstärkte Nachfrage nach *Biofuel Crops* und Futtermittel wie Soja und Weizen, die nicht zum Verzehr gedacht sind und in Konkurrenz zu den Anbauflächen von Nahrungsmitteln stehen, landläufig als Konkurrenz von Teller und Tank bzw. Teller und Trog bebildert. So fordert die EU-Richtlinie von 2003 den Anteil von Biokraftstoffen an den gesamten Kraftstoffen zu erhöhen, was dazu führt, dass mehr Mais, Soja und Palmöl zur energetischen Nutzung verwendet werden.

Zugleich wurde die Weltwirtschaft durch die Immobilienkrise im Sommer 2007 und dem anschließenden Zusammenbruch von Banken und Kreditsystem in die bis heute anhaltende Finanzkrise geworfen. Dies hatte zur Folge, dass eine Menge Kapital bei sinkenden Zinsen freigesetzt wurde und neue Anlagemöglichkeiten gesucht wurden. Dieses Kapital wurde zu einem guten Teil für Finanzanlagen und -spekulationen im Agrobusiness genutzt. (McMichael 2009b; McMichael 2009a; GRAIN 2008)

Neuer Landraub

Mittlerweile sind neben großen Unternehmen auch Staaten daran interessiert, für die landwirtschaftliche Produktion Flächen in großem Maßstab aufzukaufen (»The Online Public Database on Land Deals« www.landmatrix.org). Während u.a. Schwellenländer wie China oder Indien aber auch arabische Ölstaaten Land mit dem Argument aufkaufen, die Ernährung ihrer eigenen Bevölkerung sichern zu wollen, bieten sich für Finanzinvestoren, Pensionsfonds und Investmentbanken gute Marktaussichten angesichts kontinuierlicher Nachfrage und durch die Konzentration auf Biofuel Crops bzw. Flex Crops, eine Verringerung des Marktrisikos, da sie als Kraftstoff, als Futtermittel und als Nahrungsmittel verkauft werden können.

Die von der Weltbank verfolgte Strategie zur Krisenbewältigung, Flächen im großen Maßstab – insbesondere sogenannte degradierte, marginalisierte oder ungenutzte Flächen – für die industrielle Landwirtschaft und den Weltmarkt umzuwandeln, scheint aufzugehen. Die Flächen momentan nicht bewaldeter, unkultivierter und kaum bewohnter Flächen für eine ökologisch angemessene und nicht-künstlich bewässerte Landwirtschaft werden von der Weltbank zusammen auf 445 Millionen Hektar geschätzt (Deininger/Byerlee 2011, 77) .

Landkonflikte

Wie gestaltet sich diese Aneignung von Land und Wasser, Arbeitskraft und Infrastruktur, die dafür notwendig ist?

Die degradierten, marginalisierten oder ungenutzten Flächen sind nicht einfach leer. Dort leben Menschen, die von diesem Land leben. Konflikte durch die neuen Investitionen sind vorprogrammiert. Entgegen den Vorstellungen der Weltbank wird auch

an Orten investiert, die bereits kapitalistisch strukturiert sind. Die Investitionen in Rumänien und der Ukraine sind geprägt von einem Umfeld, in dem es Industrie, Straßen und ausgebildete Fachkräfte sowie eine willfährige staatliche Verwaltung gibt. Es gibt viele Beispiele hierfür: In Kambodscha werden Bauernfamilien von ihrem Land vertrieben, um dort Zuckerrohr anzubauen; in Brasiliens Amazonasgebiet werden Hektar um Hektar Wald gerodet, Landbesetzer*innen vertrieben und die Rechte indigener Gemeinschaften bedroht; in Äthiopien wird Land, das von den Ormo bewirtschaftet wird, für Blumenzucht und Gemüseanbau verpachtet, der für den europäischen Markt bestimmt ist; auf Madagaskar werden durch Entwicklungshilfeprojekte die Landrechte von Dörfern missachtet.

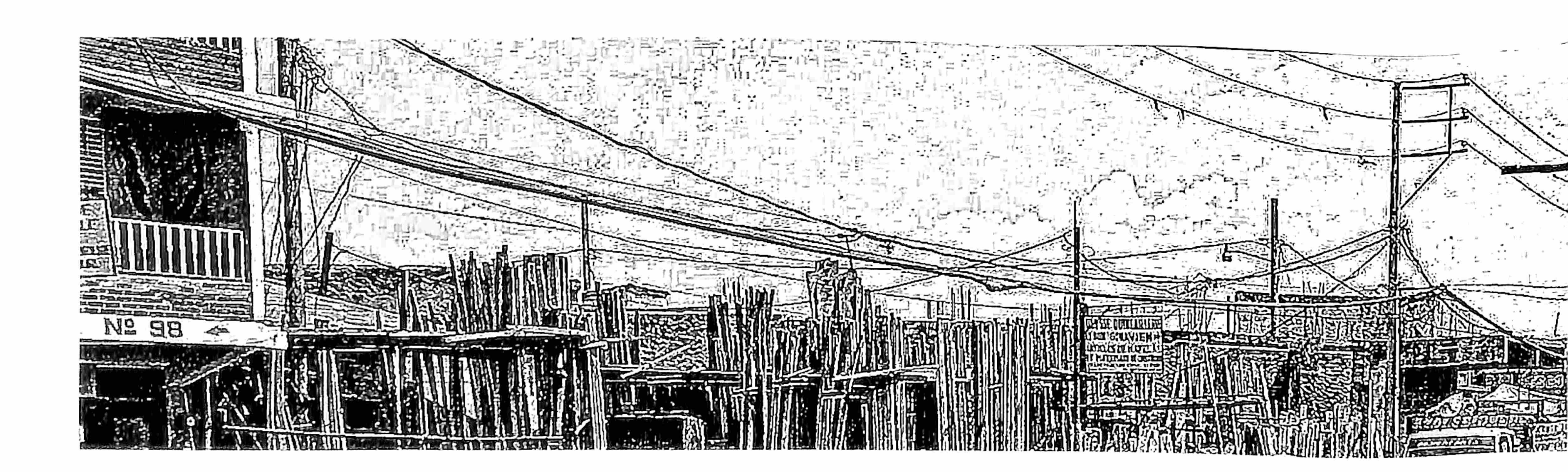
Äthiopiens Regierung fördert Direktinvestitionen in Landwirtschaftsprojekte als Teil seiner Entwicklungsstrategie. Mittlerweile gibt es auch ausländische Nahrungsmittelkonzerne, die einige hunderttausend Hektar zusammenhängender Ländereien gepachtet haben. Dabei werden durch den äthiopischen Staat die Unternehmen unterstützt, ihre Landrechte durchzusetzen. Die angestammten Nutzungsrechte der lokalen Bevölkerung werden zugunsten der Unternehmen eingeschränkt. So können nomadische Viehzüchter, die Wanderwirtschaft betreiben, ihre Herden nicht mehr auf ihren angestammten Routen führen, da diese nun durch die verpachteten Ländereien unterbrochen werden. Zugleich siedelt die äthiopische Regierung die verstreut lebende Bevölkerung in Dörfer um, um ihnen dort Zugang zu Schulen, medizinischer Versorgung und Trinkwasser zu bieten. Ein Zusammenhang von Umsiedlungen und Landkäufen ist laut Regierung rein zufällig. »Die regional unterschiedlichen, historisch gewachsenen und sich überlagernden Besitzverhältnisse und Nutzungsrechte bestehen auch heute fort« und werden nun durch den Staat zugunsten einer kommerziellen Landwirtschaft entschieden (Engels/Dietz 2016, 412).

In Brasilien sind im Zuge eines Programms zur nachhaltigen Palmölproduktion im Bundesstaat Pará 31,8 Millionen Hektar Land als geeignet für den Anbau von Ölpalmen ausgewiesen worden (Backhouse 2015). Im Rahmen dieses Programms soll der Anbau der Ölpalme wirtschafts- und energiepolitische sowie entwicklungs- und klimapolitische Ziele erfüllen. Neben der Deckung des brasilianischen Bedarfs für Kosmetikprodukte und Nahrungsmittel sowie Erzeugung von Biodiesel sollen Impulse für die Entwicklung ländlicher Regionen durch die Plantagenwirtschaft gesetzt werden. Darüber hinaus sollen nur bereits abgeholzte Flächen bepflanzt werden (Backhouse 2013, 269–270). Dadurch soll zudem eine erhöhte CO_2-Bindung erreicht werden. D.h dieses Programm dient der Bindung des Kohlendioxids durch die neuen Pflanzungen und damit vorgeblich dem Klimaschutz (zum Handel mit Klimazertifikaten s. Fatheuer 2013). Die Landbevölkerung soll als Vertragslandwirte in das Programm eingebunden werden. Hierfür werden angepasste Kredite gewährt. Damit ergibt sich für die dortigen Kleinbäuer*innen die Möglichkeit weiterhin auf ihrem Land zu arbeiten. Nun allerdings nach genauen Vorgaben der Unternehmen, die Arbeitsschritte bei der Pflege und Ernte vorschreiben. Selbstversorgung und Anbau regionaler Nahrungspflanzen ist nicht vorgesehen bzw. verboten. Ein Ausscheiden aus diesen Verträgen ist zwar möglich, doch nach nur einem Anbauzyklus sind die Böden meist derart geschädigt, dass sie nicht mehr als produktive Agrarflächen taugen. Zudem zwingt der gewährte Kredit die Schuldner*innen solange wie möglich Ölpalmen anzubauen, um ihn bedienen zu können. Prekäre Alternativen zur Vertragslandwirtschaft sind die schlecht bezahlte Arbeit auf den Plantagen oder die Abwanderung in die Städte.

In Madagaskar wurde im Rahmen eines Entwicklungshilfeprojekts der großflächige Anbau des Einjährigen Beifußes (*Artemisia annua)* gefördert, einem wichtigen Bestandteil vieler Anti-Malaria-Mittel. Malaria wiederum ist eine Krankheit, die die Wirtschaft der ärmsten Staaten zusätzlich belastet, während sie in reichen Ländern kaum auftritt. Die Firma Bionexx, gefördert durch das UNDP, dem UN-Entwicklungsprogramm, erwarb dafür Land auf der Insel, das durch den Staat bereitgestellt wurde. Dies sollte neue Arbeitsplätze schaffen und so den Bewohnern ein Einkommen sichern. Die Folgen waren jedoch, dass eine andere Nutzung des Landes nicht mehr möglich war. Die dort Landwirtschaft betreibenden Einheimischen konnten ihre Rechte an den Landflächen nicht durchsetzen, da diese nicht dokumentiert waren. Sie hatten sie bisher einfach für ihren Bedarf genutzt. Nun darf auch noch weder Sand für den Bau von Häusern aus dem Fluss geholt werden, noch dürfen die Straßen benutzt werden, so dass Schulkinder Umwege von bis zu einer Stunde bewältigen müssen. Mittlerweile haben sich andere Dörfer auf Madagaskar gegen diese Art der Hilfe entschieden. Sie sind nun, gefördert durch ein Projekt aus der BRD, dazu übergegangen per GPS-Vermessung ihre Landansprüche zu erheben und eintragen zu lassen.

Dieser Landraub von Flächen, deren Eigentumsrechte nicht dokumentiert sind oder nicht durchgesetzt werden können, hat als Folge, dass andere Nutzungen nicht mehr möglich sind, dass Menschen vertrieben werden oder bislang selbständige Kleinbäuer*innen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Agrarunternehmen geraten.

Das Versprechen der Entwicklung und Sicherung der Ernährung durch Kapitalinvestitionen ist vorgeschoben. Der Zweck dieser



Entwicklung ist die Produktion für den Weltmarkt. Dabei werden funktionierende Strukturen vor Ort zerstört. Dies bedeutet keine Erweiterung der Möglichkeiten der alteingesessenen Bevölkerung, sondern neue Zwänge. Das Entwicklungsmodell der Weltbank, durch Kapitalinvestitionen in die industrielle Landwirtschaft, Armut zu beseitigen, ist bigott – durch die Vertreibung von Millionen Menschen soll die Verbesserung der sozialen Lage der Armen erreicht werden.

Mittlerweile ist das Spektrum der Investitionen und der Begründungen für die Landaneignungen vielfältiger geworden. Es sind nicht mehr nur die harten, materiellen Vorteile, die sich aus den Investitionen ergäben, wie Arbeitsplätze, höhere Produktivität und Rendite, sondern Klimaschutz und Naturschutz sind hinzugetreten. Auch Naturparks für den Tourismus und Wasserressourcen für Landwirtschaft und Getränkeproduktion wecken das Interesse der Investor*innen.

Der Landraub beruht auf dem Zusammenspiel von Staat, seinen Eliten und Unternehmen. Staatliche Gewalt ist nur ein Mittel für die Vertreibung. Die Missachtung angestammter Rechte bzw. gängiger Nutzungen, werden mit dem kodifizierten Rechtssystem begründet: kein Katastereintrag, keine Urkunde, bedeuten kein Recht an Land. Hinzu kommt die Unterdrückung von Protesten, so dass eine politische Lösung für die Opfer des Landraubs nicht durchsetzbar ist. Landraub wandelt »Land« in Privateigentum um, konzentriert dessen Besitz und monopolisiert die Nutzungsrechte. Doch Landraub bedeutet nicht nur den Verlust der materiellen Ressourcen, sondern ebenso die Umformung des Verhältnisses zur Natur und der eigenen Arbeit wie auch der sozialen Verhältnisse untereinander und der Konsummuster.

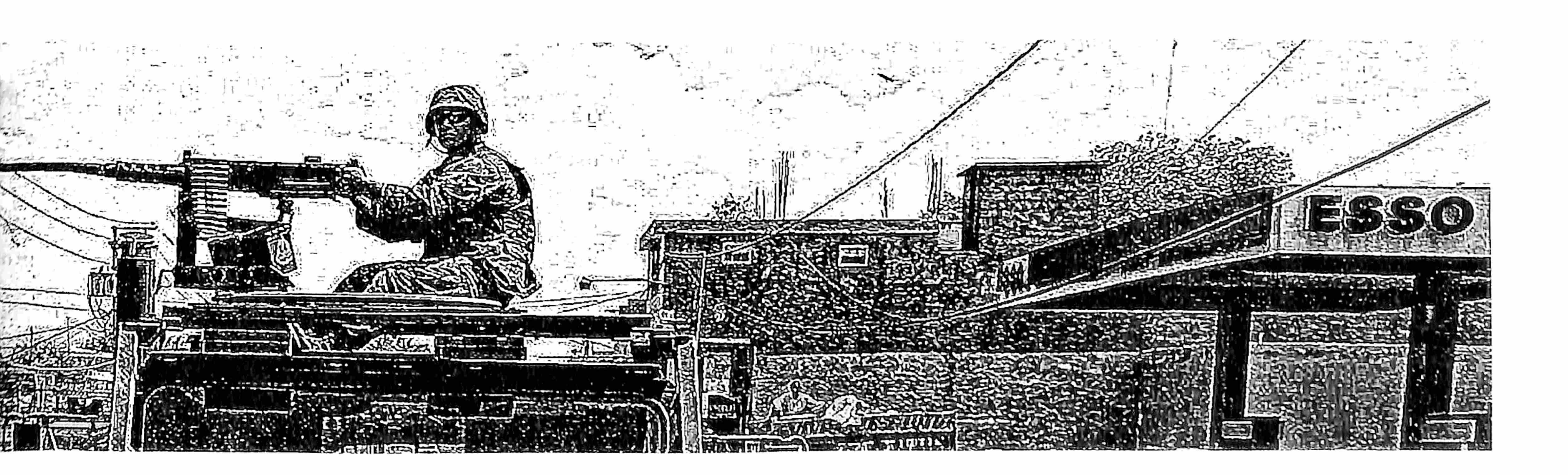
Was ist neu am Landraub?

Man könnte meinen, dies sei ein alter Hut. Ähnliches beschreibt auch Marx in seinem 150 Jahre alten Buch »Das Kapital« unter dem Begriff der »sogenannten ursprünglichen Akkumulation« z. B. für die Vertreibung der schottischen Bauern aus den Highlands. Diese Prozesse der Enteignung finden in einer weltumspannenden Krise statt. Sie markieren eine neue Konstellation für die Reorganisation der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Neu sind die Begründungen wie Klimaschutz, Entwicklungshilfe und Ernährungssicherheit, die herangezogen werden. Zudem sind die Methoden weniger offensichtlich. Sie reflektieren bereits den Widerstand der Betroffenen und versuchen sie in den Prozess der Enteignung durch das Versprechen einer besseren Zukunft einzubinden.

Widerstand ist deshalb schwierig zu organisieren. Grundsätzlich müssen die kommunalen Landrechte verbessert werden, so dass eine angestammte Nutzungspraxis auch in einem juristischen Verfahren durchgesetzt werden kann. Vor Ort muss die Bevölkerung über ihre Rechte informiert werden und die Auswirkung von Landverkäufen dargestellt werden. Eine Vernetzung Betroffener und weltweiter Öffentlichkeit für konkrete Fälle ist das Ziel. Um die Rechte der Kleinbäuer*innen zu stärken, ist die Zusammenarbeit mit Basisinitiativen nötig. Die staatlichen und ökonomischen Eliten vor Ort hingegen müssen unter Druck gesetzt werden, um politische Lösungen im Sinne der Kleinbäuer*innen durchsetzen zu können. Die Entwicklungszusammenarbeit der reichen Länder muss sich entsprechend neue Konzepte und Richtlinien der Zusammenarbeit auferlegen. ✖

Literatur

- *Backhouse, Maria (2015). Grüne Landnahme – Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien, Münster, Westf: Westfälisches Dampfboot*
- *Backhouse, Maria (2013). Grüne Landnahme in Brasilien. Das Beispiel der Palmöl-Expansion im Amazonasbecken, in: Backhouse, Maria/ Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (Hrsg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, 261–283*
- *Deininger, Klaus W./Byerlee, Derek (2011). Rising global interest in farmland: can it yield sustainable and equitable benefits?, Washington, D.C: World Bank*
- *Engels, Bettina/Dietz, Kristina (2016). Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens, in: PERIPHERIE–Politik• Ökonomie• Kultur, Vol. 31(124)*
- *Fatheuer, Thomas (2013). Eine neue grüne Inwertsetzungsstrategie für Amazonien: REDD – Erwartungen, Ambivalenzen, Kontroversen, in: Backhouse, Maria/Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (Hrsg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, 284–301*
- *GRAIN (2008). Seized: The 2008 landgrab for food and financial security, abrufbar unter: www.grain.org/article/entries/93-seized-the-2008-landgrab-for-food-and-financial-security.pdf*
- *Magdoff, Fred/Tokar, Brian (2009). Agriculture and Food in Crisis., in: Monthly Review: An Independent Socialist Magazine, Vol. 61(3), 1–16, abrufbar unter: http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=aph&AN=48874411&site=ehost-live*
- *McMichael, Philip (2009a). A food regime genealogy, in: Journal of Peasant Studies, Vol. 36(1), 139–169, abrufbar unter: www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/03066150902820354 (letzter Zugriff: 6.4.2014)*
- *McMichael, Philip (2009b). The World Food Crisis in Historical Perspective., in: Monthly Review: An Independent Socialist Magazine, Vol. 61(3), 32–47, abrufbar unter: http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=aph&AN=48874415&site=ehost-live*



Beschlagnahmte Schiffe retten keine Menschen

Über die Kriminalisierung von Flucht, Migration und Solidaritätsstrukturen

Sophie Tadeus

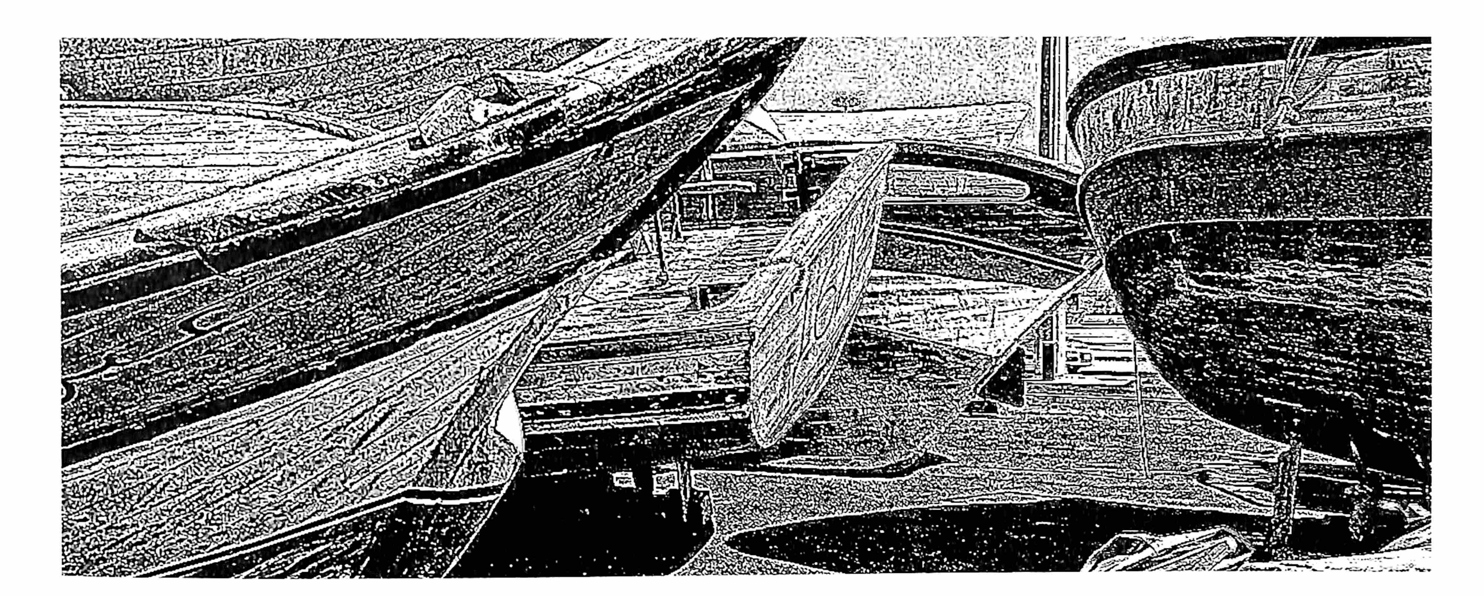
Die zentrale Mittelmeerroute ist noch immer die gefährlichste Fluchtroute weltweit. Im Jahr 2018 kamen bis Anfang Mai bereits mindestens 379 Menschen beim Versuch Europa zu erreichen ums Leben. Die Zahl der Überfahrten nimmt ab, die Zahl der Todesfälle bleibt jedoch proportional gleich hoch. Viele Menschen werden zudem vermehrt in libyschen Lagern festgehalten, in denen ihnen nachweislich Gewalt und der Tod drohen, wie u. a. Berichte von Amnesty International dokumentieren. Das Sterben und Leiden an den europäischen Außengrenzen wird immer weiter ausgelagert – raus aus dem eigenen Blickfeld.

Europäische Migrationspolitik »at its best«

Das ist soweit nichts Neues. Erschreckend ist jedoch, mit welcher Selbstverständlichkeit dabei Menschen- und Völkerrechtsbrüche seitens der europäischen Mitgliedsstaaten in Kauf genommen werden. Denn die politischen Maßnahmen der EU zur Eindämmung der Migrationsbewegung reichen weit über die Grenzsicherung durch Frontex hinaus: So begann 2016 die Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache, einem unübersichtlichen Konglomerat aus libyschen Milizen, zur Eindämmung der Migration an der libyschen Küste. Libyen hat seit 2011 keine stabilen Staatsstrukturen und versinkt in den gewaltvollen Auseinandersetzungen rivalisierender Milizen. Es ist ein vom Bürgerkrieg zerrüttetes Land, wo Migrant*innen systematisch Gewalt, Folter, Vergewaltigung und willkürlichen Exekutionen ausgesetzt sind.
Die sogenannte libysche Küstenwache indessen ist seit einigen Monaten dabei, Flüchtende an der Überfahrt zu hindern und zurück in ebenjene Lager zu stecken. Zum Teil bedrohen diese auch die Crewmitglieder von zivilen Seenotrettungsorganisationen mit Waffen. Sowohl diese Lager als auch die Angriffe der libyschen Einheiten auf NGOs vor Ort und die illegalen Pull-Backs von Migrant*innen werden von der europäischen Gesellschaft wissentlich in Kauf genommen und der Bruch mit internationalem Recht stillschweigend akzeptiert.
Aus verschiedenen Konventionen und Richtlinien ergeben sich für die EU-Staaten Verpflichtungen und Zuständigkeiten beim Schutz von Menschenrechten. Die rechtliche Situation für Flüchtende im Mittelmeer manifestiert sich vordergründig im Refoulement-Verbot, also dem Verbot von Ausweisung, Zurückweisung, Abschiebung oder Auslieferung einer Person in einen Staat, in dem ihr elementare Menschenrechtsverletzungen drohen. Dieses Refoulement-Verbot ist unter anderem in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verankert sowie in Art. 33 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), in Art. 3 Absatz 1 der UN-Anti-Folter-Konvention und in Art. 7 des UN-Zivilpaktes über bürgerliche und politische Rechte.
Die Rettung von Personen in Seenot wird des Weiteren durch das internationale Seerecht abgedeckt: »Jeder Staat verpflichtet den Kapitän eines seine Flagge führenden Schiffes, soweit der Kapitän ohne ernste Gefährdung des Schiffes, der Besatzung oder der Fahrgäste dazu imstande ist, jeder Person, die auf See in Lebensgefahr angetroffen wird, Hilfe zu leisten« (Art. 98 Abs. 1a SRÜ – Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen).
Das bedeutet, dass Seenotrettung eine Verpflichtung ist, sowie dass eine Aus- oder Zurückweisung in ein Land, in dem Gefahren für Leben oder die Freiheit, Folter oder unmenschliche Behandlung droht, verboten ist. Im konkreten Fall der Zentralen Mittelmeerroute ergibt sich daraus das Verbot eines Zurückweisens der Menschen nach Libyen – einem *failed state*, in dem sie nachweislich Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Seenotrettung ist ein Verbrechen?

Jede gute Geschichte braucht einen Bösewicht: Im populistischen Märchen über die Rettung des Abendlandes können libysche Milizen, die teilweise selber in kriminelle Schlepperstrukturen verstrickt sind, diese Rolle nicht einnehmen. Sie sind immerhin Europas neue Türsteher. Die zivilen Seenotrettungsorganisationen, die als einzige vor Ort als Zeuginnen Rechtsbrüche beobachten und dokumentieren können, bieten sich jedoch bestens für diese Rolle an.
Bereits seit einigen Jahren füllen die NGOs das Vakuum im migrationspolitischen Feld, was sich auf Grund fehlender staatlicher Strukturen auftat. So starteten unter anderem im Jahr 2014 *Watch the Med* ihre Aktivitäten vor Ort, gefolgt von den Seenotrettungsorganisationen *Sea Watch* und Jugend RETTET. Zu Beginn toleriert, begann in den Jahren 2016/2017 verstärkt eine öffentliche Hetzkampagne gegen die vor Ort aktiven Organisationen: Seitens verschiedener staatlicher Akteure wurden immer wieder öffentliche Diffamierungen kundgetan. Der italienische Staatsanwalt Carmelo Zuccaro warf den NGOs offen eine Kooperation mit libyschen Schleppern bei der Rettung von Flüchtenden im Mittelmeer vor. Kurz darauf behauptete der Frontex-Direktor



Fabricio Leggeri, die Arbeit der NGOs führe dazu, dass sich noch mehr Migrant*innen in seeuntüchtigen Booten auf den Weg nach Europa machten (der sogenannte »Pull-Faktor«), und der damalige österreichische Außenminister Sebastian Kurz sprach vom »NGO-Wahnsinn«, der beendet werden müsse. Obwohl solchen Vorwürfen jegliche Beweisgrundlage fehlt und der »Pull-Faktor« bereits in einigen wissenschaftlichen Studien widerlegt wurde, werden diese Narrative medial immer wieder aufgegriffen.

Vom gesprochenen Wort zur Tat

Diese Kriminalisierungsmaßnahmen gipfelten im August 2017 in der Beschlagnahme des Schiffs IUVENTA der Organisation Jugend RETTET durch die italienischen Behörden. Die Vorwürfe waren Beihilfe zur illegalen Einreise, Zusammenarbeit mit Menschenschmugglern und der Besitz von Schusswaffen. Letzteres diente als Legitimation, von den italienischen Anti-Mafia-Gesetzen Gebrauch machen zu können und somit eine Konfiszierung des Schiffs als präventive Maßnahme – also ohne tatsächliche Beweise einer Straftat – vor Gericht überhaupt durchzubringen. Bis heute (Stand: Mai 2018) ist das Schiff immer noch in Gewahrsam der italienischen Behörden. Tatsächliche Beweise oder Anklagen gegen die Organisation oder gegen Crewmitglieder gibt es nicht. Das scheint auch nicht weiter notwendig, denn das gewünschte Ziel ist erreicht – die NGO aus dem Verkehr zu ziehen.

Die politische Motivation lässt sich hervorragend entlang der Ermittlungsgeschichte skizzieren: Im September 2016 beobachten zwei Angestellte einer Sicherheitsfirma auf einem anderen NGO-Schiff vermeintlich suspekte Aktivitäten der Crew von Jugend RETTET. Diese beiden Angestellten haben nachweislich Kontakt in die rechte Szene, so auch zur sogenannten Identitären Bewegung. Sie lassen ihre Beobachtungen, die eine angebliche Kooperation zwischen Organisation und Schleppern darlegen soll, nicht nur der italienischen Polizei und dem Geheimdienst zukommen, sondern auch einem Politiker der Lega Nord.

Ihre Aussagen widersprechen sich. Zudem gibt es keinerlei Beweise – keine Fotos, keine Videos oder sonstiges Material. Nichtsdestotrotz reicht das den italienischen Behörden aus, um weitreichende Ermittlungen gegen die Organisation einzuleiten. Diese beinhalten die Verwanzung der Schiffsbrücke der IUVENTA, das Abhören von Telefonaten und das Einschleusen eines verdeckten Ermittlers auf ein anderes NGO-Schiff. Dass es trotz dessen bis heute keine Beweise für vermeintliche Straftaten gibt, spricht für sich. Ebenso, dass man einer kleinen Seenotrettungsorganisation trotzdem das Schiff, und somit die Existenzgrundlage, entzieht. Währenddessen ging das Sterben im Mittelmeer konstant weiter – mit einem Schiff weniger im Einsatzgebiet um gegen diese grauenvollen Missstände anzukämpfen.

Solidarität ist kein Verbrechen

Das Recht auf Leben und Sicherheit findet keine Anwendung, wenn es keine staatlichen Rettungsstrukturen gibt, obgleich das Sterben auf hoher See bekannt ist. Die Zurückweisung der Migrant*-innen in menschenunwürdige Internierungslager in Libyen, die Kooperation mit und Aufrüstung von libyschen Milizen und die daraus resultierende Verweigerung einer adäquaten Prüfung von internationalen Schutzanträgen steht im Widerspruch mit vielen internationalen menschenrechtlichen Abkommen. Bei diesem Kampf um geltendes Recht geht es nicht allein um das Thema Seenotrettung. Denn ob Menschen in der Nordsee aus Seenot gerettet werden, wird ja auch nicht verhandelt. Hier geht es vielmehr um die Frage, ob wir in einer Welt leben wollen, in der es nur Rechte für den richtigen Pass oder die richtige Hautfarbe gibt. Und wer am Ende den hohen Preis einer sogenannten »kontrollierten Migration« eigentlich zahlen muss. ✖

Literatur

- *Amnesty International (2017): Libya's dark web of collusion: Abuses against Europe-bound refugees and migrants. In: www.amnesty.org/en/documents/mde19/7561/2017/en/*
- *ProAsyl (2015): Internationales Recht: EU muss Bootsflüchtlinge retten und aufnehmen. In: www.proasyl.de/news/internationales-recht-eu-muss-bootsfluechtlinge-retten-und-aufnehmen/*
- *ProAsyl (2017): Menschenrechte über Bord! Warum Europas Kooperation mit Libyen so schändlich ist. In: www.proasyl.de/hintergrund/menschenrechte-ueber-bord-warum-europas-kooperation-mit-libyen-so-schaendlich-ist/*
- *Frei, Nula & Hruschka, Constantin (2017): Die EU und die Mittelmeerroute: Umgehung des Refoulement-Verbots oder Kampf gegen ›illegale Migration‹? In: https://verfassungsblog.de/die-eu-und-die-mittelmeerroute-umgehung-des-refoulement-verbots-oder-kampf-gegen-illegale-migration/*

Ertüchtigung statt Armutsbekämpfung

Die Militarisierung der EU-Entwicklungshilfe

Sabine Lösing und Jürgen Wagner

Der Finanzierung militärrelevanter Ausgaben aus dem EU-Haushalt waren lange extrem enge Grenzen gesetzt. Aus diesem Grund wird seit eh und je eine beachtliche Kreativität an den Tag gelegt, sich »ressortfremd« aus anderen Töpfen zu bedienen. Dies gilt in besonderem Ausmaß für die Finanzierung sogenannter »Ertüchtigungsmaßnahmen« – die Ausbildung und Aufrüstung »befreundeter« Akteure. Diesbezügliche Maßnahmen wurden ab 2004 über den »Europäischen Entwicklungsfonds« außerhalb des EU-Budgets finanziert. Nach langen Auseinandersetzungen wurden im Dezember 2017 nun aber zudem die rechtlich bestenfalls fragwürdigen Grundlagen geschaffen, um auch das »Instrument für Stabilität und Frieden« (IcSP), dessen Gelder aus dem EU-Haushalt stammen, hierfür heranziehen zu können. »Ertüchtigungseinsätze« sind inzwischen zur präferierten EU-Interventionsoption geworden. Dass zu deren Finanzierung aber Entwicklungshilfegelder, die zur unmittelbaren Armutsbekämpfung gedacht sind, zweckentfremdet werden, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Allzweckwaffe Ertüchtigung

Aufgrund der desaströsen Erfahrungen mit großangelegten militärischen Besatzungen wie in Afghanistan und im Irak gewinnen seit einigen Jahren politisch wie finanziell »kostengünstigere« Alternativen an Bedeutung. Dazu gehört der zunehmende Einsatz von Spezialeinheiten und Drohnen ebenso wie der verstärkte Rückgriff auf die Aufrüstung und Ausbildung lokaler Akteure. Vor allem auch in Deutschland erfreut sich diese sogenannte »Ertüchtigung« zunehmender Beliebtheit: »Die Praxis der Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten ist, ebenso wenig wie die Kritik daran, in Deutschland nicht neu. Allerdings ist sie für die deutsche Politik zunehmend zu einer Art Allzweckwaffe geworden, die sich im Rahmen des neuen ›Verantwortungsdiskurses‹ legitimieren lässt und die sowohl militärische Machtprojektion und Rüstungsexporte als auch Kontrolle über andere Länder ermöglicht, ohne sich auf langfristige, teure und personalintensive Einsätze einlassen zu müssen – auch wenn sie sich gegenseitig nicht ausschließen müssen!«[1] Dementsprechend wurden im »Bundeshaushaltsplan 2016« erstmals 100 Mio. Euro (2017: 130 Mio.) eigens für die »Ertüchtigung von Partnerstaaten im Bereich Sicherheit, Verteidigung und Stabilisierung« eingestellt.

Auf EU-Ebene zeigt sich der Stellenwert von Ertüchtigungsmaßnahmen allein schon daran, dass aktuell 14 von 16 laufenden EU-Einsätzen in der ein oder anderen Form zur »Kapazitätsbildung« beitragen, wie das Ganze im Brüsseler Jargon gerne tituliert wird. Allerdings gestaltete sich deren Finanzierung lange als relativ schwierig. Dies lag vor allem an den Bestimmungen in Artikel 41(2) des Lissabon-Vertrages, der es verbietet, »Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« im Rahmen der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) aus dem EU-Haushalt zu bezahlen. Bis kürzlich wurde dieser Passus so interpretiert, dass von diesem Finanzierungsverbot auch Ertüchtigungsmaßnahmen betroffen sind.

Um dieses Problem zu umschiffen, wurde bereits 2004 die »Afrikanische Friedensfazilität« ins Leben gerufen, der seither vor allem für den Aufbau afrikanischer Interventionstruppen und zur Finanzierung von Militäreinsätzen der Afrikanischen Union 1,9 Mrd. Euro entnommen wurden. Zuletzt wurden aus diesem Topf im Sommer 2017 50 Mio. Euro für den Aufbau einer G5-Sahel-Truppe ausgelobt. Der »Vorteil« der Friedensfazilität wurde vor allem darin gesehen, dass sie mit Geldern des »Europäischen Entwicklungsfonds« befüllt wird, der seinerseits wiederum technisch gesehen kein offizieller Teil des EU-Haushaltes ist und damit nicht den lange für relevant erachteten Beschränkungen aus Artikel 41(2) unterlag. Allerdings sind der Verwendbarkeit der Fazilität buchstäblich (finanzielle und regionale) Grenzen gesetzt, weshalb man sich bereits vor einiger Zeit auf die Suche nach Alternativen machte.

Ertüchtigungsgesetz in der rechtlichen Grauzone

Um die Finanzierung von Ertüchtigungsmaßnahmen zu »verbessern«, veröffentlichte die Kommission zusammen mit der EU-Außenbeauftragten im April 2015 ein gemeinsames Papier, in dem das Fehlen »angemessener« Finanzierungsmöglichkeiten für Ertüchtigungsmaßnahmen bemängelt und Vorschläge zur Abhilfe unterbreitet werden: »Dementsprechend gibt es derzeit kein EU-Haushaltsinstrument, das für die umfassende Finanzierung des Aufbaus von Sicherheitskapazitäten – und insbesondere von militärischen Kapazitäten – in Partnerländern konzipiert wäre. [...] Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin sind [...] der Ansicht, dass die praktische Durchführbarkeit der drei folgenden Maßnahmen geprüft werden sollte: 1.) Vorschlag zur Anpassung der Friedensfazilität für Afrika, um deren Beschränkungen abzubauen; 2.) Einrichtung einer Fazilität für die Verknüpfung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung im Rahmen eines oder mehrerer bestehender Instrumente; 3.) Einrichtung eines spezifischen Instruments zu diesem Zweck.«[2]

Am 5. Juli 2016 wurde klar, wie man sich hier entschieden hatte, denn an diesem Tag übermittelte die Kommission den Mitgliedsländern den Legislativvorschlag für eine »Änderung der

ZAG

EUR 5,00

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 76/2018 ISSN: 2192-6719

ALLES HAT EIN ENDE



INHALT













Abbildungen im Heft

Die Wurst symbolisiert von alters her die Vergänglichkeit und Wiederkehr allen Seins. So wohnt auch dem Ende dieses Periodikums, die Hoffnung eines Neuanfangs inne. Der Rest sind Titelblätter einer brillianten Antira-Zeitschrift.

EDITORIAL

Alles hat ein Ende

Jetzt ist Schluss! Wir machen nicht mehr weiter, wir hören auf. Nach 25 Jahren und 75 Ausgaben ist dies der letzte Schwerpunkt, das letzte Heft der ZAG. Nach langen Diskussionen und schmerzlichen Einsichten hat sich die Redaktion entschieden die Zeitschrift einzustellen.

Eine antirassistische Zeitschrift tut not. Das wurde uns in letzter Zeit häufiger gesagt. Vielleicht hätten wir dies früher hören müssen. Hätten wir bei größerer Resonanz nicht diesen Schlusspunkt gesetzt? Vielleicht sind unsere Leser*innen schuld? Mehr Zuspruch, stärkere Reaktionen auf die Zeitschrift, vielleicht hätten wir es uns nochmal überlegt und anders entschieden. Vielleicht haben wir auch zu seichte, zu moderierende, zu vermittelnde Texte veröffentlicht. Wer will sich schon an etwas reiben, das so anschmiegsam wie die ZAG daher kommt. Oder doch vielleicht mehr Katzenbilder?

Jetzt, in diesen Zeiten, hört ihr auf? Die AfD, der Rechtsruck – es gäbe doch wahrlich viel zu berichten. Selbstverständlich haben wir den unheimlichen Zuspruch, den Populist*innen erhalten, mitbekommen – die ZAG berichtete darüber. Rechte Populist*innen sind weltweit in den Parlamenten präsent. Gesellschaften mit starken demokratischen Institutionen geraten unter Druck. In den USA, Brasilien, Israel, der Schweiz, der Türkei, in der gesamten EU schlägt die Stimmung um: demokratische Vermittlung und journalistische Arbeit wird nicht gerade hochgeschätzt.

Doch bei all diesen Hiobsbotschaften, es gibt gute Gründe für uns als Redaktion und Herausgeber*innen mit dieser Zeitschrift ein Ende zu machen. Zum einen haben wir es nicht geschafft, unsere Redaktion zu vergrößern. Das hat viele Gründe. Unsere Arbeitsweise war stets von Pluralität gekennzeichnet. Eine gemeinsame Meinung der Redaktion gab es selten – und nur in seltenen Fällen haben wir es für nötig befunden, eine gemeinsame Haltung nach außen zu kommunizieren. Das hat Vorteile. Wir mussten nicht unbedingt einer Meinung sein und konnten dennoch zusammen arbeiten sowie eine Ausgabe nach der anderen herausgeben.

Das heißt nicht, dass wir uns nicht gestritten hätten. Die inhaltliche Diskussion bedeutete aber nicht, dass wir beim nächsten Treffen weniger waren, unsere Gruppe sich gespalten hätte. Die Konflikte waren eher unterschwellig. Zum Teil waren wir über 15 Jahre Mitglied der Redaktion. Da schleifen sich so manche seltsamen Verhaltensweisen und auch Verletzungen ein. Das hat uns auch immer wieder vor die Aufgabe gestellt damit umzugehen. Im Zuge einer Mediation haben wir beispielsweise unsere Arbeitsweisen verändert und strukturiert (s.a. ZAG 64 »Linke Diskussionskultur«). Sich zu überlegen, was jede*r möchte, hilft – und es hilft auch entsprechend zu handeln. Im Laufe der Zeit haben sich immer wieder einzelne entschieden zu gehen, aus persönlichen Gründen, Familie, Berufstätigkeit, Unzufriedenheit mit der Effizienz der Redaktionsarbeit oder Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser antirassistischen Publikation angesichts der brutalen Gewalt auf der Straße.

Vielleicht aber hat sich auch die Zeitschrift überlebt? Gegründet wurde die ZAG vor 25 Jahren. Der rassistische Mob feierte sich selbst: Hoyerswerda, Lichtenhagen. Die Einschränkung des Asylrechts durch das Parlament. Ein Staat, der es zulässt, dass Faschist*innen mordend durch die deutsche Pampa ziehen – und bis heute laufen die Täter*innen noch frei herum. Aus dieser Situation wurde die ZAG geboren.

Vielleicht ist die ZAG ein Generationenprojekt, und wir haben es nicht geschafft ihr ein neues Gewand zu geben. Zwar haben wir stets auf das Layout geachtet, aber sie war gewissermaßen altbacken – aus Papier, analog. Den Generationenwechsel nicht hinbekommen zu haben, müssen sich wohl die letzten ins Poesiealbum schreiben lassen. Selbstverständlich, auch andere Projekte haben den Generationenwechsel nicht geschafft. Als letzte erklärtermaßen antirassistische Zeitschrift sind halt wir übriggeblieben – und nun ist unser Ende gekommen.

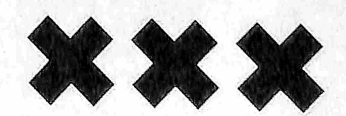
Vielleicht hätten wir früher Schluss machen sollen? Als es ein wenig besser aussah als heute. HoGegSa, Pegida, NSU, AfD, identitätssuchende Leersprecher. Heute scheint die Situation nicht so anders zu sein als in den 1990ern. Doch es ist anders, und wir sind es auch. Mit all den Erfahrungen einer 25-jährigen Geschichte befrachtet, bleiben wir angesichts einer sich verändernden Welt kaum dieselben. Heißt das nun wir geben auf?

Nein. Dass aber die ZAG nicht mehr erscheinen wird, ist eine sichtbare Veränderung für alle. Wenn es nicht nur die anderen sind, sind es womöglich die eigenen Leute, die uns zur Aufgabe zwingen? Angesichts der moralisch rigide geführten Auseinandersetzung um antideutsch und Weißsein, diese ermüdenden, häufig moralisch statt politisch geführten Diskussionen, ein guter Grund. Da sind Identitätssuchende am Werk, denen es ganz wichtig ist, wer sie sind. Wichtiger als Bündnisarbeit, Respekt oder Diskussion.

Unsere Ziele – und wir denken, wir haben zumindest diese erreicht – sind die Vermittlung von Theorien, die Dokumentation antirassistischer Praxis und eine Plattform für Aktivist*innen zu sein. Das soll uns bitte jemand nachmachen. Wir bitten dringend darum.

✖

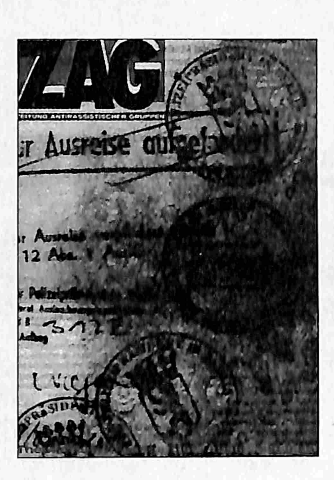
Eure ZAG – antirassistische Zeitschrift

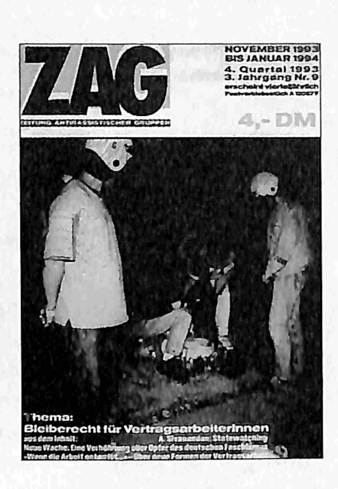


SCHWERPUNKT



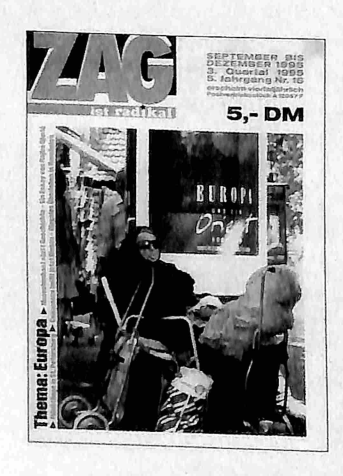
















Am Anfang stand ...

Die letzten 25 Jahre der ZAG

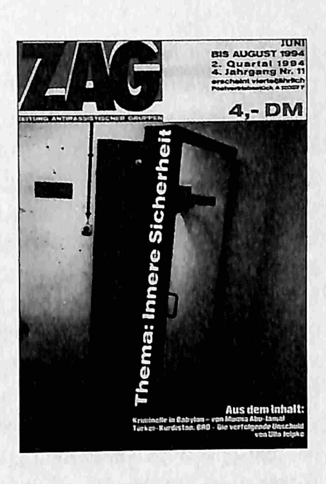
ZAG

Die ZAG kann auf eine fünfundzwanzigjährige Geschichte zurückblicken. Dies sind auch fünfundzwanzig Jahre antirassistische Geschichte. Die Texte und Schwerpunkte in den 75 Ausgaben, die in diesen Jahren erschienen, dokumentieren die Diskussionen zu antirassistischer Politik von 1992 bis 2018.

Alles begann mit einer kleinen Gruppe in Berlin innerhalb der Antirassistischen Initiative (ARI), die 1988 gegründet worden war und dem Antifa-Infotelefon. Die Gruppe hatte begonnen, einen antirassistischen Notruf per Telefon zu unterhalten. Die Notrufnummer sollte der Information zu rassistischen Übergriffen, Mobilisierung für Aktionen und der Beratung dienen. Zu oft war die Polizei bei rassistischen Übergriffen nicht zur Hilfe gekommen, der polizeiliche Notruf half nicht. Die Zahl der Übergriffe, Anschläge und Toten war mit dem Mauerfall kontinuierlich gestiegen. Hoyerswerda und Lichtenhagen waren die sichtbaren Ereignisse, die bundesweit die Öffentlichkeit erreichten und die zum Symbol für den Rassismus im vereinigten Deutschland wurden. Die tagtäglichen Toten an der Grenze der BRD zu Polen wie auch die Angriffe auf den Straßen und in den S-Bahnen Ostdeutschlands blieben weitgehend unbeachtet. Eine Reaktion hierauf war die Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«, die bis heute erscheint. Ein weiteres Ergebnis aus den Diskussionen der beiden Gruppen über Rassismus, Faschismus und Asylpolitik war die Gründung der ZAG.

Rassismus tötet

Das »Zeitschriftenprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen«, ZAG, verstand sich als Plattform, die »vor allem antirassistischen und antifaschistischen Gruppen Raum bieten« sollte, »Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen, Termine usw.« öffentlich zu machen. Ziel war es, auf diesem Wege eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen, Aktionen durchzuführen und Betroffene solidarisch zu unterstützen. Von Anfang an verfolgte die Redaktion der ZAG einen pluralen Ansatz, der auch Beiträgen



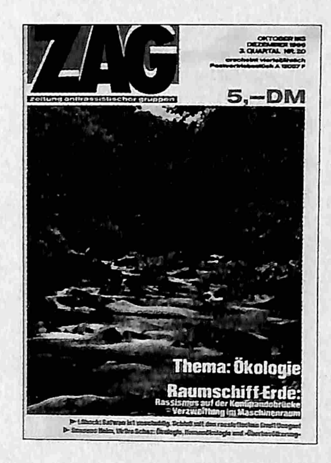


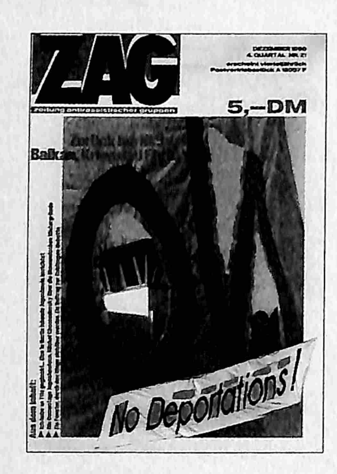


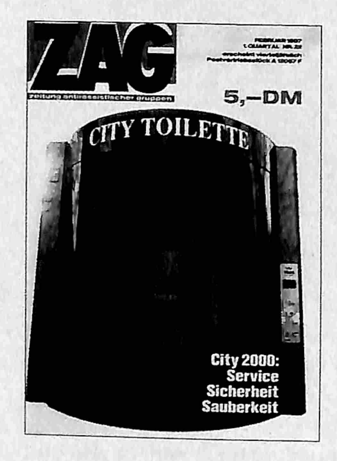
mit anderem politischen Standpunkt als dem der Redaktion einen Platz bieten wollte.
Die erste Ausgabe mit dem Titel »Rassismus tötet« kam im November 1991 heraus. In den folgenden Jahren erschien sie vierteljährlich. Ab der achten Ausgabe erschien sie mit dem Untertitel »Zeitung antirassistischer Gruppen« und ab Mitte 1997 als »antirassistische Zeitschrift« und kündete so von der veränderten Arbeitsweise und organisatorischen Einbindung der Redaktion. Diese war Teil der ARI geworden und lud seit dem 3. Jahrgang Autor*innen ein, zu Schwerpunktthemen zu schreiben. Zuvor nahmen die Dokumentation von Erklärungen, Aufrufen und Reden einen großen Raum ein. Die Texte speisten sich aus den Aktivitäten der Gruppen vor Ort, die mit Nazi-Angriffen, Polizeieinsätzen, Abschiebungen und rassistischer Gewalt konfrontiert waren. Mit den ZAGs Nr. 14 »Deutscher Antirassismus?«, gemeinsam mit »off limits« 1995, Nr. 18 »VietnamesInnen in Berlin«, gemeinsame Ausgabe mit »Arranca!« 1996 und Nr. 47 »Produktionen des Westens«, gemeinsame Ausgabe mit der Zeitschrift »kleine anfrage« 2005, lebte diese gruppenübergreifende Zusammenarbeit wieder auf.
Der erste Schwerpunkt in der ZAG Nr. 7 war dem Thema »Rassismus und Medien« gewidmet. Die ARI hatte im Rahmen der So36-Tage eine Diskussion mit dem Titel »Macht der Medien – Ohnmacht der Linken« vorbereitet. Der Schwerpunkt spiegelte die Interessen der Redaktion wider und nahm zugleich die Rolle der ZAG als Medium einer antirassistischen Gegenöffentlichkeit aufs Korn. Nicht nur der Rassismus der bürgerlichen Massenmedien traten ins Blickfeld, sondern auch »wie in unseren eigenen Medien, wie in der sogenannten linken und feministischen Gegenöffentlichkeit Rassismus und Antisemitismus reproduziert wird«.
Der Diskurs der bürgerlichen Medien stellt Rassismus als Randgruppenproblem dar. Dabei ist Rassismus ein verbreitetes Alltagsproblem. Die Medien selber sind eine Institution – neben anderen, die dieses rassistische Alltagsbewusstsein durch ihre Berichterstattung über Asylgesetze, Einwanderung und das Zusammenleben von autochthoner und migrantischer Bevölkerung nährt, so z. B. in der Kampagne der Springer-Presse zur sogenannten »Asylanten-Schwemme«. Doch sind die Medien nicht das Sprachrohr eines einheitlichen gesellschaftlichen Blocks und es stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten sich daraus für antirassistische Arbeit ergeben. Als Linke bezieht man sich selbst immer wieder auf diese Medien und versucht, dass die eigene Sichtweise dort zumindest wahrgenommen wird. Während offene Hetzkampagnen relativ schnell Widerstand und auch Empörung freisetzen, ist es schwieriger dem impliziten, verdeckten Rassismus in den Medien etwas entgegen zu setzen. Dies ist eine langfristigere Aufgabe.
Die Reflektion der eigenen Arbeitsbedingungen – wie sie in der ZAG Nr. 7 analysiert werden – ist zu einem Kern der inhaltlichen Auseinandersetzung in der ZAG geworden: sich selbst nicht aus den Augen zu verlieren und die eigene Rolle bei den rassistischen Kämpfen wahrzunehmen. Dabei sind die inhaltlichen Setzungen stets durch das Interesse und die Diskussionen innerhalb der Redaktion bestimmt gewesen. Einerseits waren die Themen in der ZAG durch die Aktivitäten der Redaktionsmitglieder in Kampagnen und Netzwerken bestimmt. Andererseits gelang es, frühzeitig Themen zu besprechen, die später größeres Interesse auch außerhalb der ZAG nach sich zogen.
Mit der Ausgabe Nummer 50 »Verschwörungen« gönnten wir uns ein kleines Jubiläum und ein Thema, welches viel Spaß versprach. Mit dem Erfolg des republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten Trump und der Desinformationsstrategien der Rechten haben diese Verschwörungserzählungen unter den Schlagwörtern »Fake News« und »Alternative Fakten« einen Platz in der Politik und den Medien gewonnen. Zwar haben wir dies damals nicht vorausgesehen, dennoch gab es bereits 2007 innerhalb der deutschen Rechten Versuche, damit Politik zu betreiben und Wähler*innen zu gewinnen. Nicht, weil sie die Massen manipulieren wollten, sondern weil die Nazis wirklich daran glauben.

Ach, zwei Seelen

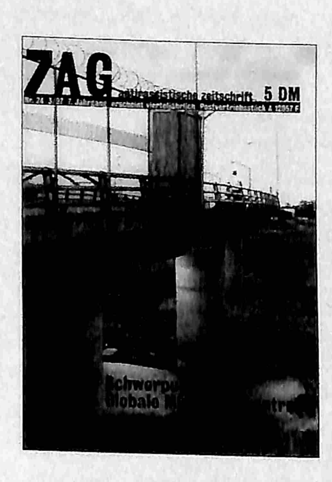
Die mediale Arbeit funktioniert nicht wie ein Tabu oder die Bannung von Dämonen mittels eines Pentagramms auf der Türschwelle.













Bedauerlicherweise reicht es nicht, ein Thema auszusprechen, um es dann endgültig von der Tagesordnung verabschieden zu können. Doch zumindest lassen sie sich öffentlich machen. Einige Themen haben wir öfter aufgreifen müssen wie Antiziganismus (ZAGs 5, 43, 59), Illegalisierung, antimuslimische Ressentiments (ZAGs 34, 56), die Rolle Europas (ZAGs 16, 35), die Rolle der Polizei (ZAGs 11, 22, 28) die Migrationskontrolle (ZAGs 24, 44) und Postkolonialismus (ZAGs 47, 70). Ein Ende ist nicht abzusehen und wir hätten uns vielleicht in Zukunft öfter wiederholt.

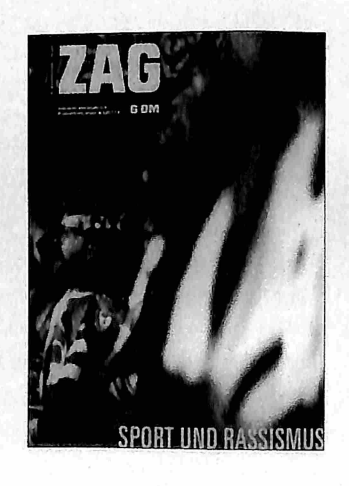
Tatsächlich besteht eine gewisse Notwendigkeit darin, sich zu wiederholen. Der erste Titel der »Islam-Bilder« von 2000 nahm das wiederbelebte Feindbild »Islam« zum Anlass, über Rassismus zu sprechen, der Muslim*innen entgegengebracht wurde. Der rassistische Blick verengte sich auf Jugendkriminalität, Frauenrechte und Fragen der »Kultur«. Der Begriff der »islamischen« Kultur »dient – wie der Rassebegriff – zur Konstruktion einer real nicht vorhandenen Gemeinsamkeit und Abgrenzung.« Die Situation verschärfte sich nach den Anschlägen in den USA 2011. Im zweiten Heft mit dem Titel »Islambilder« (ZAG 56) haben wir Wert daraufgelegt, von Ressentiments statt antimuslimischem Rassismus zu schreiben. Denn es schien uns einerseits, dass die Nähe zum Begriff des »antiislamischen Rassismus« zu groß war, der die Religion als Grund für den Rassismus betont. Doch es ist keine religiöse Feindschaft, die dort ausgedrückt wird. Andererseits schien es uns, dass mit dem Begriff des antimuslimischen Rassismus dieser mit dem Antisemitismus gleichgesetzt werden könnte und eine neue Art von Rassismus konstruiert würde. Doch es bleibt Rassismus. Davon muss man sprechen.

Ab dem Jahr 2000 veränderte sich der Veröffentlichungsrhythmus. Er wurde unregelmäßig. Zum Teil wurden nur noch zwei Ausgaben pro Jahr herausgegeben. Dies hatte zum einen den technischen Grund, dass die ZAG kein Postvertriebsstück mehr war, so dass ein viermaliges Erscheinen im Jahr nicht mehr erforderlich war. Doch auch die Arbeit innerhalb der ZAG veränderte sich. Die Redaktion veränderte sich personell und damit auch die Themen der folgenden Ausgaben. Zudem war es um die antirassistische Szene ruhiger geworden. Dies zeigte sich spätestens mit der Einstellung der beiden unabhängigen antirassistischen Zeitschriften »Morgengrauen« aus Köln 2003 und den »off limits« aus Hamburg 2002. Das Interesse an antirassistischen Themen ging zurück, wie auch die antirassistische Szene kleiner wurde.







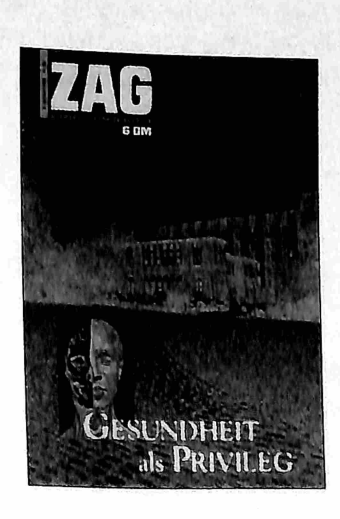


Nichtsdestotrotz zeigen die vergriffenen Hefte der ZAG, wie groß das Interesse an bestimmten Themen war. Der Unterschied zwischen den Heften vor und ab 2000 sind ihre »abstrakteren« Titel. Die älteren vergriffenen ZAGs waren im Zusammenhang mit Kampagnen und Aktionen entstanden und zum Teil umsonst abgegeben worden. So die ZAGs zu Vertragsarbeiter*innen Nr. 9 und 18 oder »City 2000« im Zusammenhang mit der Innenstadtaktion. Ab 2000 werden Hefte wie »Schengenland« (ZAG 35) zum Umgang mit Migration und Flucht in den Schengenstaaten, »Antisemitismus« (ZAG 39) zur Debatte um den Stellenwert des Antisemitismus und des Holocausts in der Linken oder »Antiziganismus« zum aktuellen Umgang mit Roma und Sinti und dem Massenmord während der NS-Zeit wichtige Meilensteine. Sie begleiten einerseits aktuelle Debatten und andererseits blinde Flecken innerhalb der antirassistischen Diskussion.
Mit den Schwerpunkten »Migrationsmangement« und »Migration von Frauen« (ZAGs 44, 45) hat die ZAG diskutiert, wie sich die Formen der Steuerung von Migration verändern. Die EU hat mit dem IOM eine Organisation gefunden, die Projekte in den Herkunftsländern umsetzt, um Migration schon frühzeitig kontrollieren zu können. Ein wiederkehrendes Argument des IOM war, dass Frauen durch Schleuser der Zuhälterei zugeführt würden. So konnte die politische Agenda in Europa und den USA verändert werden, die sich nun gegen Migration wendete, um Frauenrechte zu schützen. Mit der nachfolgenden Nummer wurde dieses Thema wieder aufgenommen, nun aber unter dem Gesichtspunkt wie die Ankunftsländer durch die Migration von Frauen profitieren (bspw. in der Kinderbetreuung und Pflege), – ohne dass sich tatsächlich an der Stellung der Frauen und ihrer Rechte etwas ändert. Das Problem wird stattdessen in globaler Dimension reproduziert.
Einen ähnlichen Impact hatten die Hefte »Homophobie« und »Critical Whiteness« (ZAGs 53, 61). Der Titel »Critical Whiteness« nahm die Auseinandersetzungen, die innerhalb der sich antirassistisch verstehenden Aktivist*innen, die spätestens seit dem Kölner No-Border-Camp 2012 offen zu Tage traten, zum Anlass. Bereits in den vorangegangenen ZAGs 57, 58, 59 hatte es einzelne Artikel zum Thema gegeben. Das Heft war in sehr kurzer Zeit vergriffen. Als größtenteils »weiße« Redaktion wurde unser Antirassismus in Frage gestellt. Nicht nur in dem Sinne, dass wir über unsere Rolle kritisch reflektieren sollten, sondern uns wurde außerdem die Berechtigung, das Label »antirassistische Zeitschrift« zu führen, bestritten. Denn als »weiße« Redaktion könnten wir keine Antirassist*innen sein; dies könnten nur von Rassismus »negativ Betroffene«. Unsere Haltung war klar: Rassismus ist kein Problem von Farben, sondern strukturell zu erklären. Deshalb sind erst einmal alle von Rassismus betroffen. In welcher Weise, ist dann immer noch offen und im konkreten Fall zu klären. Die Ideologie des Rassismus mag zwar diesem Dualismus von schwarz und weiß gerecht werden, aber ist noch keine Veranlassung, einer Umkehrung dieser Ideologie das Wort zu reden. Für uns ging es um eine solidarische Praxis und eine Gesellschaft, in der Rassismus niemandem Gewinn verspricht. Ein Ziel, das bereits früher durch die ARI in der ZAG Nr. 14 »Deutscher Antirassismus?« aus dem Jahr 1995 formuliert und problematisiert wurde. Uns ist klar, dass es schwierig bleibt, diesen Anspruch zu verwirklichen.

Die nicht gemachte Zukunft

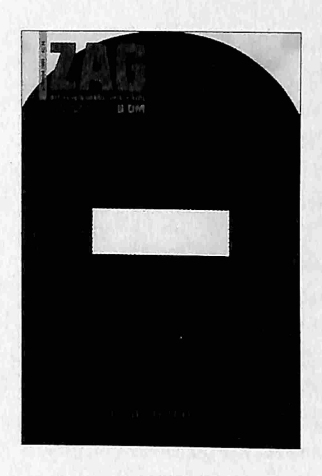
Neben all den verwirklichten Themen, all den Texten, Berichten und Dokumenten, die in der ZAG veröffentlicht wurden, gab es auch Schwerpunktthemen, die nicht verwirklicht werden konnten. Gründe, weshalb dies nicht auf ausreichend Interesse bei potentiellen Autor*innen stieß, könnten sein, dass die Themen entweder zu speziell bzw. zu weit weg von den aktuellen Themen waren oder weil es zu selbstkritisch, zu kontrovers gewesen wäre, hierzu Stellung zu nehmen. Selbst beim Thema Antisemitismus hatten wir Probleme, Autor*innen zu finden. Damals tobte die Auseinandersetzung über die »richtige« Haltung zum Staat Israel. Ähnlich erging es uns beim Thema »Critical Whiteness«. Andere Schwerpunkte, die zum Teil trotz mehrerer redaktioneller Anläufe nie das Licht der Welt erblickten, waren Sklaverei, Folter, Kritik der Menschenrechte, Organisation von Flüchtlingsfrauen und Willkommenskultur. Es bleiben auch weiterhin Themen offen.
Dass die ZAG nun endgültig eingestellt wird, bedeutet nicht, dass nicht mehr diskutiert oder über Themen berichtet wird; es bedeutet in erster Linie, dass wir als Redaktion aufhören zu existieren. In Zukunft wird es andere geben, die unseren Platz einnehmen, andere Zeitschriften, andere Medien. Wir hoffen mit einem ähnlichen Anspruch und noch größerem Erfolg, als wir ihn hatten. Danke. ✖

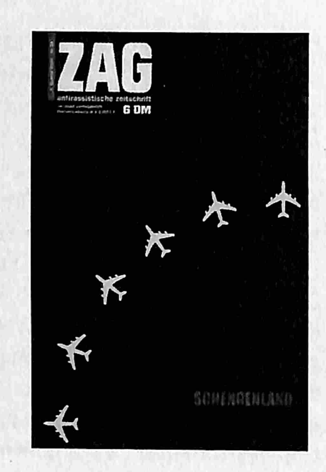


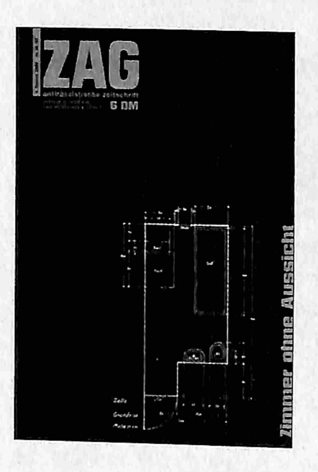


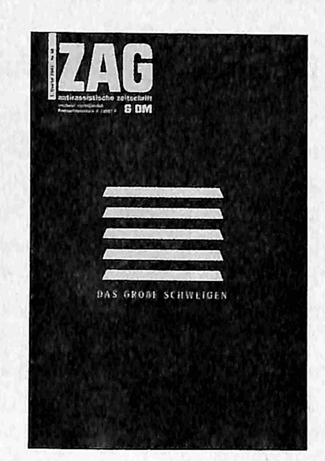


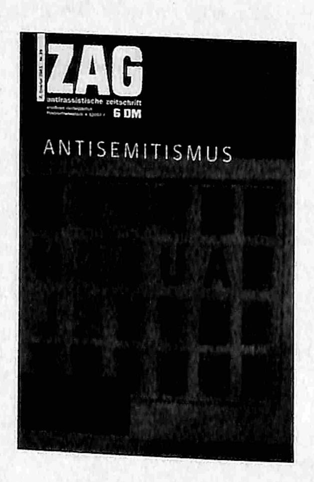


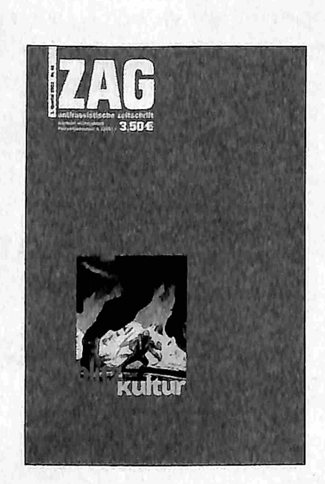


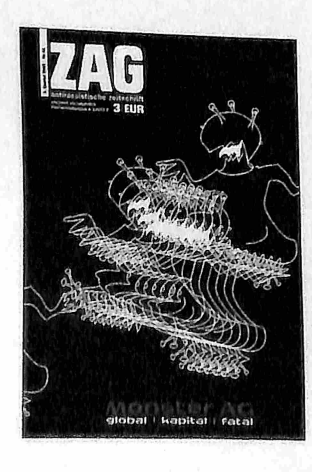














Der Letzte Text

Die Zukunft ist ungewiss

▮ZAG

In Science Fiction wird Zukunft entworfen. Doch Menschen machen Geschichte nicht nur fiktional. Sie machen sie mal mehr oder weniger folgenreich. Mal ist es ein Traum, der Wirklichkeit wird, ein anderes Mal ein Alptraum. Nachdem wir mit der ZAG zu einem Ende gekommen sind, stellt sich für uns die Frage, was machen wir weiterhin. Jahrelang hat uns dieser Termin in der Redaktion, die Arbeit an der Zeitschrift immer wieder zusammengeführt. Wir haben über den Zustand der Welt geredet, wir haben mit ihr und uns gehadert und manchmal auch auf uns und euch angestoßen. Aber was bringt die Zukunft? Und was macht die Linke ohne die ZAG?

Eine fröhliche Utopie

Star Trek ist eine dieser Geschichten, die einen utopischen Gehalt haben. Die Menschheit verträgt sich mit dem Rest der Galaxis, es gibt kein Geld und keine Armut mehr. Bedauerlicherweise sind fast alle Lebensbereiche durchmilitarisiert. Uns hingegen fehlt bei Star Trek der kollektive Anspruch, die Gleichheit, Freiheit und demokratische Willensbildung. Irgendwie der Geist von Arbeiter*-innenräten. Falls das mit Star Trek einmal wahr werden sollte, dann bitte als solidarische Gesellschaft mit Kontrolle der Produktionsmittel. Keine Grenzen, weder auf der Erde noch im Weltall, keine Staaten, keine Nationen.

Vielleicht hilft es aber bereits Bautzen nach Polen zu verlegen und andere Orte, die durch faschistische Umtriebe auffallen, ins Universum zu verlagern. Dann wäre Ruhe. Die Nazis könnten Nazis sein, sich gegenseitig erschlagen und stressen – und wir könnten das Glück in vollen Zügen genießen. Ein Vorschlag, der nicht so neu ist. Dutschke schlug vor, dass die Kapitalist*innen ja alle in die Schweiz ziehen und dort nach ihren Vorstellungen leben könnten. Unter der Bedingung, dass sie unseren Verein der Freien und Gleichen in Ruhe machen lassen. Nun wollen wir der Bevölkerung in der Schweiz oder Polen nichts Böses, aber ein Land für jede Perversion – Rassismus, Faschismus und Antisemitismus? Darüber sollte vielleicht wieder nachgedacht werden.

Eine pöbeligere Linke?

Nur ist es so, dass die Allgemeinheit aka Pöbel keine Vorstellung von einem freien und gleichberechtigten Leben hat. Sie wählt nicht mal links; wäre aber auch zu schön; ein paar Probleme wären kleiner, wie z. B. die AfD. Die gäbe es dann gar nicht. Um dahin zu kommen, braucht es vielleicht eine andere Linke, eine pöbeligere

Linke? Also nicht falsch verstehen, es geht um pöbeln, nicht um den Pöbel. Das wäre cool, einfach mal gerade heraus, dass das mit der Ausbeutung schlecht ist, und dann eben keinen Hummer oder Kaviar essen. Nicht dass wir das irgendwem nicht gönnen würden, aber den Gegner nicht mehr Gegner zu nennen, ist nicht cool. Also einfach mal die Losung von Habermas umsetzen, es geht um Klarheit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit nicht nur beim herrschaftsfreien diskutieren, sondern auch beim Schreiben oder auf der Demo.

Häufig bauen sich ängstliche Leute, an der Schwäche anderer auf oder rufen den großen Bruder oder die große Schwester. Die regeln es dann. Die anderen werden gebraucht, um sie abwerten zu können. Die anderen werden gebraucht, um sich den anderen nicht selbst stellen zu müssen. Das ist selbstverständlich eine traurige Vorstellung gemeinsamen Lebens auf dieser Welt. Unsere fröhliche Utopie fordert geradezu Offenheit gegenüber anderen und die Anerkennung unserer unendlichen Bedürfnisse. Wir haben Interessen, die wir selbst vertreten müssen, für die wir einstehen. Da hilft kein Gott und kein Tribun.

Nun hatten wir noch kürzlich festgestellt, dass Religion und Staat eine ungünstige Verbindung darstellen. Eine Verbindung, die ein paar Jahrtausende in den verschiedenen Reichen, Staaten und Herrschaftsgebieten gehalten hat, aber individueller Autonomie und gesellschaftlicher Emanzipation nicht förderlich waren. Ein säkularer Staat, wo Religion eine private Angelegenheit ist, ist eine Errungenschaft, die wir auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft, nicht missen möchten. Und doch laden Menschen ihren Rassismus mit religiöser Intoleranz auf und rufen den Staat herbei, wenn ihre ach so religiösen Gefühle verletzt werden. Daher: keine Kreuze in der Schule, in Behörden, keine Bevorzugung religiöser Gemeinschaften – es wäre so viel klarer.

Es ist alle

Es ist genug für alle da. Weshalb also nicht glücklich leben? Umverteilung des Reichtums, von oben nach unten – nicht von unten nach oben – scheint doch keine schwierige Sache zu sein. Dass Bankiers einmal im Gefängnis landen, ist so unwahrscheinlich, wie die Tatsache, dass Fußballmanager ihre Strafe absitzen müssen. Die Gefängnisse müssten voll sein von reichen Leuten. Weshalb trifft es sie so selten? Herrschaft ist ein finanzielles, ein wirtschaftliches Phänomen. Es ist also schwieriger als gedacht. Neben der Verteilung sind da ja noch Produktion und Konsum von Waren, der ganze Kladderadatsch kapitalistischer Verhältnisse und dann noch die alltäglichen Ungerechtigkeiten, die wir uns gegenseitig antun. Die Konkurrenz der ganz Normalen um das kleine Sonnenfleckchen, in dem sie sich in den Spiegelungen des Reichtums ihr Herz wärmen können. Arme Leute Sonne. Das unterscheidet Illusionen von konkreten Utopien. Wir wollen einfach alles für alle, weil alles vorhanden ist.

Aber vielleicht bleiben dann immer noch Wünsche offen, hat doch wieder eine mehr als der andere. Dann wird Krieg geführt. Krieg ist nicht gut für die Gesundheit. Dass nicht auf jeder Waffe stehen muss: »Achtung. Die Benutzung dieser Waffe kann das Leben anderer gefährden«. Hier bleibt die EU hinter unseren Erwartungen zurück. Stattdessen treten wir für die Aufhebung der NATO ein. Sie ist nicht gerade eine Friedensmaschine. Aktuelles Beispiel ist der Einmarsch der Türkei in Syrien und ein paar andere Stellvertreterkriege. Der ewige Frieden – auch so ein Star Trek Thema – hängt eng mit der Emanzipation des Menschen zusammen. Bis es soweit ist: einfach mal nicht den III. Weltkrieg anfangen. Und ganz kurz: keinen Rassismus, keine Rassist*innen.

Probleme, Widerstände, Ungewissheiten

Im Gegensatz zu Star Trek enthält Star Wars die Legende vom Kampf von Gut und Böse, neben dem ödipalen Gedöns. Die dunkle Macht und die gute Macht – und eine omnipräsente, unendliche Kraft, die mit jemandem sei. Ungefähr so ist es mit Rassismus (dass wir auf dieses Thema stets zurückkommen ;). Nur, dass Rassismus keine Naturkonstante ist. Deshalb steht nicht die Natur im Wege, sondern Menschen, Organisationen und Institutionen, die unsere Interessen und Wünsche nicht teilen. Nicht das unendlich Böse, sondern höchstens die Dummheit. Denn merke: dumm sind immer die anderen. Zumindest sind sie nicht selbstironisch.

Neoliberal und rassistisch

Die AfD ist eine rassistische Partei. An ihr lässt sich beobachten, wie anschlussfähig der gebildete elitäre DM-Nationalismus der Professoren Lucke & Co für alle möglichen rassistischen und religiös-fundamentalistischen Gruppen ist. Viele Wahlstimmen gewann sie mit Hilfe der diffusen Wut gegen »die da oben«. Das Spektrum erstreckt sich von enttäuschten Nationalkonservativen und religiösen Fundis wie Beatrix von Storch oder Gabriele Kuby bis hin zu Wähler*innen, die von SPD und Grüne seit Schröder und Fischer tief enttäuscht sind. Leider funktioniert spätestens















seit Rostock-Lichtenhagen die rassistische Erzählung, die einen Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und dem Zuzug geflüchteter Menschen herstellt. Uns stellt sich der Zusammenhang etwas anders dar. Die neoliberale Politik seit Reagan und Thatcher hat die nationalen Demokratien zunehmend unter Druck gesetzt. Der Markt soll es richten. Und er sorgt – wie schon von Marx analysiert – dafür, dass die Schere zwischen Superreich und Arm immer weiter auseinander geht. In Deutschland hat sich Kohl nicht getraut, diese Politik gegen Nationalkonservative und Anhänger der christlichen Soziallehre in der eigenen Partei und gegen die SPD umzusetzen. Das haben Schröder und Fischer dann erledigt.

Gleichzeitig ist es der neuen Rechten gelungen, eine sehr akademische Linke der Lächerlichkeit preis zu geben. Es ist ihr gelungen, Themen zu setzen, die die Linke spalten. Der anti-muslimische Rassismus spaltet in eine Gruppe, die bedingungslose Solidarität fordert und eine, die wegen ihrer religionskritischen Haltung auch für den Islam nicht eintreten will. Die Kampagnen über den angeblichen Sexismus »Der Muslime« spalten in einen tendenziell rassistischen Feminismus der Marke Alice Schwarzer und Verleugnung oder bedingungslose Solidarität auf der anderen Seite. Natürlich gab es auch großartige Antworten. Zum Beispiel die Aktion #ausnahmslos, die das Kunststück vollbrachte, Sexismus von Geflüchteten auf eine nicht rassistische Weise zu benennen, indem zugleich auf den Sexismus der Mehrheitsgesellschaft hingewiesen wurde.

Solche Initiativen werden nicht flächendeckend wahrgenommen. Das liegt nur zum Teil daran, dass die meisten politisch linken Akteure akademisch geprägt sind und es wichtiger finden, auf hohem Komplexitätsniveau Recht zu haben, als gehört zu werden. Andererseits scheint es uns auch nicht erfolgversprechend, wie Wagenknecht die Teilung zwischen deutsch und geflüchtet der Einfachheit halber populistisch zu akzeptieren und Obergrenzen für ein Menschenrecht zu fordern. Konzerne wie Amazon und Starbucks machen Riesengewinne und zahlen in Deutschland praktisch keine Steuern während ihre Beschäftigten teilweise beim Jobcenter um Aufstockung betteln müssen. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Reich und Arm.

Medien

Zum anderen Teil liegen die Defizite linker und antirassistischer Politik darin, dass es nur wenige finanzmächtige Akteur*innen gibt, die eine linke Politik unterstützten. Indessen gibt es zahlreiche konservative Mediengiganten, von denen einige eine politische Agenda verfolgen. Die Springer Presse ist bekannt für ihre politischen Kampagnen. So wurde ein Bundespräsident gestürzt, nachdem er befand, der Islam gehöre zu Deutschland. Bertelsmann ist etwas subtiler bei den Medienkampagnen, nimmt aber sehr erfolgreich politischen Einfluss über die Bertelsmann Stiftung, die im Wesentlichen auch die Hartz-Reform vorbereitet und ausgeführt haben.

Dabei ist der Übergang von Medien, Politik und Wirtschaft fließend. Der SPD Finanzminister Scholz beruft als Staatssekretär den Chef der deutschen Niederlassung der Bank Goldman Sachs. Seine Zuständigkeit: Banken- und Finanzmarktregulierung. Daneben gibt es unentgeltliche Hilfestellung von Lobbyist*innen beim Schreiben von Gesetzesvorlagen sowie den organisierten Austausch von Mitarbeiter*innen aus der Wirtschaft und der

Bundesverwaltung – zum einen als Programm, wobei Angestellte großer Unternehmen die Arbeit in Ministerien kennenlernen sowie andersherum Beamte und Angestellte der Bundesverwaltung eine Zeit lang ihren Platz in einem Firmensitz einnehmen. Zum andern der anstandslose Übergang aus der Politik in die Wirtschaft.

Nun sind dies die offensichtlichen, personellen und ideellen Verstrickungen. Dazu könnte zwar gesagt werden, jede/r ist sich selbst am nächsten, Schäflein ins Trockene und Hauptsache mein Arsch wird nicht nass und weiterhin darüber schweigen. Doch zugleich hat dies Folgen für demokratische Prozesse, die durch die personellen Überschneidungen abgekürzt werden, was wieder zu einer Machtfrage wird. Wenn Mövenpick, wie man 2013 unkte, den Wahlkampf der AfD unterstützte, ist dies nichts anderes, als die Spenden Mövenpicks an die FDP in den Jahren 2008 und 2009. Am Ende wurde die sogenannte »Hotelsteuer« geboren. Welches Kind käme bei einer Verbindung Mövenpick-AfD heraus?

Vielleicht so jemand wie Alice Weidel, Vorstandsmitglied der AfD, ehemalige Goldman Sachs Mitarbeiterin, lesbisch, mit Hang zu wahnhaften, rassistischen Weltverschwörungen, wie eine durch die Tageszeitung »Die Welt« vorgelegte Email nahelegt, deren Echtheit jedoch durch die AfD bestritten wird. Keine sympathische Person, mag man denken, aber zugleich erscheint sie widersprüchlich in ihren öffentlichen Ansichten und ihrer privaten Lebensweise. Unaufgelöste kognitive Dissonanz, schizoide Tendenzen oder einfach die Widersprüchlichkeit unserer aller Leben? Tatsächlich zersplittern die Lebensweisen, Szenen entstehen, neue Milieus, Bewegungen aller Orten, die ihr Recht auf Anderssein einfordern. Das führt zu Unübersichtlichkeiten und bei manchen auch zu dem Wunsch nach Rückkehr zu fordistischen, wenn nicht zu feudalen Verhältnissen, in denen die gesellschaftliche Position in der Rückschau so klar erscheint. Lesbische Nazis, homophobe Jüd*innen, Muslima gegen den Islam, nationalistische Linke, neue Identitäten aller Orten – dennoch kein Grund ein Arschloch zu sein.

Fake, fake, fake

Die Unübersichtlichkeit und Komplexität steigt, die Folge: Ängste übernehmen die Funktion von Argumenten, Unwissenheit wird zur ausgemachten Wissenschaft, Lügen zu alternativen Fakten. Dort, wo Menschen nicht weiter wissen, da erfinden sie gerne große Literatur oder kleine Lügen, um die Lücken zu füllen. Dies gezielt zu missbrauchen, ist ein Mittel der Politik, Bismarcks Emser Depesche oder die Erfindung der Weisen von Zion mit Hilfe des russischen Geheimdienstes. Falschmeldungen und Verdrehungen sind Mittel der Zensur und Desinformation, sie führen zu Irritation und Lähmung.

Nicht allein staatliche oder militärische Stellen, sondern auch »Soziale Medien« haben einen guten Anteil hieran. Unsere Daten werden verkauft, gehandelt, ausgewertet, verändert und gegen uns selbst eingesetzt. Soziale Medien und Werbeindustrie können Meinungen und Wünsche manipulieren, noch viel schneller als in Zeiten von Telegraf und berittenen Boten. Nun muss man aber nicht glauben, dass diese Entwicklung losgelöst von anderen sei, etwas völlig Neues oder eine Art Geheimwaffe der Rechten. Fake News sind eine Möglichkeit innerhalb kriselnder Gesellschaften, die Wirklichkeit zu gestalten, sie gehen über Manipulation durch »die Herrschenden« hinaus. Ohne die Krise wäre es allerdings nicht so einfach, diese Waffen einzusetzen.

Seit den 1970er Jahren wird diese anhaltende ökonomische Krise dazu genutzt staatliche Garantien auszuhebeln und gewerkschaftliche Rechte zurückzudrängen. Zugleich wird auf anderen Ebenen verschiedenen Ansprüchen und »Identitäten« Raum gewährt – in der CDU als Modernisierung des eigenen Programms gelobt und gehasst. Homosexualität wird eine Privatsache, der »Migrationsstatus« zu einer individuellen Ressource. Solange oben und unten akzeptiert wird, solange die Geschäfte nicht gestört werden, ist alles möglich. Das gilt auch für die rumänischen und bulgarischen Sklavenarbeiter in deutschen Schlachthöfen.

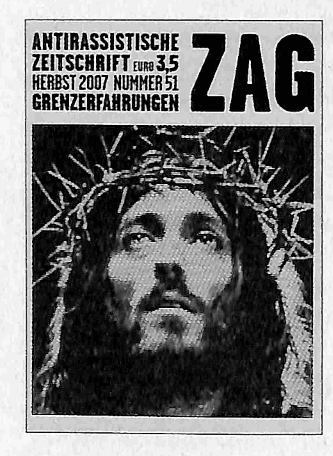
Die Beschissenheit der Dinge

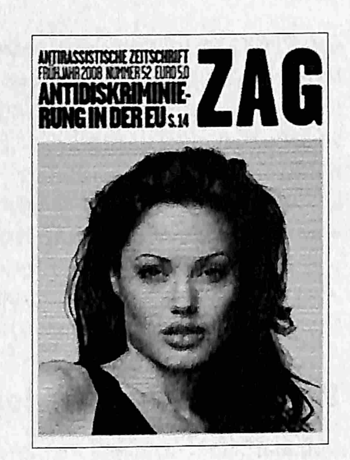
Es bedarf einer Strategie. Der Zustand der SPD ist da nur ein Ausdruck des Problems und keine Science Fiction. Es gibt momentan keine politische Alternative, die gesellschaftliche Relevanz besäße. Diskutiert wird ein linker Populismus. Der könne Klassensolidarität herstellen und Gegenpropaganda betreiben – gegen den reaktionären Rollback. Zum einen besagt Populismus nicht nur »die Sprache des Volkes« zu sprechen, sondern beschwört zugleich den Gegensatz von politischer Parteiführung und dem durch diese vertretenen Anhänger*innen. Diese Anhängerschaft ist dann nichts anderes als die zu mobilisierende Masse, das Mittel zur Macht. Zum anderen, wenn man sich das französische Vorbild »La France insoumise« anschaut, wird klar: nicht alles was glänzt, ist Gold, Nationalismus ist dort Programm. Aber »Menschen Mündigkeit zu unterstellen, ist naiv« und Populismus vielleicht doch der geeignete Weg in einem parlamentarischen repräsentativen Wahlsystem, die Geschichte zu ändern? Klappte schon mal hervorragend – »wir« kamen damit sogar bis kurz vor Moskau. Zu überlegen wie Mehrheitspositionen in einer Gesellschaft errungen werden könnten, die als Existenzgrundlage Rassismus beinhaltet, ist absurd. Wenn überhaupt geht, es um die Minderheit, die das als Problem sieht. Diese ist nicht kleiner geworden und die reaktionären oder faschistische Positionen auch nicht größer, wie in verschiedenen Erhebungen erkennbar ist. Ein Unterschied ist allerdings, dass das »Netz der Dorfdeppen«, genannt Internet, es möglich macht die Dorfgrenzen hinter sich zu lassen und festzustellen, dass es ja überall einen Dorfdepp gibt und wenn sich diese alle, mit all der Freizeit, die das Dorfdeppentum so mit sich bringt, zusammentundazu..., na ja, genug dazu.

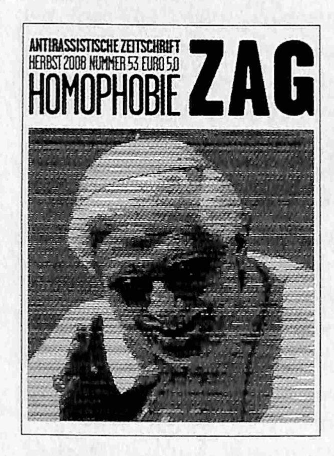
Linker Populismus

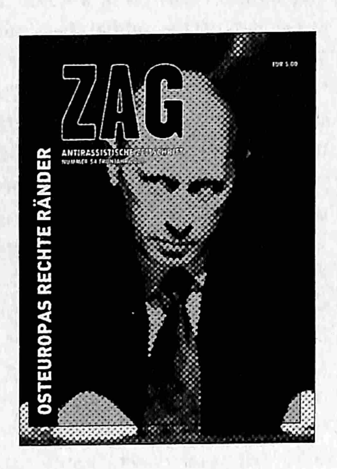
Wir haben als ZAG immer wieder das Gefühl, in einer linken Blase zu leben. Uns gefällt, wie wir sind, was wir lesen und wir regen uns über die gleichen Sachen auf. Wir fühlen uns wohl trotz der Beschissenheit der Dinge. Wie erreichen wir Menschen außerhalb dieser Blase, machen sie bekannt mit unseren Wünschen? Die Losung könnte lauten »adopt a proll«. Jede und jeder wird zur Mentorin, zum Mentor, redet mit Menschen in der Bäckerei, hilft alten Menschen über die Straße, ist nett zu den Nachbarn. Oder ein Programm für alle wie »Ein Jahr ins Ausland« – vielleicht auch zwangsweise, also temporäre Ausweisung, um den Horizont zu erweitern, eine Art Walz für alle.

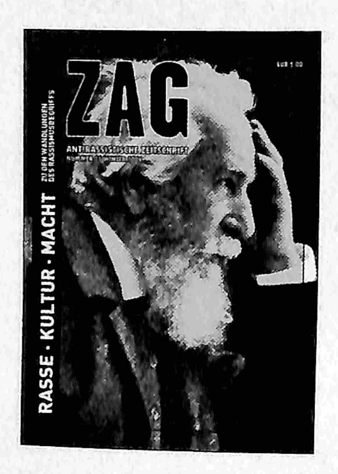
Wir (die Linke) sind eine Minderheit. »Deshalb müssen wir die anderen zu ihrem Glück zwingen«. D. h. wir müssten den Staat erobern, um Zwang ausüben zu können, um Gesetze zu verabschieden, müssten wir teilhaben am parlamentarischen Prozess Wollen wir das? Wir wollen Nationen und Staaten abschaffen und

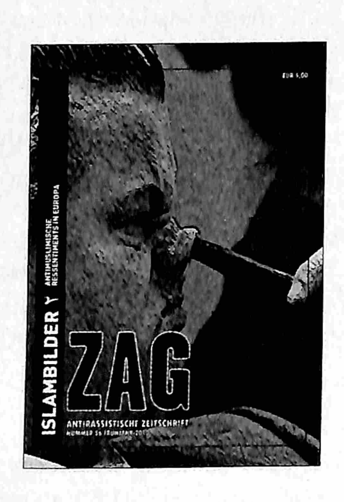












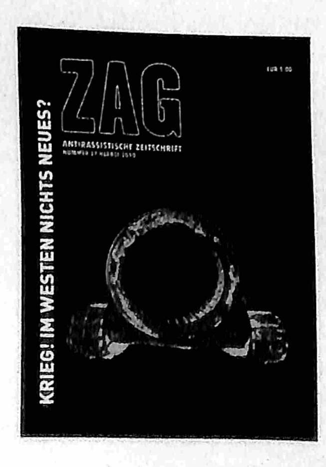
nicht den Arzt am Bett des Massenmörders spielen. Der Staat ist nicht neutral und der Weg durch die Instanzen wohl keine angemessene Strategie.

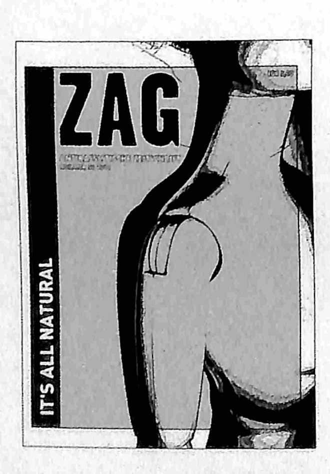
Mehr Angst verbreiten? Zum Beispiel durch drohende Katastrophen und Krisen, den Niedergang der Zivilisation, Klimakollaps und Waldsterben, Geschichten von Gut und Böse, wo einige durch entschiedenes Handeln den ansonsten unaufhaltsamen Lauf der Geschichte umkehren können. Wir wollen gerne dabei sein, doch es ist auch nur eine andere Mär von der Avantgarde, von der Bekehrung des Blinden, der sehend wird. Die Hoffnung, dass die Krisen und die absolute Verarmung der Arbeitenden eine Situation erzeugt, aus der eine Revolution quasi automatisch und notwendigerweise erwachsen würde, hat sich historisch nicht bewahrheitet. Hungeraufstände können mit Brot und Spielen bekämpft werden. Die moralische Empörung über die ungerechte Verteilung reicht nicht so weit, den ganzen Laden umzubauen.

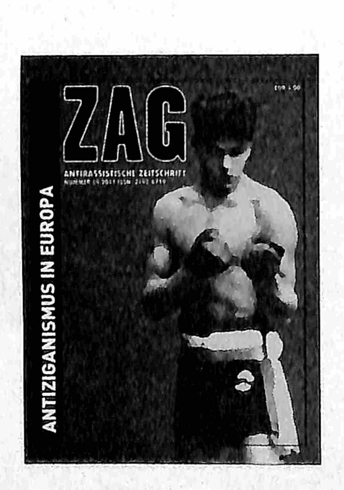
Oder wir werden Agent*innen unserer eigenen Sache, indem wir in die Rolle der Gegner*innen schlüpfen. Wir machen False Flag Aktionen, wie der Offiziersanwärter bei der Bundeswehr, der mit einer zweiten Identität als Geflüchteter einen Anschlag verüben wollte, damit alle gegen die Geflüchteten ... und dann die Agenda der AfD gestärkt worden wäre ... na ja. Satire wirkt ähnlich und wir können darüber lachen. Bei einem guten Witz ertappen wir uns selbst bei bester Laune – und politisches Kabarett hat ja auch die letzten Weltrevolutionen ausgelöst.

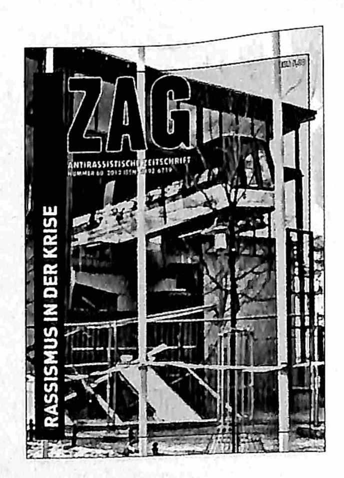
Begründet wird der Aufstieg der AfD manches Mal mit den Worten: »Das Gefühl verarscht zu werden stimmt ja«. Die Rechten formulieren Anliegen, die auf Problemen beruhen, die es für bestimmte Menschen tatsächlich gibt, die allerdings der Natur oder Sachzwängen zugeschrieben werden, statt den durch Menschen gemachten Verhältnissen. Hier werden Wahres und Falsches wirkungsvoll verschränkt. Die rassistische Antwort auf Migration, ist »die passen nicht zu uns« und »die sind anders«, »das können wir uns nicht leisten« und dann wird nach dem Staat gerufen. Müsste also eine Linke diese Antworten aufnehmen oder selber Antworten formulieren? Muss der Staat das erledigen? Zum Teil wird es Überschneidungen mit den Forderungen von Rechten geben – die deutschen Arbeiter*innen, die deutschen Grenzen, – will man das? Auf diesen Diskurs einzugehen ist der Fehler. Es macht keinen Sinn, darüber zu diskutieren, ob Rassismus irgendwie gerechtfertigt werden kann.

Der Staat ist nicht das Mittel der Wahl, weder höhere Steuern noch schärfere Gesetze. Auch die Parteien sind nicht das Mittel der Wahl. Die SPD mit den Hartz-Reformen in Zusammenarbeit mit Bertelsmann, SPD und Grüne mit ihrem Krieg in Jugoslawien









und der Abschaffung der Vermögenssteuer und der Zustimmung zu allen Kriegskrediten seit 1914. Die Parteien sind Fake. Sie sind Teil der Maschine, sie bilden nicht die Meinung, sie kanalisieren sie. Das gilt eben auch für die AfD, deren Rhetorik von Elite und Volk, alt und neu, kaschiert ihre Zustimmung zu den Bedingungen, an die Fleischtöpfe zu gelangen. Allerdings ist die Schwäche der linken und liberalen Parteien die Stärke der AfD. Wenn wir aber nicht in den Parteien mitmachen wollen, dann müssen wir wohl selbst »Partei« werden, indem wir Partei ergreifen.

Bündnisse

Können wir dies durch Bündnisse erreichen? Mit den Gewerkschaften beispielsweise. In der BRD sind auch deren Mitglieder zum Teil rechts. Wir haben hier keine politischen Gewerkschaften wie in Frankreich, Italien oder Großbritannien. Die politische Neutralität der hiesigen Einheitsgewerkschaften drückt sich aus in rassistischen Kampagnen gegen Schwarzarbeit oder Äußerungen von Polizeigewerkschaftern.

Mitglieder der christlichen Kirchen sind aktiv in die Unterstützung Geflüchteter eingebunden, sie bieten Kirchenasyl und alltägliche Unterstützung. Doch zugleich ist die Kirchenhierarchie auf konservative Werte verpflichtet, tritt für ein restriktives Abtreibungsrecht und für die »natürlichen Pflichten« von Mann und Frau ein.

Da sieht es bei Vereinen schon besser aus. Die sind so vielgestaltig, dass man mit solchen Dogmen nicht in Konflikt kommt, aber in der Regel sind auch sie unpolitisch politisch. In Sportvereinen wird Sport getrieben und keine große Politik gemacht. Das stimmt nicht ganz, sei es beim Ausbau eines Sportplatzes oder Stadions oder bei der Aufnahme Geflüchteter als Spieler*innen. Dieser spielerische Kontakt zwischen Ansässigen und neu Hinzugekommen (beispielsweise fußballspielende, ministrierende Senegalesen) wirkt – wenn auch nicht im Kopf des CSU-Generalsekretärs Andreas Scheuer.

Kampagnen

Am deutlichsten machen Kampagnen politische Projekte sichtbar. Die Kampagnen zum G7 in Heiligendamm, gegen TTIP, »Ende Gelände« und viele mehr. Sie schaffen öffentliche Aufmerksamkeit, sie buhlen um Aufmerksamkeit. Mittlerweile ist dies ein Feld, das auch Rechte wie die »Identitären« für sich entdecken. Die gezielte Provokation schafft Beachtung und soll dadurch wieder Unterstützung für diese und andere Vorhaben mobilisieren. Die Gefahr besteht, dass die Inhalte unwichtig werden im Verhältnis zur medialen Wahrnehmung der Aktionen. Bei Werbung für Waschmittel, deren Bestandteile eh annähernd dieselben sind, geht es um Marke, Image und Preis, darum, die Konkurrenz auf einem abgesteckten Markt, der nicht mehr wächst, auszustechen. Aber wer benötigt Kampagnen für die Medien?

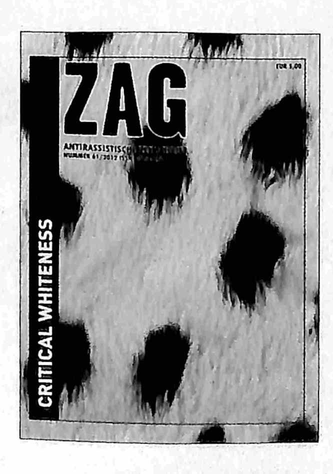
In diesen Kampagnen wird deutlich, wie mittelschichtslastig die Linke ist. Ressourcen, Zeit, Kenntnisse sind bei angehenden Akademiker*innen ausreichend vorhanden. Die scheinbar selbstverständliche Konsequenz ist also ihr politisches Engagement, bevor es dann mit Familie und Kindern gilt Karriere zu machen. Für wen werden dann aber diese Kämpfe ausgefochten? Werden da Kämpfe für andere gekämpft? Inwieweit verändern sich die Haltungen der Aktivist*innen und wie die der Ziele, Inhalte und/oder Menschen, in deren Namen sie angeblichen kämpfen.

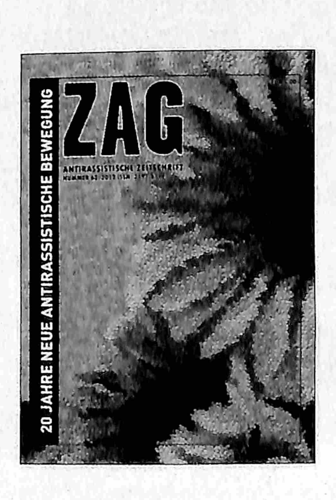
Bildet Sowjets!

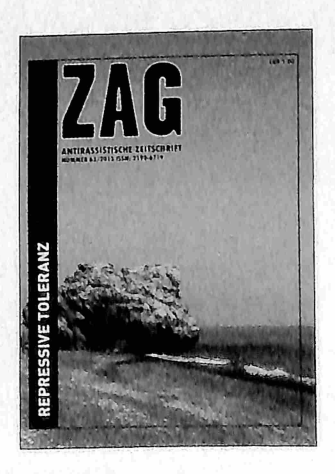
Wie wird also die Linke ohne die ZAG auskommen? Wir sind überzeugt sehr gut. Weil die Verwirklichung eines Vereins freier Menschen nicht von einer Zeitschrift abhängt. Wir stehen auf Wir-Politik, unser Begehren, unsere Interessen. Dazu müssen wir Bündnisse eingehen – Bündnisse, die die verschiedenen Interessen nicht verdecken. Antirassistische und antifaschistische Politik machen wir, weil wir eine bestimmte Vorstellung von menschlichem Miteinander haben. Wir machen es nicht für andere. Was uns vielleicht fehlt, ist die materielle Gewalt, die Praxis, die es ermöglicht, dieses Zusammenleben hier und jetzt zu organisieren, so dass sie sich als allgemein verbindliche durchsetzt. Ein Grund unter anderen, weil unsere Gegner*innen immer wieder versuchen, uns dies zu nehmen. Stattdessen sollten wir ihnen zum Trotz solidarische Verhältnisse fördern, indem wir uns solidarisch verhalten. Das ist die Herausforderung für eine fröhliche Utopie. ✖

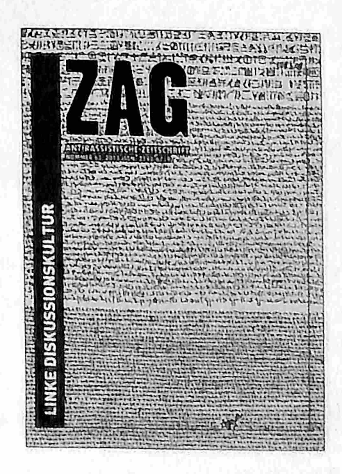
Zum Text

✖ *Der Artikel gibt eine anderthalbstündige Diskussion innerhalb der Redaktion der ZAG zur Auflösung wieder.*









Backlist

2018 **#75** Hilfe – die Helfer kommen! **2017** **#74** Religion und andere Drogen **#73** Brandstifter **2016** **#72** Biedermänner **#71** Flucht und Versagen **2015** #70 Postkoloniale Spurenlese **#69** Polizei. Staat.Rassismus. **#68** Klassismus **2014** **#67** Rechtspopulismus **#66** Hellersdorf und die Folgen **#65** Flüchtlingsbewegungen **2013** **#64** Linke Diskussionskultur **#63** Repressive Toleranz **2012** **#62** 20 Jahre neue antir. Bewegung **#61** Critical Whiteness* **#60** Rassismus in der Krise **2011** **#59** Antiziganismus in Europa **#58** It's All Natural **2010** **#57** Krieg! Im Westen nicht Neues? **#56** Islambilder 2 **2009** **#55** rasse·kultur·macht **#54** Osteuropas rechte Ränder **2008** **#53** Homophobie* **#52** Antidiskriminierung **2007** **#51** Grenzerfahrungen **#50** Verschwörungen **2006** **#49** Nationale Befreiungsbewegungen **#48** Die Türkei in Europa **2005** **#47** Produktionen des Westens, gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **#46** Lechts und Rinks **2004** **#45** Migration von Frauen* **#44** Migrationsmanagement* **2003** **#43** Antiziganismus* **#42** 911 Turbo **2002** **#41** Monster AG **#40** Blitzkultur **2001** **#39** Antisemitismus* **#38** Abschiebeknäste **2000** **#36/37** Zimmer ohne Aussicht **#35** Schengenland* **#34** Islambilder **1999** **#33** Konzepte antirassistischer Arbeit **#32** Die Bilder-ZAG **#31** Gesundheit als Privileg **#30** Das Ende der Tabus **1998** **#29** Sport und Rassismus **#28** Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte **#27** Antirassistische Jugendarbeit **#26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** **#25** Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität **#24** Globale Migrationskontrolle **#23** Mobilität **#22** City 2000* **1996** **#21** Balkan, Krieg und Flucht **#20** Ökologie **#19** Einwanderungspolitik **#18** VietnamesInnen in Berlin, gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹* **1995** **#17** Alltag-Kultur-Rassismus **#16** Europa **#15** Illegalisierung* **#14** Deutscher Antirassismus?, gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** **#13** Polizei und Justiz **#12** Rassismus und Soziale Frage **#11** Innere Sicherheit **#10** Rassismus und Bildung **1993** **#9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen* **#8** Ausweisung und Abschiebungen* **#7** Rassismus und Bildung* **#6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne* **1992** **#5** Roma in der BRD / Rostock* **#4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda* **#3** Wer schweigt, stimmt zu **#2** Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** **#1** Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

Impressum

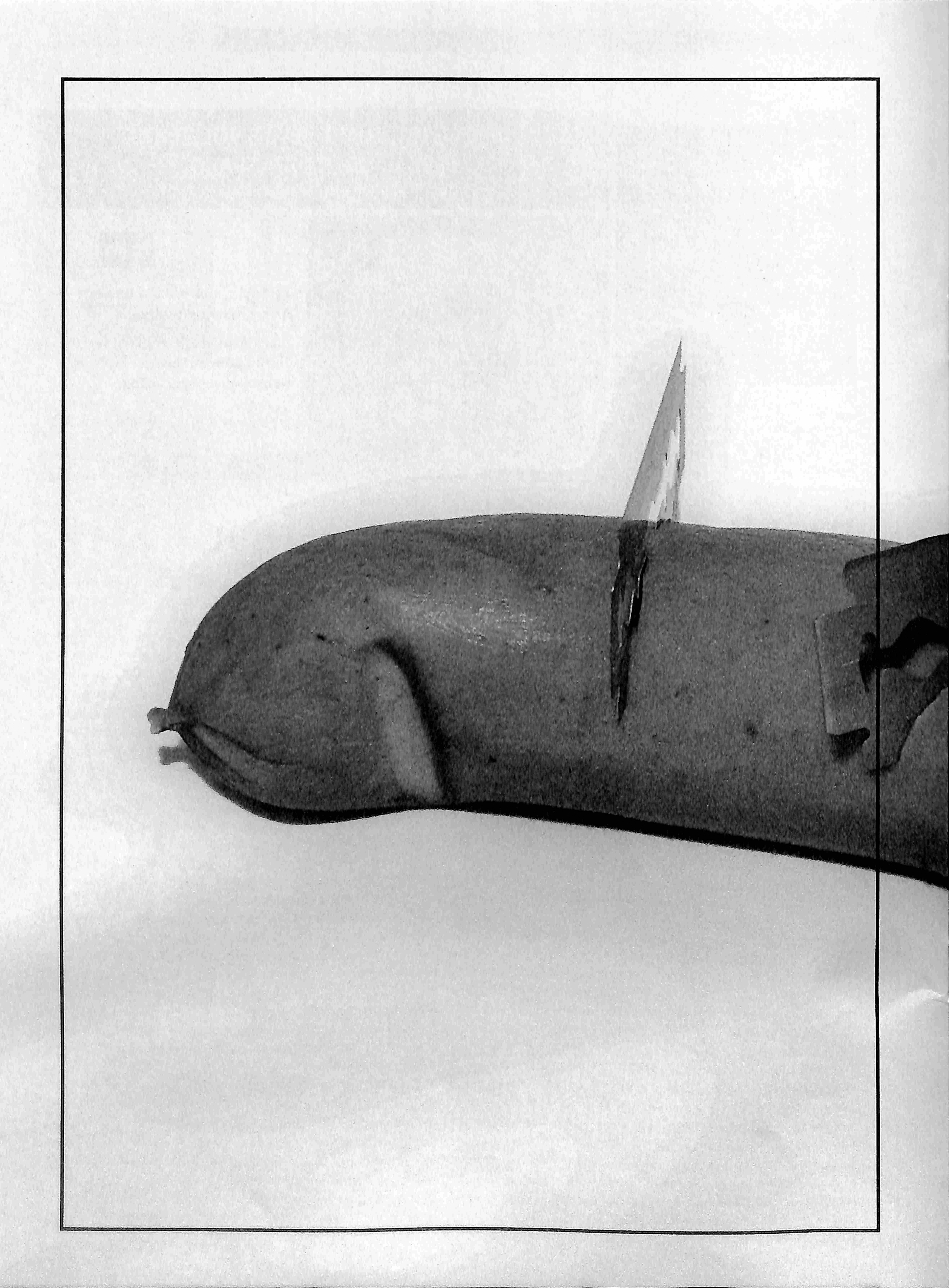
Herausgeber: Antirassistische Initiative e. V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e. V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet:** www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e. V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** rainGroup.de **Druck:** FATA MORGANA – berlinbrauchtdruck.de, **ISSN:** 2192-6719 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer.

Auflösung des Bestellarchives:

Die ZAG löst nach Herausgabe der Doppelausgabe ZAG_75 / 76 nicht nur die Zeitschrift, sondern auch ihr Bestell-Lager mit Archivausgaben auf. Deshalb sind die alten ZAG-Ausgaben ab sofort gratis beziehbar, lediglich die Kosten für Porto & Verpackung sind von euch zu tragen. Zukünftig ist nur noch diese Art der **Bestellung möglich**: ✖ Bitte sendet uns einen **Brief an** die Adresse: **ZAG-Archiv c/o Netzwerk Selbsthilfe, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.** ✖ In diesem Brief soll (ohne jeden Kommentar) ein **Zettel mit eurer Wunsch-Lieferadresse** liegen, nur diese wird von uns genutzt. ✖ Auf dem Zettel sollte natürlich auch stehen, **wie viele Hefte von welcher Ausgabe** ihr beziehen wollt (z. B. 3 x ZAG 56, 1 x ZAG 42) ✖ Zusätzlich sollte in dem **Briefumschlag** auch das **Porto** (Preisstand 01.07.2018) in folgender Staffelung liegen: **[bis drei Hefte: 1,40 € / - bis sechs Hefte: 2,10 €]** Bei größeren Bestellungen oder bei Bestellungen der gesamten ZAG-Ausgaben (z.B. für Infoläden, Archive oder Bibliotheken) bitten wir zuerst um Kontaktaufnahme per Mail und dann um Vorkasse. Bestellungen auf Rechnung sind ab sofort nicht mehr möglich.

Ein Verzeichnis aller Ausgaben findet ihr weiterhin unter www.zag-berlin.de.

Datenschutzanmerkung: Eure Bestellunterlagen (Briefe und Mails) löschen wir direkt nach dem Versand der Hefte, deshalb sind spätere Nachfragen auch nicht möglich.





Verordnung zur Schaffung eines Instruments, das zu Stabilität und Frieden beiträgt«. Mit der nach Verabschiedung bindenden Verordnung wurde die Einführung eines neuen Artikels in die existierende IcSP-Verordnung vorgeschlagen, »damit die Hilfe der Union unter außergewöhnlichen Umständen für den Aufbau von Kapazitäten militärischer Akteure in Partnerländern verwendet werden kann, um zu einer nachhaltigen Entwicklung und insbesondere zur Verwirklichung friedlicher und inklusiver Gesellschaften beizutragen«.

Gemäß der Verordnung soll die Ertüchtigungsfinanzierung auch künftig gewissen Beschränkungen unterliegen: »Die Hilfe der Union wird nicht verwendet zur Finanzierung a) von laufenden militärischen Ausgaben, b) der Beschaffung von Waffen und Munition, c) von Ausbildung, die ausschließlich einen Beitrag zu den Kampfkapazitäten der Streitkräfte leisten soll.« Auf der anderen Seite öffnet der Vorschlag aber auch die Tür zur Finanzierung einer breiten Palette von Maßnahmen: »Die Hilfe kann insbesondere die Bereitstellung von Programmen für den Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung (einschließlich Schulungen, Betreuung und Beratung) sowie die Bereitstellung von Ausrüstung, die Verbesserung der Infrastruktur und die Erbringung anderer Dienstleistungen umfassen.«[3] Gerade die – wohl bewusst schwammigen – Formulierungen lassen allerlei Spielraum, wie Martina Fischer von »Brot für die Welt« kritisiert: »Da der Text keinerlei Aussagen dazu macht, welche Art von technischer Hilfe und Ausrüstung zu welchem Zweck geliefert werden darf, kann von der Uniform bis zur IT-Infrastruktur oder zum Aufbau von Stützpunkten eine Fülle von kriegsunterstützendem Gerät darunter fallen.«[4]

Als Betrag werden 2018 bis 2020 insgesamt 100 Mio. Euro ausgelobt – das Gesamtbudget des Instruments soll dementsprechend um genau diesen Betrag steigen. Ursprünglich wollte man dies durch eine Umschichtung aus dem Entwicklungsinstrument erreichen. Da es hierbei zu Protesten kam, wird das Geld nun der Haushaltsrubrik IV (»Die EU als externer Akteur«) entnommen.

Das eigentliche Politikum bleibt jedoch unberührt: »Ertüchtigung« ist – selbst wenn man sie für sinnvoll erachtet und befürwortet – ein militärpolitisches Instrument. Das ist schon daran ersichtlich, dass der Auswärtige Ausschuss und nicht etwa der Entwicklungsausschuss die Federführung im parlamentarischen Legislativprozess innehatte. Trotzdem wurde die Gesetzesinitiative nicht auf die Kompetenzgrundlage der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« gestellt, weil dann das Finanzierungsverbot aus Artikel 41(2) greifen würde. Stattdessen ist die Rechtsgrundlage des »Instruments für Stabilität und Frieden« auch nach der neuen Verordnung die EU-Entwicklungspolitik. Durch diesen Trick soll es ermöglicht werden, Ertüchtigung aus dem EU-Haushalt finanzieren zu können.

Die EU-Kommission darf Maßnahmen nicht auf jede x-beliebige Kompetenzgrundlage stellen. Falls eine Maßnahme zwar ein Ziel verfolgt, aber tatsächlich vorrangig ein übergeordnetes Ziel eines anderen Politikfeldes erreichen soll, muss es auch auf die Kompetenzgrundlage des übergeordneten Ziels gestellt werden – so jedenfalls urteilte der Europäische Gerichtshof (EUGH) im Jahr 2016: »Ergibt die Prüfung eines Unionsrechtsakts, dass er zwei Zielsetzungen hat oder zwei Komponenten umfasst, und lässt sich eine von ihnen als die hauptsächliche oder überwiegende ausmachen, während die andere nur nebensächliche Bedeutung hat, so ist der Rechtsakt nur auf eine Rechtsgrundlage zu stützen, und zwar auf die, die die hauptsächliche oder überwiegende Zielsetzung oder Komponente erfordert.«[5]

Zwar betont die Verordnung zudem, man bewege sich im »Einklang mit den Zielen des Artikels 208 [AEUV]«, dies ist aber mehr als zweifelhaft. Denn im besagten Kernartikel der EU-Entwicklungspolitik heißt es: »Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereich ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut.« Wohlgemerkt – der Wortlaut ist hier »Hauptziel« und nicht etwa »Kollateralnutzen«. Selbst wenn also Ertüchtigungsmaßnahmen auch der Armutsbekämpfung dienen sollten – was für sich genommen ja auch nochmal diskussionsbedürftig wäre –, ist doch recht eindeutig, dass dies nicht ihr »Hauptziel« ist.

Zu diesem Ergebnis kamen interessanterweise auch die Juristen des Europäischen Rats: »In einem internen Gutachten vom Juli

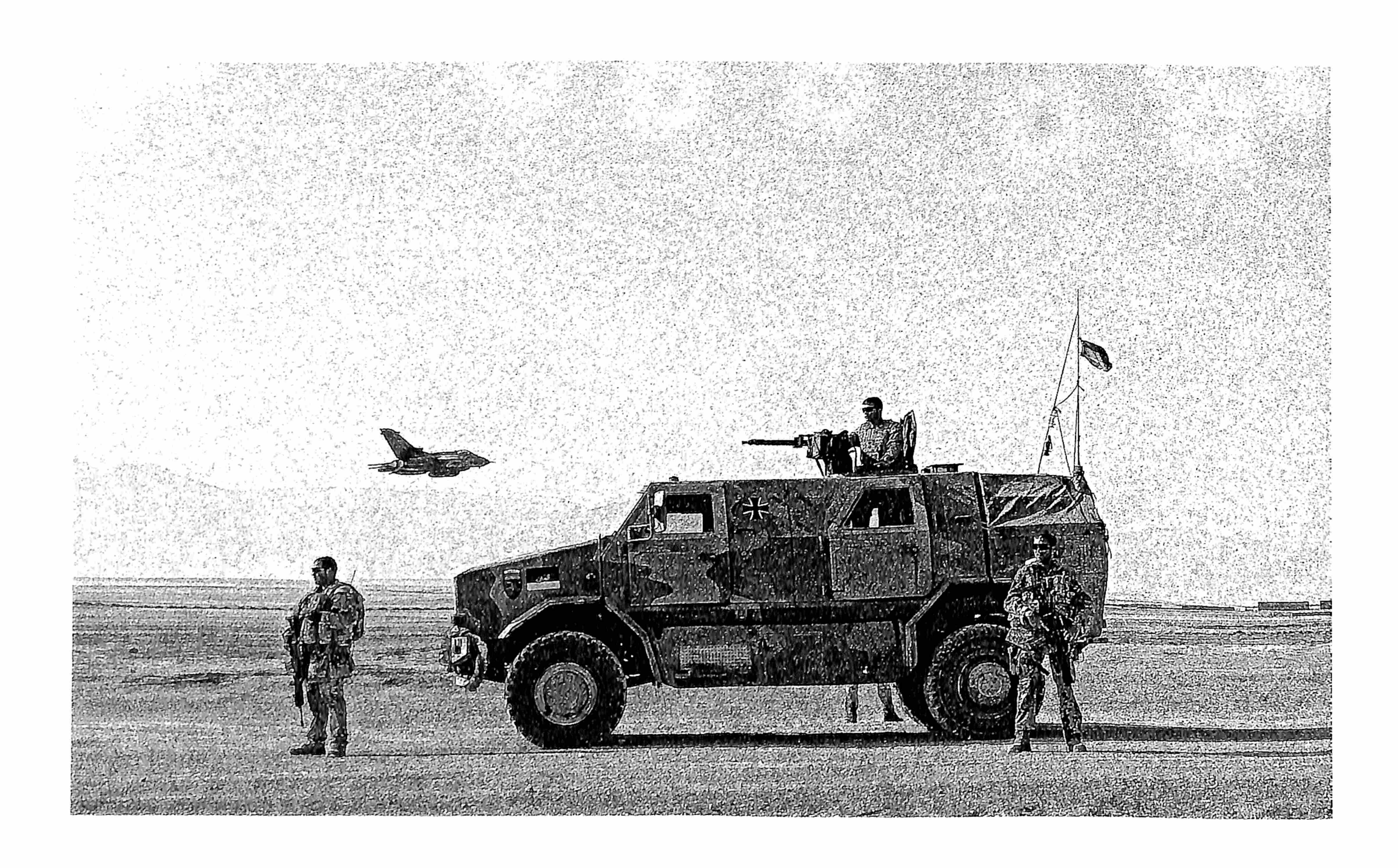
2016, das dem SPIEGEL vorliegt, übten die Juristen scharfe Kritik an der geplanten Neufassung der ISP-Verordnung. Sie solle ›dazu dienen, die Kapazitäten der Streitkräfte schlechthin zu verstärken, nicht die Kapazitäten der Streitkräfte für die Wahrnehmung von Entwicklungsaufgaben‹. Daran änderten auch die ›sehr begrenzten Ausnahmen‹ nichts. Der Entwurf könne ›nicht auf die vorgeschlagenen Rechtsgrundlagen gestützt werden‹, lautet das Fazit der Experten. Mit anderen Worten: Er wäre illegal.«[6]
Aller Wahrscheinlichkeit nach passte diese Einschätzung so manchem in Brüssel überhaupt nicht in den Kram, weshalb wohl hinter den Kulissen auf eine rechtliche Kursbegradigung gedrängt wurde: »Der Rechtsdienst der EU-Kommission hatte sich in Stellungnahmen vom März 2015 und Mai 2016 bereits ähnlich geäußert. Die Juristen des EU-Parlaments schlossen sich der Meinung ihrer Kollegen später an: In einem Gutachten vom 31. August 2016 kamen auch sie zu dem Schluss, dass die neue Verordnung rechtswidrig wäre. Dann aber geschah Erstaunliches: Im Januar 2017 legte der Parlaments-Rechtsdienst eine zweite Expertise vor, die das genaue Gegenteil behauptete. Plötzlich war die Verordnung kompatibel mit EU-Recht. Insider vermuten, dass die Juristen unter politischen Druck geraten waren.«[7]

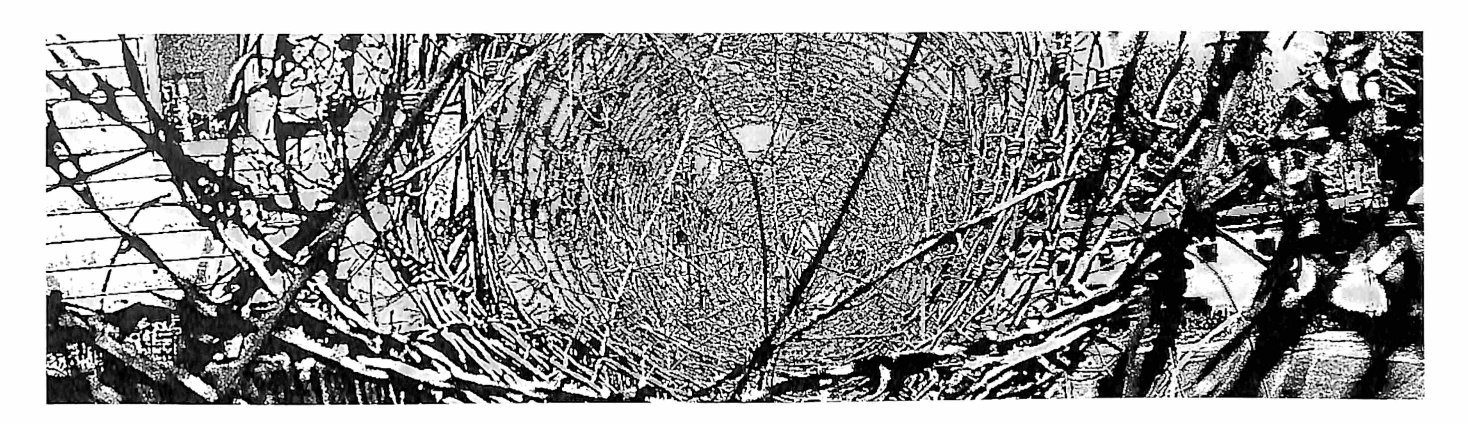
Auf nach Mali!

Trotz der vielfältigen Bedenken gegenüber dem Legislativvorschlag der Kommission wurde er am 3. Juli vom Entwicklungsausschuss und am 11. Juli 2017 vom Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments angenommen. Das Parlament billigte den Vorschlag mehrheitlich im September 2017, sodass die Verordnung am 7. Dezember 2017 in Kraft gesetzt wurde. Erste Maßnahmen laufen 2018 in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali an, wo die Absicherung des strategisch wichtigen Flughafens Mopti/Sévaré unterstützt werden soll.
Dass solche und andere Maßnahmen nur schwer unter den Hut der Entwicklungshilfe zu bekommen sind, ist sogar Gegenstand des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD, da in ihm gefordert wird, dass zur Ertüchtigung »rasch ein gesondertes Finanzinstrument außerhalb der EU-Entwicklungsfinanzierung eingerichtet wird«. Man darf gespannt sein, mit welchen rechtlichen Klimmzügen dies dann wiederum sattelfest gemacht werden soll. Bislang ist hierüber nichts bekannt. Und solange den »Ertüchtigern« hierfür nichts einfällt, dürfte die Zweckentfremdung der Entwicklungshilfe bis auf Weiteres weitergehen. ✖

Fußnoten

1 *Mickan, Thomas: Die Politik der militärischen Ertüchtigung, RLS Studien 4/2016, S. 5.*
2 *Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung, JOIN(2015) 17, Brüssel, 28.4.2015. http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8504-2015-INIT/de/pdf*
3 *Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 230/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments, das zu Stabilität und Frieden beiträgt, COM(2016) 447 final, 5.7.2016. https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/1-2016-447-DE-F1-1.PDF*
4 *Fischer, Martina: Entwicklungsgelder für Ertüchtigung von Armeen, Brot für die Welt, 11.7.2017.*
5 *URTEIL DES GERICHTSHOFS (Große Kammer) In der Rechtssache C-263/14, 14.6.2016. http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62014CJ0263&from=EN*
6 *Becker, Markus: Friedensgelder fürs Militär, Spiegel Online, 11.7.2017. www.spiegel.de/politik/ausland/migration-eu-parlament-fuer-entwicklungshilfe-fuers-militaer-a-1157165.html*
7 *Ebd.*





Frontex in Westafrika

Wie die EU Migrationskontrolle, Freizügigkeitsbeschränkungen und Militarisierung durchsetzt

Christian Jakob

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex war zehn Jahre alt, als die EU sie im Dezember 2016 neu konstituierte. Seither lautet ihr offizieller Name Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (EBCG, European Border and Coast Guard) – der Name Frontex wurde parallel beibehalten. Kurz darauf erklärte ihr Direktor Fabrice Leggeri, wie er sich die künftige Politik der neu benamten Risenbehörde vorstellt: »Klar ist: Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern ist ein Schlüsselelement erfolgreichen Migrationsmanagements«, schrieb Leggeri im April 2017. Vom Informationsaustausch bis zur Abschiebungszusammenarbeit habe Frontex deshalb »seine Reichweite jenseits von Europa erweitert.« Die Verlagerung des europäischen Grenzschutzes an Orte weit jenseits des Schengen-Raums, den irregulären MigrantInnen begegnen, noch bevor sie einreisen – das ist das Zukunftsprojekt von Frontex.

Bei der Zusammenarbeit mit den sogenannten Drittstaaten – also solchen, die nicht zur EU gehören – will die Agentur ihr neues Mandat »voll ausschöpfen« und sich »strukturiert und konsistent auf dem Gebiet der Außenpolitik« engagieren – so steht es in einem internen Planungsdokument vom Dezember 2015. GrenzschützerInnen als DiplomatInnen. Ein Kern des neuen Mandats: die »operationelle Zusammenarbeit mit vorrangigen Drittländern«. In solche Drittstaaten will Frontex VerbindungsbeamtInnen schicken und »mögliche gemeinsame Operationen auf dem Territorium von Drittstaaten« vorbereiten.

Tatsächlich soll so nur erweitert werden, was Frontex schon seit langer Zeit betreibt. Vor allem in zwei Staaten Afrikas hat die Agentur es geschafft, ihre Vorstellungen von »erfolgreichem Migrationsmanagement« durchzusetzen.

Einer davon ist Senegal. Ein gutes Dutzend spanischer GrenzschützerInnen ist seit über zehn Jahren in dem westafrikanischen Land stationiert. Es ist die älteste Mission der EU-Grenzschutzagentur Frontex, benannt nach der griechischen Göttin Hera. Und wenn man Frontex-Maßstäbe anlegt, die mit Abstand erfolgreichste. 2006 gelangten 31.600 Menschen aus Westafrika auf die Kanarischen Inseln. »Eine große Lawine war das«, sagt der örtliche Guardia Civil-Kommandant Raffael Carlo Abeger. Spanien schloss mit den Regierungen von Mauretanien und Senegal Verträge. Die SpanierInnen durften kommen und im Senegal Migranten verfolgen, fast so, als sei dies hier ihr eigenes Land. Ab 2009 war die sogenannte Atlantikroute zu. Fast kein/e AfrikanerIn kam mehr von Senegal aus zu den Kanaren durch.

Am Tor des Marinestützpunkts von Dakar stehen Soldaten, die müde die Hand zum Gruß heben, auf der linken Seite, in einem sandgelben Gebäude, ist das Lagezentrum, der Arbeitsplatz der spanischen Küstenwache. Die Straße schlängelt sich an den Kaimauern entlang, an denen graue Marineschiffe liegen wie schlafende Tiere. »Alles Schrott«, sagt der Offizier der Guardia Civil, Jose Luis Bodi. »Die funktionieren fast alle nicht mehr.« Der Senegal hätte nur eine Hand voll einsatzfähiger Schiffe. »Und die haben natürlich die Europäer bezahlt.«

Am Ende der Kaistraße liegen die beiden Schiffe der Guardia Civil, Typ Rodman 101, 31 Meter lang, 1.500 PS, Nachtsichtgeräte, Infrarotkameras, moderne Radarsensoren, je zehn Mann Besatzung, Höchstgeschwindigkeit 64 Stundenkilometer. Jede Nacht fahren sie hinaus, unterstützt von einem Helikopter, den die SpanierInnen auf dem Flughafen von Dakar stationiert haben.

»Mit den Senegalesen beobachten wir die Boote, die in Richtung Kanaren fahren. Wir halten sie auf und bringen sie zurück«, sagt Bodi. Er geht auf die Brücke, zeigt die Monitore der Wärmebildkameras. »Die Boote der Illegalen sieht man nicht auf dem Radar.« Offiziell unterstützen die SpanierInnen die SenegalesInnen nur. Tatsächlich »entscheiden wir, wohin wir fahren und welche Schiffe kontrolliert werden. Die Senegalesen führen das dann aus«, sagt Bodi. Die Arbeit sei »präventiv«, sagt er. »Die sollen wissen, dass wir hier sind, und gar nicht erst losfahren.«

Spanien war das erste Land der EU, in das im letzten Jahrzehnt in größerer Zahl irreguläre MigrantInnen aus Afrika kamen. Und es war das erste, das auf die Idee kam, den Transitstaaten mehr Entwicklungshilfe zu geben, um diese zu blockieren. Mit seinem »Plan África« ab 2004 vervierfachte Spanien seine Hilfsgelder in Westafrika. »Wir glauben, dass es sinnvoll ist, die Aufstockung der Entwicklungshilfe an die Ausarbeitung von Migrationsabkommen zu koppeln«, sagte der damalige Justizminister Juan Fernando López Aguilar.

Eine vergleichbare Kooperation, bei dem ein Nicht-EU-Staat europäischen Grenzpolizisten in diesem Maß faktische Hoheitsrechte einräumt, gibt es nirgendwo sonst. »Spanien hat diese Grenzkontrollen und Rücknahmen von Ländern in Westafrika verlangt und bekommen«, sagt Louis Vimont, einst Generalsekretär des

Europäischen Auswärtigen Dienstes EAD. »Aber es ist dabei sehr geräuschlos vorgegangen, keine öffentlichen Erklärungen, das war das Geheimnis.« Deswegen sei das Land damals weiter gekommen als die EU heute bei ihren Verhandlungen mit anderen afrikanischen Staaten.

Neun Monate im Jahr sind die Spanier allein in Dakar. Von August bis Oktober – der Zeit, in der mit den meisten Überfahrten gerechnet wird – schickt Frontex Schiffe und Flugzeuge aus anderen EU-Staaten zur Unterstützung. Die Präsenz von Bodi und seinen Leuten habe dazu geführt, dass SenegalesInnen, die nach Europa wollen, zuletzt meist den lebensgefährlichen Weg durch die Sahara, über Libyen und das Mittelmeer gewählt haben. 5.700 SenegalesInnen sind auf diese Weise von Januar bis Oktober in Italien angekommen. »Leben retten, darum geht es hier vor allem«, behauptet Bodis Chef, Carballo Abeger in Dakar. Die Überwachung fange nicht erst auf See an, sondern schon an Land. Dort suche die Polizei nach Schleppern und Menschen, die die Überfahrt planen. »Die arbeiten mit dem spanischen Geheimdienst zusammen.«

Ihr Glück sei, dass Senegal und Mauretanien »sehr stabil sind, mit den Regierungen kann man gut zusammenarbeiten«, sagt Abegar. Dakar, die Metropole Westafrikas, vier Flugstunden südlich des Mittelmeers, sei »natürlich eine Grenze Europas«, sagt Abegar. »Wenn diese Route wieder aufgeht, kämen Tausende erneut nach Europa.« Bei einem Besuch im Dezember 2017 zeigt Bodi die Bilder, die ihm seine KollegInnen vor Mauretanien geschickt haben: zwei Holzboote, völlig überfüllt mit über 100 AfrikanerInnen, gestartet wohl in Gambia. Insgesamt fünf Boote mit etwa 200 Menschen haben es seit Oktober 2017 bis in die spanischen Gewässer geschafft. Fünf Boote in acht Wochen, nach sieben Jahren, in denen es den Spaniern gelungen war, die Route fast komplett dicht zu halten. »Das hat natürlich mit der Situation in Libyen und Niger zu tun. Die Route dort wird jetzt besser kontrolliert, also versuchen wieder mehr Menschen, hier über das Meer zu kommen«, sagt Abegar. Für ihn ist klar, dass er hier bald mehr zu tun bekommen wird. »Wir bleiben hier.«

Die spanischen Grenzsoldaten haben auch deshalb womöglich bald mehr zu tun, weil ihre KollegInnen etwa 2.000 Kilometer weiter östlich ganze Arbeit geleistet haben. In Niger, dem Haupt-Transitland in der Sahara gibt es zwar keine Frontex-Mission wie im Senegal. Seit 2017 aber hat die Agentur den ersten »Verbindungsbeamten« in Afrika dorthin entsandt. Und gemeinsam mit Dutzenden weiterer entsandter europäischer PolizistInnen, SoldatInnen, BeamtInnen und ExpertInnen arbeitet der daran, dass der Weg für Flüchtende durch die Sahara so unpassierbar bleibt wie jener im Ostatlantik.

Zu besichtigen sind die Folgen ihrer Arbeit in einem Kasernenhof auf dem Armeestützpunkt von Agadez am Südrand der Sahara. In langen Reihen stehen die weißen Toyotas. Die Hände auf dem Rücken schreitet der Kommandant Issak Abdou hindurch, sein Adjudant dicht hinter ihm, die Kalaschnikow im Arm. »Der da: 7 Millionen Francs«, sagt Abdou und nickt in Richtung eines Pick-ups. »Der da: 10 Millionen.«

15.000 Euro sind das umgerechnet, doch zu verkaufen ist der Wagen nicht. Abdous Kasernenhof ist eine Asservatenkammer. Noch vor Kurzem war jedes dieser Autos unterwegs zwischen Agadez in Niger und Libyen. NigerianerInnen, SenegalesInnen, KamerunerInnen oder GambierInnen auf der Ladefläche, 1.500 Kilometer, drei Tage Fahrt, wenn alles glatt lief. Jetzt verschwinden die auf den Fahrzeugen verbliebenen Besitztümer der einstigen Passagiere unter dem Wüstenstaub wie Relikte einer vergangenen Zivilisation: alte Schuhe, leere Tablettenpackungen, Wasserkanister mit Bärchenbildern für die Kinder. Und ein Koran. Ein Koran? Abdou klopft ihn ab und nimmt ihn an sich. Das Wort Gottes darf nicht im Schmutz liegen.

Vor drei Jahren wurde Abdou Kommandant. Bald darauf beschloss das Parlament von Niger ein Gesetz mit der Nummer 2015-36 gegen Menschenschmuggel. Seitdem muss Issak Abdou die FahrerInnen, die Menschen durch die Wüste bringen, verhaften lassen. Ihre Autos werden beschlagnahmt, 107 sind es mittlerweile. Fast genauso viele Fahrer sitzen in den Gefängnissen der Wüstenstädte Agadez und Bilma. Die meisten warten auf ihren Prozess. Bis zu 30 Jahre Gefängnis drohen ihnen. »Früher war legal, was sie getan haben«, sagt Abdou. »Jetzt gilt es als Menschenhandel. Ist schlimmer, als mit Drogen oder Waffen zu dealen.«

Die beschlagnahmten Pick-ups sind Zeugnisse der Strapazen, die die Menschen auf sich genommen haben, um näher an Europa heranzukommen. Die Ladefläche des Toyota Hillux Single Cab, Baureihe 7 – das Modell, das fast alle Schlepper hier benutzten – ist 231 Zentimeter lang und 152 Zentimeter breit, etwas größer als ein Bett. Je 25 Menschen sind darin durch die Wüste gefahren. Abdou hebt einen Knüppel auf, der im Sand liegt. Er steckt ihn zwischen seine Beine, geht etwas in die Knie und umklammert das Holz mit beiden Händen. »So haben die sich festgehalten. Sonst hält das kein Mensch aus«, sagt er.

Je näher die MigrantInnen auf dem Weg nach Europa ihrem Ziel kommen, desto mafiöser, teurer und gefährlicher ist die Reise. Zu Beginn können sie für wenig Geld Busse besteigen, am Ende zahlen sie ein Vermögen für eine lebensgefährliche Bootsfahrt. Agadez ist eine Zäsur in diesem Kontinuum. Bis zu diesem Ort ist das Recht auf ihrer Seite. Jenseits davon gibt es nichts mehr, auf das sie sich verlassen könnten.

Tourayet ist ein 100-Seelen-Dorf, einige Fahrstunden östlich von Agadez. Auf dem Weg wechseln sich Geröll, Sand und Buschland ab. Am einzigen Brunnen tränkt eine Gruppe Touareg ihre Kamele. Hin und wieder schälen sich die Konturen von Lkws aus dem staubigen Horizont. Sie schwanken im Schritttempo über die Piste, aberwitzig hoch beladen mit Hunderten Bündeln, billig erworbener Importfracht aus Libyen. Am Ortseingang von Tourayet hängt ein Seil schlaff über der Straße, in ein paar Hütten bieten HändlerInnen Brennholz und gegrillte Ziege an. Tourayet ist einer der vielen Kontrollposten auf der Route durch die Sahara. Auf dieser gibt es hin und wieder Brunnen, kleine Siedlungen und etwas Verkehr. Unfälle bleiben so nicht unbemerkt.

Der Nationalgardist Hamdou steht neben seinem Jeep, kaut auf einem Stück Miswakholz herum und schaut zu, wie ein roter Lastwagen anrollt. Gut 30 Männer sitzen auf der Ladefläche. Sie tragen weite Gewänder, ihre Köpfe verschwinden in Turbans, die Gesichter sind nicht zu erkennen. Der Fahrer steigt aus, in der Hand eine blaue Mappe. Die Gendarmen blättern sie langsam durch, dann nehmen sie das Seil zur Seite und der Wagen fährt weiter.

»Das sind Nigrer. Die wollen zu einer Mine hier in der Nähe, Gold suchen«, sagt Hamdou. »Nigrer und Libyer. Sonst kommt hier keiner mehr durch.« Denn das Seil, das die Gendarmen bewachen, ist heute die Barriere, die den halbwegs sicheren Weg durch die Wüste für viele verschließt. »Jeden Montag, wenn in Agadez die Konvois losfuhren, kamen hier 200 Autos durch«, sagt Hamdou. Nach Zählung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) haben 2016 im Schnitt 6.300 Menschen pro Woche Agadez Richtung Libyen und Algerien verlassen. Jetzt trippelt nur

ein einsamer Esel über das Geröll. Seine Beine sind zusammengebunden, sodass er nur kleine Schritte machen kann. »Heute kommt keiner mehr«, sagt Hamdou. »Die Fahrer kommen in den Knast.«

Hamdous Uniform trägt das Abzeichen der G5 Sahel Joint Force, der neuen multinationalen Truppe gegen Terrorismus, Drogen- und Menschenschmuggel im Sahel. Fünfzig Millionen Euro gibt die EU für die Wüstenarmee. Im 2017 Juli hat Hamdous Trupp zum letzten Mal eine Gruppe MigrantInnen gefunden, die in der Wüste zurückgelassen wurde. Sechzig Menschen, drei Leichen. »Vor dem Verbot gab es das auch schon«, sagt er. Aber jetzt fahren die Schlepper mitten durch die Wüste statt auf der Straße. »Manchmal verfahren sie sich, manchmal gibt es Unfälle und manchmal lassen sie die Leute einfach zurück, wenn sie glauben, dass wir sie verfolgen.«

Das Gesetz, das den Transport von MigrantInnen verbietet, wird im Mai 2015 beschlossen, zunächst aber nicht umgesetzt. Im Juni 2016 reist Nigers Präsident Mahamadou Issoufou nach Berlin, im Oktober 2016 besucht Angela Merkel sein Land. Sie bleibt nur fünf Stunden, macht aber klar, was sie will: »Wir werden in drei neuen Schwerpunkten enger zusammenarbeiten«, sagt Merkel. »Der erste dieser Schwerpunkte ist der Kampf gegen die illegale Migration.« Merkel verspricht 27 Millionen Euro Hilfe. Doch Präsident Issoufou weiß, dass viel mehr drin ist. Er fordert 1 Milliarde Euro – und sorgt dafür, dass Merkel bekommt, was sie will: die konsequente Durchsetzung des Gesetzes 2015-36.

Für Issoufou zahlte sich das aus: Im Dezember 2017 sagt die EU Niger eine Milliarde Euro Entwicklungshilfe für den Zeitraum zwischen 2017 und 2020 zu. Das entspricht über 11 Prozent des nigrischen Staatshaushalts. Und das, was Italien, Frankreich und Deutschland bilateral geben, ist da noch nicht einmal mit eingerechnet. Allein bei einem Besuch im Juli in Niamey übergab Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) 100 Pritschenwagen, 115 Motorräder und 55 Satellitentelefone an Polizei und Armee. Mit drei BeamtInnen und zwei PolizistInnen ist Deutschland derzeit an der Eucap-Sahel-Mission in Niger beteiligt. Die betrachtet die Schlepper vor allem als Teil der organisierten Kriminalität und islamistischer Terrorgruppen und bildet die nigrischen Behörden für den Kampf gegen sie aus.

»Aus Fahrern wurden Schlepper und aus Hoteliers Kriminelle«, sagt Ibrahim Manzo Diallo. Er ist Chefredakteur des Senders Radio Sahara in Agadez. Sein Büro liegt neben dem Studio, im Hof ragt der Sendemast empor, Redakteure laufen durch den kleinen Flur, an der Wand hängt eine Karte, die zeigt, in welchen Teilen der Wüste der Sender empfangen werden kann. Stundenweise sendet Radio Sahara auch das Hausa-Programm der Deutschen Welle, in großen Teilen des Landes gibt es kein anderes Medium. »Die EU hat Niger dazu gebracht, den Weg durch die Sahara zu versperren«, sagt Diallo. Er hält das für illegal: »Die Migranten sind Bürger der westafrikanischen Staatengemeinschaft«, sagt er. »Sie haben das Recht, sich hier frei zu bewegen. Stattdessen werden sie behandelt wie Verbrecher, aufgehalten und in Lager gesteckt.«

5.700 MigrantInnen pro Monat fahren nach Schätzung der IOM heute von Niger nach Libyen, etwa ein Fünftel des Vorjahreswertes. Die Reise sei für sie gefährlich geworden, sagt Diallo. »Die Regierung sagt, es gebe bislang 31 Tote in diesem Jahr. Wir glauben, dass es in Wahrheit Hunderte sind.« Vier Berichte über Leichenfunde bekam sein Sender in diesem Jahr von den LokalkorrespondentInnen in der Wüste.

Diallo hat die Bilder auf seinem Laptop gespeichert: mumifizierte Körper, entkräftet, verdurstet, vertrocknet, erstarrt. Teils auf dem Boden neben den Autos, teils noch im Wagen, die Gliedmaßen zusammengefaltet. Einige der Toten waren Kinder, bei manchen ragen nur noch die Arme aus dem Sand.

»Die meisten Leichen werden aber nie gefunden.« Das Problem sei, dass den neuen Fahrern die Routine fehle. »In den Ghettos wussten die Leute immer ganz genau, wer wann wohin gefahren ist. Jetzt läuft alles diskret, im Verborgenen. Die Fahrer nehmen andere Wege, die weiter sind und gefährlich. Sie fahren nach GPS, aber sie kennen sich nicht aus, denn sie sind nicht von hier.« Niemand kenne die Wege, die sie nehmen. »Die Wüste ist größer als das Mittelmeer. Manche kommen nach ein oder zwei Monaten immer noch nicht in Libyen an.« Das überlebe niemand. »Warum muss das hier bei uns geschehen?«, fragt Diallo. »Wenn Europa keine Migranten mehr will, warum hält es sie dann nicht an seinen eigenen Grenzen auf?«

Der Regionalrat von Agadez hat im Oktober 2016 eine Studie vorlegt, die zeigen soll, welchen Verlust die neue Politik für die Region bedeutet: Für Unterkunft, Essen, Proviant, Ausreisesteuer und die Fahrt habe jede/r MigrantIn demnach umgerechnet 295 Euro in der Stadt gelassen. Die IOM schätzt, dass 2016 insgesamt 330.000 Menschen durch Agadez reisten. Demnach entstehe ein Verlust von etwa 100 Millionen Euro im Jahr, so der Regionalrat.

Entsprechend unbeliebt ist die neue Politik in Agadez. Also musste Nigers Präsident Issoufo einen Auswärtigen als Gouverneur nach Agadez schicken. Am Abend sitzt der aus dem Westen Nigers stammende Sadou Soloke, bewacht von der Nationalgarde, in seinem Amtssitz, in Sichtweite der Büros der Vereinten Nationen, der IOM und der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit. Er trägt das ausladende weiße Gewand, das hier Babban Riga heißt, dazu eine rote Filzkappe. »Wir machen das nicht, weil die Europäer das sagen, auch wenn viele das behaupten«, sagt er.

Der Kampf gegen die Schlepper sei richtig, sagt Soloke, »weil sie nach unserem Gefühl inhuman sind und die Jugend gefährden«. Schlepper manipulierten die Jugendlichen, sodass diese sich in tödliche Gefahr brächten. »Es ist ein unehrenhaftes Geschäft. Wie sollen wir das tolerieren?« Warum den Behörden diese »moralische Verpflichtung« erst dann auffiel, als die EU Millionen auf den Tisch blätterte, sagt Soloke nicht.

Es sei wahr, dass viele Menschen in Agadez deswegen heute kein Einkommen mehr haben. »Das war uns bewusst«, sagt Soloke. »Sie müssen ihre Aktivitäten komplett ändern. Wir arbeiten daran«, sagt Soloke. »Aber die Hilfe kommt langsam.« Bis zu 1.500 Euro bekommen ehemalige Schlepper, wenn sie sich eine neue Existenz aufbauen wollen. 3.000 haben dafür bislang einen entsprechenden Antrag gestellt. Das Geld kommt von der EU, die noch eine ganze Reihe weiterer Projekte in Agadez finanziert, um das zerstörte Geschäft zu kompensieren.

Den Vorwurf, das westafrikanische Freizügigkeitsregime zu verletzen, weist er zurück. »Natürlich sind die Leute frei, sich zu bewegen«, sagt Soloke. »Nur eben nicht, wenn sie nach Libyen wollen.« Im Übrigen richte sich das Vorgehen der Behörden nicht gegen die MigrantInnen. »Die fassen wir nicht an. Wir bestrafen nur die Schlepper.« Das habe Wirkung gezeigt: »Die Zahlen sind drastisch zurückgegangen.« Die MigrantInnen, die heute noch aufgegriffen werden, kommen in ein offenes Lager der UN-Migrationsagentur IOM in Agadez. Von dort wird die Rückreise in ihre Heimat organisiert. Ihm sei bekannt, dass die neuen Routen gefährlicher seien. »Wir beobachten das«, sagt er. »Und dann werden wir auch diese Routen schließen. Sie finden immer andere Wege, also dürfen wir nicht aufhören zu arbeiten.« ✖

RASSISMUS UND RECHTE

Original und Fälschung

AfD Die Rechte entdeckt soziale Fragen für sich. Darin liegt eine Chance für die Linken

Sebastian Friedrich

Die Betriebsratswahlen in Deutschland enden in wenigen Wochen – doch schon jetzt können die Rechten sie für sich als Erfolg verbuchen. Mit einer professionellen Kampagne hat das rechte Netzwerk »Ein Prozent« für »patriotische« Listen bei den Wahlen geworben. Der Erfolg dieser Kampagne lässt sich nicht einfach an den Mandaten ablesen – bundesweit dürften sie knapp 100 von insgesamt 200.000 Sitzen gewinnen. Erfolgreich war die Kampagne vor allem darin, die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Keine überregionale Zeitung ist an der Initiative vorbeigekommen.

Die rechte Betriebsratskampagne hat formal zwar nichts mit der AfD zu tun, reiht sich aber dennoch ein in eine Diskussion über die soziale Frage, die in der gesamten Rechten geführt wird. Sowohl Alexander Gauland als auch Björn Höcke haben die »kleinen Leute« für sich entdeckt. So sagte Höcke auf einer Tagung des neurechten Compact-Magazins in Leipzig, er wolle die »sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung gegen die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus verteidigen«.

Diese neuen Töne erschrecken viele Linke in Deutschland – insbesondere angesichts eigener, teils heftig geführter Debatten über die Frage, ob und wie Linke in Deutschland den Bezug zur Arbeiterklasse verloren haben. Jahrzehntelang war darauf Verlass, dass die Rechten im Kern eine neoliberale Agenda verfolgen. Neoliberal und ausschließend – also genau das Gegenteil linker Politik. Geht der Linken mit der neuerdings sozialen Ausrichtung der Rechten nun ihr Antagonist verloren?

So neu sind die Töne jedoch gar nicht, die Höcke und das Ein-Prozent-Netzwerk anschlagen. Vielmehr kehrt damit eine Strömung in die deutsche Rechte zurück, die in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend isoliert war: Die Nationalrevolutionären rangen bereits in den 1960er und 1970er Jahren – vergeblich – um Einfluss in Deutschland. In den Folgejahren fanden sich ihre Ausläufer eher im Neonazi-Spektrum, während die »rechtspopulistischen« Parteiprojekte, die ab den 1980er Jahren entstanden waren, eine streng neoliberale Linie verfolgten.

Auch in der deutschen Neuen Rechten spielten die Nationalrevolutionäre von den 1980er Jahren an keine gewichtige Rolle. Der Fokus lag hier auf gesellschaftlichen Diskursen: Meta- statt Realpolitik lautete die Devise. Dabei ging es eher um eine traditionell romantische und kulturpessimistische Ausrichtung; Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik kamen allenfalls am Rande vor.

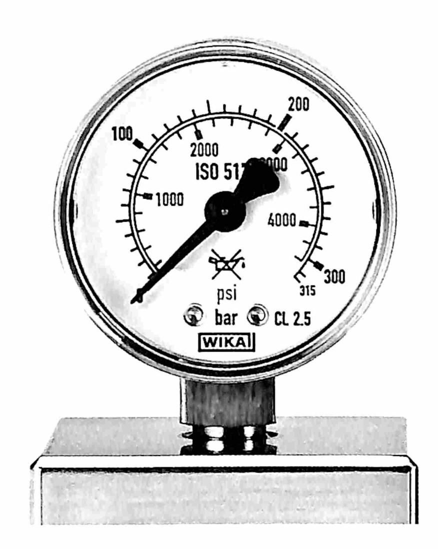
Sympathie für Bernie Sanders

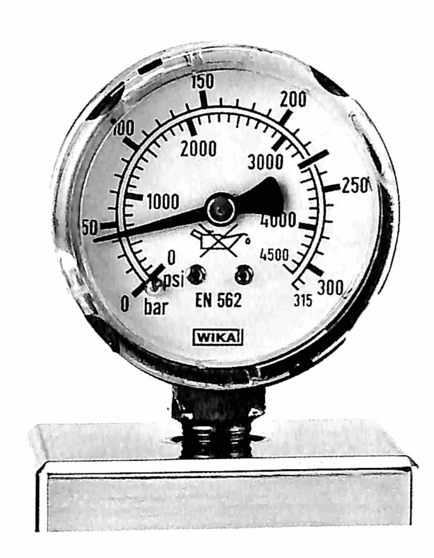
Anders in Frankreich: Der Vordenker der französischen Rechten, Alain de Benoist, hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt der »sozialen Frage« angenommen. In einem zentralen Aufsatz aus dem Jahr 2009 wirft er der Rechten vor, im Kern wirtschaftsliberal zu sein. Die Linke habe sich vom Volk ab- und dem Lumpenproletariat zugewendet. »Sowohl rechts als auch links«, diese Losung gab er in Richtung der französischen Rechten aus. De Benoist hat jüngst Sympathien für Jean-Luc Mélenchon und Bernie Sanders bekundet.

So weit würde sein deutscher Apologet Benedikt Kaiser zwar nicht gehen. Aber auch in dessen Arbeiten finden sich ähnliche Positionen. Kaiser, Jahrgang 1987, ist Lektor beim Antaiois-Verlag, regelmäßiger Autor des rechten Theorieorgans Sezession und wichtiger Akteur im Institut für Staatspolitik (IfS) um Götz Kubitschek. In seinem Buch »Querfront« spricht sich Kaiser gegen die Neoliberalisierung der Rechten aus und fordert sie dazu auf, sich der sozialen Frage anzunehmen.

Mit dieser Forderung ist Kaiser zur rechten Zeit am rechten Ort. Der Rechten kommt dabei eine allgemeine Tendenz zupass: Politiker aller Parteien und Intellektuelle jeglicher Schattierung fragen sich zunehmend, ob man die »kleinen Leute« in den vergangenen Jahren vernachlässigt habe. Außerdem profitiert Kaiser von Verwerfungen und Spaltungen innerhalb der Neuen Rechten im Kreis um das IfS. Karlheinz Weißmann etwa hat sich 2014 in Richtung einer realpolitischen Orientierung verabschiedet, womit das Institut seinen zentralen strategischen Denker verlor. Eine Rolle, die Kubitschek, eher Aktivist als Stratege, eher romantischer Dichter als kühler Analytiker, nicht einnehmen kann. Kaiser schickt sich an, die durch den Weggang Weißmanns entstandene Lücke zu füllen – wenngleich mit einer anderen, eher »französischen« Agenda. Eine Übernahme der französischen Linie strebt jedoch auch er nicht an.

Kaiser fungiert vor allem als verbindender Intellektueller und lässt sich dafür von linken Debatten inspirieren. So beschäftigte sich der neurechte Denker Ende vergangenen Jahres in der Sezession mit dem Konzept der revolutionären Realpolitik Rosa Luxemburgs, das im Umfeld der Linkspartei seit einiger Zeit dafür genutzt wird, zwischen den politischen Flügeln innerhalb der Partei zu vermitteln. Die AfD habe die Aufgabe, verschiedene Lager zu vereinen, »deren weltanschauliche Positionierungen mitunter stark voneinander abweichen können«, schreibt nun Kaiser. Die





Rechte sei eine »Mosaik-Rechte«, formuliert er in Anlehnung an den vom Gewerkschaftslinken Hans-Jürgen Urban geprägten Begriff der »Mosaik-Linken«.

Kaiser weiß, dass die AfD als Integrationsmaschine für die verschiedenen traditionell gespaltenen rechten Strömungen funktioniert. Damit hat er eine ähnliche strategische Perspektive wie Alexander Gauland, der sich ebenfalls für mehr Pluralismus in der AfD ausspricht. Die Partei brauche einen wirtschaftsliberalen Flügel genauso wie einen konservativen und einen sozialen Flügel: »Wir müssen lernen, dass diese Flügel zusammenwirken und dass sie gemeinsam ein Ganzes bilden. Die Flügel dürfen nicht gegeneinander stehen«, so Gauland in einem Interview im Sommer 2016. Deshalb versteht sich der Partei- und Fraktionsvorsitzende sowohl mit der neoliberalen Alice Weidel als auch mit dem völkisch-sozialen Höcke. Innerhalb der gesamten Rechten sollen alle Strömungen Platz haben: rechtslibertäre, die sich einen reinen Ordnungsstaat wünschen, in dem Polizei und Armee für Sicherheit (der Kapitalbesitzer) sorgen – und völkisch-soziale, die für ein wenig (exklusiv-)soziales Antlitz sorgen.

Dank einer ziemlich guten Marketingabteilung gelingt es den Rechten außer- und innerhalb der AfD, die soziale Frage von rechts zu besetzen. Das besorgt Linke zu Recht. Dabei könnte das neue Teilchen des rechten Mosaiks für Linke ein Anlass sein, grundsätzlich zu klären, was links von rechts unterscheidet. Diese Bestimmung ist angesichts der Neuzusammensetzung der Rechten und der tiefen strukturellen Krise des neoliberalen Establishments ohnehin Gebot der Stunde.

Was also unterscheidet linke von rechter Analyse und Kritik? Das macht bereits eine oberflächliche Betrachtung deutlich. So setzen sich die Rechten allenfalls für mehr (exklusive) Umverteilung ein, etwa wenn Höcke die Frage nach oben und unten mit der nach innen und außen koppelt. In seinen jüngsten Reden spricht der völkisch-nationale Politiker vor allem über Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, die Hartz IV bezögen und damit genauso viel bekämen wie »Deutsche«, was Höcke als skandalös darstellt. Damit ethnisiert er die soziale Frage in einer Weise, wie es vor ihm die NPD oder der ehemalige Berliner SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin getan haben.

Das Beispiel zeigt, dass die Begriffe »soziale Frage« ebenso wie »soziale Gerechtigkeit« kaum mehr als Worthülsen sind: Was als gerecht gilt, darüber herrscht in der Gesellschaft Uneinigkeit, ebenso wie darüber, was überhaupt mit dem Begriff der »sozialen Frage« gemeint ist. Die Forderungen in diesem Bereich reichen von sozialdemokratischer Umverteilung bis hin zu vergleichsweise radikalem Bestehen auf Enteignung. Der linke Appell, die soziale Fragen zu besetzen, greift also zu kurz.

Eine deutliche Unterscheidung zwischen links und rechts findet sich jedoch bei der Frage nach politischen Subjekten im Kapitalismus. Die rechte Kritik wendet sich im Kern gegen den westlichen liberalen Kapitalismus, in dem sich »Nation« und das »Volk« verflüssigten, so Rechte sowohl der französischen als auch der deutschen Linie. Weiter geht der rechte »Antikapitalismus« jedoch nicht – Kaiser kennt in seiner Argumentation keine Klassen. Die linke Antwort auf die soziale Frage hingegen findet sich in der Klasse. Sie nimmt nicht nur die Verteilung von geschaffenem Reichtum in den Blick, sondern setzt auch an der Produktion des Reichtums an. Ausbeutung ist der zentrale Mechanismus, der Klassen hervorbringt: Die Ausbeutung der einen führt zum Reichtum der anderen. Die linke Klassenanalyse ist sich bewusst, dass Ausbeutung und Unterdrückung untrennbar miteinander verflochten sind: Es lässt sich besser ausbeuten, wer unterdrückt wird, zugleich dienen diverse Unterdrückungsformen dazu, die Ausbeutung unsichtbar zu machen. Rechte jedoch interessieren sich nicht für Ausbeutung und bedienen sich vorhandener nationalistischer und rassistischer Unterdrückungen. Auf der einen Seite Volk und Nation, auf der anderen Klasse und Ausbeutung: Nationalrevolutionäre Teilchen im Mosaik ändern nichts an dem grundsätzlichen Antagonismus zwischen links und rechts. ✖

Weitere Infos

✖ *Sebastian Friedrich hat 2017 das Buch Die AfD. Analysen, Hintergründe, Kontroversen im Verlag Bertz+Fischer veröffentlicht*
Dieser Artikel erschien zuerst in »Der Freitag«, Ausgabe 17/2018

Populismus

Eine begriffliche Verharmlosung

AIB

Seit einigen Jahren kursiert der Begriff des Populismus verstärkt durch die politische Diskussion, wenn es darum geht, die AFD und andere, jüngst entstandene rechte Bewegungen einzuordnen. Als rechtspopulistisch werden z. B. Marine Le Pens Front National aus Frankreich, Heinz-Christian Straches FPÖ aus Österreich, Viktor Orbáns Fidesz aus Ungarn oder Geert Wilders Partij voor de Vrijheid aus den Niederlanden bezeichnet.

Aus linker Perspektive ist die allgemeine Anwendung des Begriffs Rechtspopulismus auf (extrem) rechte Bewegungen oder Parteien aus drei Gründen zu problematisieren. Erstens leistet der Begriff des Populismus Links-Rechts-Gleichsetzungen Vorschub anstatt die Unterschiede zu konturieren. Zweitens werden die dort beschriebenen Phänomene verharmlost, indem die Diskurs- bzw. Rhetorikform statt die ideologische Formation ihrer Anhänger_innen bedeutungsvoll wird. Und drittens befördert dieser Begriff Querfrontpraxen unter dem Label vermeintlich gemeinsamer Systemkritik von links und rechts.

Links ist nicht gleich Rechts

Populismus ist zunächst einmal Teil jeder Politik, der den diskursiven Zugriff auf eine politische Masse erlaubt. Alle Parteien in einer Demokratie wenden sich an »das Volk« und wollen dieses vertreten. So gesehen wären alle Parteien irgendwie problematisch oder irgendwie unproblematisch. Eine Bestimmung des Populismus allein als diskursive Form macht keine Unterschiede zwischen populistischen Äußerungen linksliberaler, konservativer oder rechter Positionen. Eine solche Bestimmung tut so, als ginge es lediglich um Aufmerksamkeit, die schließlich alle aus dem politischen Geschäft bekommen wollen. Aber es macht einen Unterschied, ob jemand Aufmerksamkeit und Zuspruch für rassistische, völkische und nationalistische Äußerungen erhält oder für Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, die vielleicht unterkomplex in einer populistischen Aussage formuliert sind, aber niemanden töten.

Ein solches Verständnis von Populismus, das ideologische Inhalte für unbedeutend hält oder die ideologischen Voraussetzungen seiner Anhänger_innen als Ängste und Sorgen herunterspielt, ist für eine antifaschistische Theorie und Praxis unbrauchbar. Es geht den Rechten nicht zuerst darum, ihre Argumente auf einen faktenbasierten Prüfstand zu stellen oder ihren (angeblichen) Ängsten Ausdruck zu verleihen, sondern darum, einen Affekt zu mobilisieren, Ressentiments zu verstärken und den Bereich zu vergrößern, in denen rechte Deutungen gesellschaftlicher Wirklichkeit präsent sind. Die weit verbreitete Verwendung des Populismusbegriffes arbeitet so dem viel kritisierten Extremismusparadigma zu. Gemäß dieser besonders beim Verfassungsschutz beliebten Theorie gibt es eine gute, demokratische Mitte und gleichermaßen gefährliche Links- und Rechtsextremisten an den Rändern der Gesellschaft. Der Populismusbegriff folgt einem ähnlichen Schema, wenn Populismus als Oberbegriff verschiedener Ableitungen, wie linker, rechter oder liberaler Populismus gilt.

Die diskursive Form im Ideologischen

Wenn wir im Kontext der extrem Rechten von populistisch reden, dann in dem Sinne, dass populistisches Sprechen eine Form politischer Anrufung ist. Diese ruft das »Volk« durch solche Kategorien wie Nation, Geschichte, Blut (»Rasse«) und/oder Kultur als Gemeinschaft an. Allein unter diesem Blickwinkel als politische Anrufung wäre der Begriff Populismus für eine Analyse geeignet: sprich die Untersuchung der Wirkmächtigkeit populistischer Äußerungen als Agitation oder Propaganda gegenüber bspw. rechten Publikationen bei denjenigen, die bereits offen sind für rechte Positionen. Diese politische Anrufung garantiert vor allem eins: Sie bietet all denen die Möglichkeit endlich ihren Rassismus und Nationalismus zu artikulieren; verpackt als politische »Meinung«, veralltäglicht zum »gesunden Menschenverstand des kleinen Mannes«. Ihre »postfaktischen« Lügen können sie als Angriff auf die so genannten Eliten oder das Establishment ausweisen, ohne sich deswegen rechtfertigen zu müssen.

Pegida oder AFD – mit ihrer besonderen politischen Anrufung an die, die sich als Volk fühlen – sind so erfolgreich, weil sie zur Enthemmung beitragen und die Balance zwischen Anpassungs- und Rebellionsbedürfnis ihrer AnhängerInnen geschickt austarieren. Ihnen gelingt es, die lange in der Öffentlichkeit zurück gehaltenen rassistischen Dispositionen vieler Menschen zu entfesseln. Wer diese Menschen nur Populisten nennt, will nicht sehen, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist.

Po·pu·lis·mus

Substantiv [der] abwert.

AFD und auch Front National werden nicht nur von Arbeiter_innen[1] gewählt, sondern in fast gleichem Maße von der bürgerlichen Mitte. Populistisches Sprechen, also die Anrufung eines homogenen »Volkes«, sollte daher als Teil rechter Ideologien verstanden, aber nicht zur alleinigen Charakterisierung, sprich als Oberbegriff rechter Parteien oder Bewegungen selbst genutzt werden.

Gegen Querfrontallianzen

Was sich im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen so oft als Ängste und Sorgen legitimieren will, ist bereits (latent) vorhandenes Ressentiment. Es bricht vor allem unter Zuspruch solcher Tabubrecher, als die sich rechte AgitatorInnen gerne hinstellen, hervor. Dies ist einer der besonderen Tricks rechter Agitation, die Affekte ihrer AnhängerInnen aufzugreifen[2].

Es gibt gleichwohl linke Theoretiker_innen[3], die aus dieser Erkenntnis die Konsequenz ziehen, dass linke Politik ebenfalls an die Affekte und die angeblich natürlichen Vergemeinschaftungssehnsüchte appellieren müsse. Ein solcher Linkspopulismus sollte aus linksradikaler Perspektive aus zwei Gründen kritisiert werden und kann keine geeignete Strategie gegen rechten Bestrebungen in der deutschen Gesellschaft sein. Der erste Kritikpunkt leitet sich aus der folgenden Überlegung des Politologen Ernesto Laclaus ab: »Es gibt keinen Grund, warum ein bestimmter demokratischer Anspruch nicht mit solchen artikuliert werden könnte, die politisch völlig anders gelagert sind. Es ist naiv zu glauben, die rassistischen und fremdenfeindlichen Diskurse der Rechten seien durch und durch reaktionär – auch in ihnen gibt es Anrufungen von realen Bedürfnissen und Ansprüchen der Subalternen, die eben mit reaktionären Elementen verknüpft sind.« Hier öffnet sich ein linker Populismus für Querfrontallianzen von links und rechts. Statt eine dringlich gebotene Konturierung der Unterschiede zu unterstützen, wird vorgeschlagen, sich auf die vereinenden Aspekte zu konzentrieren.

Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf die angebliche Kollektivsehnsucht von Menschen, die ein linker Populismus bewusst bedienen sollte. Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe schreibt, dass es einen Trieb im Menschen gäbe, der »den Wunsch erweckt, mit der Masse zu verschmelzen und sich damit selbst in sich zu verlieren«. Mouffe kritisiert aber nicht die verbreitete autoritäre Unterwerfung, die sich in solchen Verschmelzungsphantasien ausdrückt, und enthistorisiert so die Bildung kollektiver Identitäten. Stattdessen anthropologisiert sie diese als »psychologische Grundausstattung des Menschen«. Die Konturierung von linken und rechten Positionen ist nicht nur vor dem Hintergrund bereits existierender Querfrontallianzen voranzutreiben oder dem Bestreben von Organen des Verfassungsschutzes, links und rechts einander gleich zu setzen. Sie ist auch angesichts einer intellektuellen Neuen Rechten von Nöten, die sich genau die Überwindung von linken und rechten Polarisierungen zum Ziel gesetzt hat, und für die jede Gelegenheit auf öffentliches Gehör, ihrer Strategie – Anerkennung in politischen Diskursen zu erlangen – zuarbeitet.

Antifaschist_innen sind heute wieder mit einem vielfältiger gewordenen rechten Spektrum konfrontiert. Rechtes Denken bezieht sich stets positiv auf Heimat, Volk, Identität, Nation und partikulares Denken. Es wendet sich u. a. negativ gegen linke und als fremd betrachtete Menschen, das so genannte Establishment, den Universalismus und den Egalitarismus. Der Begriff des Populismus schafft einen Schutzraum für diejenigen Rechten, die sich hinter weniger krassen Positionen verstecken und für ihre rassistische Hetzte Meinungsfreiheit reklamieren. Dieser Situation kann nicht mit einer Verschleierung rechter Positionen unter dem allgemeinen Begriff des Populismus begegnet werden. Stattdessen gilt es die zunehmende Geltung rechter Positionen – also ihre Popularisierung – und damit ihre Artikulation im öffentlichen Diskurs zu bekämpfen.

Fußnoten

1 *Der Verweis auf die die angeblich prekäre Lebenssituation von Menschen, die AFD und Front National wählen, lässt sich empirisch nicht halten. Dennoch gilt der Verweis auf prekäre Lebenslagen häufig als Erklärung für den Zulauf, den rechte Parteien erhalten.*

2 *Die Studie »Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation« von Leo Löwenthal und Norman G. Guterman (1982 [1949]) ist nach wie vor hochaktuell.*

3 *Beispielhaft dafür: Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp Verlag und Laclau, Ernesto (2014): Warum Populismus? Online unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-populismus/ [02.02.2018].*

Infos zum Text

Der Artikel erschien auch in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 118, S.50f

Zum Wohle der Kinder

Australiens Politik gegenüber den indigenen Gemeinden

Felix Heese

Die Kolonialisierung Australiens wurde lange mit dem Konzept »Terra Nullius«, Niemandsland, legitimiert. Demnach seien die ersten weißen Siedler in Australien auf eine unkultivierte Wüste gestoßen, deren Ureinwohner »unzivilisiert«, ihre Gesellschaft »primitiv« war. Erst 1992 wurde diese Doktrin vom Obersten Gericht Australiens aufgehoben. Einigen indigenen Gemeinden wurden Landrechte zugesprochen und weitgehende Selbstverwaltung gestattet. Eine echte Abkehr vom Bild indigener Australier als »primitive Wilde« scheint dennoch bis heute nicht vollzogen.

Agendasetting

Seit Jahrzehnten wurde über das Fehlen von Millionen Dollar für die Gesundheitsversorgung und über Gewalt und Probleme in indigenen Gemeinden berichtet, doch alle Appelle wurden sowohl von den Medien als auch der Politik ignoriert. Bis zum Jahr 2006, als der amtierende Minister für indigene Angelegenheiten, Mal Brough (Liberale), öffentlich von einem Pädophilenring im Norden Australiens sprach. Nach Kritik an seiner unfundierten Anschuldigung berichtete der staatliche Sender ABC in seiner Sendung Lateline extensiv über Missstände in indigenen Gemeinden. Ein aufsehenerregendes Interview stellte den Höhepunkt der Berichterstattung dar: Ein anonymisierter ehemaliger Sozialarbeiter berichtete unter Tränen von Gewalt gegen Frauen und von indigenen Pädophilenringen, die systematisch Kinder missbrauchten und als Sexsklaven hielten – und bestätigte somit Broughs Anschuldigung. Nahezu alle Medien Australiens berichteten nun über Kindesmissbrauch in indigenen Gemeinden.



Little Children Are Sacred

Durch den plötzlichen Medienrummel wurde die Bundesregierung unter Druck gesetzt. Daraufhin gab die Regierung des Northern Territory (NT) eine Untersuchung des Ausmaßes von sexuellem Kindesmissbrauch in Auftrag. Der Bericht »Little Children are Sacred« wurde ein Jahr später veröffentlicht und beschreibt – wie schon viele Berichte zuvor – Kindesmissbrauch, Vernachlässigung und unerträgliche Lebensbedingungen in indigenen Gemeinschaften im Norden Australiens. Im Bericht werden nicht nur Ursachen benannt – wie die katastrophale Grundversorgung, bittere Armut und das Fehlen von Mitteln für Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialarbeit – sondern auch 97 Empfehlungen gegeben, wie Kindesmissbrauch in den Gemeinden bekämpft werden kann. Die erste Empfehlung des Berichts lautet, indigene Menschen (also die Betroffenen) zu beteiligen und sie in alle Entscheidungen einzubeziehen. Auch sollten die Lebensbedingungen verbessert werden, da Armut, überfüllter Wohnraum und Drogenkonsum oft zu häuslicher Gewalt führt.

Intervention

Hatten Politik und Medien auf ähnliche Berichte in der Vergangenheit gar nicht bis sehr zurückhaltend reagiert, so war das Tempo, mit dem die liberale Howard-Regierung nun vorging, sehr erstaunlich. Nur zwei Monate nach der Veröffentlichung von »Little Children are Sacred« und zwei Monate vor der Parlamentswahl, wurde ein Notfallgesetz von 500 Seiten verabschiedet: die Northern Territory Emergency Response (Intervention). Seit über 20 Jahren hatten sich Organisationen und Behörden für zusätzliche Mittel für indigene Gemeinden ausgesprochen und nun wurde sozusagen über Nacht ein Multi-Millionen-Dollar-Programm verabschiedet. Obwohl sich die Regierung auf »Little Children are Sacred« berief, handelte sie entgegen aller Empfehlungen des Berichts, entschied über die Köpfe der Betroffenen hinweg und zeigte symbolisch Härte.

Die Armee und zusätzliche Polizei wurden zur »Stabilisierung« in 73 indigene Gemeinden im Norden entsandt. Alkohol, Pornographie und Glücksspiel wurden verboten, dementsprechende Verbotsschilder aufgestellt. Um der Regierung unbegrenzten Zugang zu indigenem Land zu gewähren, wurden 65 »townships«, welche zuvor selbstverwaltet waren, zwangsverstaatlicht und sogenannten »General Business Managern« unterstellt. Marktbasierte Mieten und Mietverträge wurden eingeführt und die Gemeinden für die »echte Wirtschaft«[1] geöffnet. Die Hälfte der Sozialhilfezahlungen wurden unter »Quarantäne« gestellt, um den Kauf von Tabak, Alkohol und Pornographie zu kontrollieren.

Öffentlich kommuniziertes Ziel der Intervention war es, Kinder zu schützen, Gewalt und Drogenmissbrauch einzudämmen und die Überbelegung indigenen Wohnraums zu senken. Damit die auf indigene Gemeinden zugeschnittenen Maßnahmen umgesetzt werden konnten, setzte die Howard Regierung den »Racial Discrimination Act« außer Kraft, welcher die Diskriminierung von Minderheiten verbot. Dieser Schritt wurde von zahllosen Organisationen und von einem UN-Sonderberichterstatter als rassistisch diskriminierend verurteilt, passt aber zum Gebaren der Howard-Regierung, welche auch die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker ablehnte.

Stronger Futures

Nach der Wahl 2007 übernahm Kevin Rudd (Labor) die Regierung und führte die Intervention fort. Eigentlich bis 2012 begrenzt, verlängerte die folgende Premierministerin Julia Gillard (Labor) die Intervention bis 2022 und benannte sie um in »Stronger Futures«. Zu den maßgeblichen Änderungen zählen die Ausweitung des Einkommensmanagements mit der Einführung einer »Basics Card«, welche die sogenannte »Quarantäne«, die Rückhaltung eines Teils der Sozialhilfe, auf 70 Prozent anhob sowie höhere Strafen für Alkohol- und Pornografiebesitz vorsieht – bis zu sechs Monate Haft für eine Dose Bier.
2014 kürzte Premier Tony Abott (Liberale) das Budget für frühkindliche Erziehung sowie den Gesundheitsdienst und fasste 150 indigene Programme zu fünf Kernprogrammen zusammen. 2015 wurde »Stronger Futures« erneut angepasst. Der Fokus wurde nun auf Schule, Sicherheit und Arbeit gelegt, gleichzeitig wurden die Ausgaben für Gesundheitsmaßnahmen halbiert.

Zum Wohle der Kinder?

Die Intervention sollte Kinder schützen, Gewalt und Drogenmissbrauch einschränken sowie neuen Wohnraum schaffen. Entgegen dieser Ziele hat die australische Regierung seit der Intervention die Ausgaben für Alkohol- und Suchtkrankheiten von 8 Millionen auf 2,6 Millionen pro Jahr gesenkt. Seit der Intervention hat sich die Zahl der Selbstmorde und Selbstverletzungen in indigenen Gemeinden mehr als vervierfacht. Die Anwesenheit im Unterricht hat abgenommen und die Unterernährung (also Vernachlässigung) von Kindern hat zugenommen. Mit 700 Millionen Dollar sollte die Überbelegung in indigenen Häusern von 9,4 auf 9,3 Prozent gesenkt werden – in den ersten zwei Jahren der Intervention sind trotz Ausgaben in Höhe von 200 Millionen Dollar lediglich zwei Häuser gebaut worden.

Lügen, falsche Legitimation & tatsächliche Ziele

Das ABC-Interview mit dem Sozialarbeiter, welches der Startschuss für die Intervention war, löste eine intensive, 18-monatige Polizeiuntersuchung aus. Das Ergebnis der Untersuchung ist ebenso erschreckend wie bezeichnend für den Umgang Australiens mit der indigenen Bevölkerung. Der Untersuchungsbericht zeigte, dass es keinen Pädophilenring in Zentralaustralien gab. Darüber hinaus wurde nun öffentlich, dass der vermeintliche Sozialarbeiter ein enger Berater Mal Broughs war, der nie einen Fuß in die besagte Gemeinschaft gesetzt hatte. Sowohl Broughs als auch sein Berater hatten also gelogen.
Die maßgebliche Rechtfertigung für die beispiellos schnelle Verabschiedung der Intervention war ein nationaler Notstand – also ein immenses Ausmaß an Missbrauch von Kindern. Die tatsächlichen Zahlen zeichnen ein anderes Bild: Zwischen 2006 und 2010 wurden insgesamt 33 Menschen in den von der Intervention betroffenen Gemeinschaften für Kindesmissbrauch verurteilt. Wie »Little Children are Sacred« und viele andere Berichte zuvor aufzeigten, ist nicht der Missbrauch, sondern die Vernachlässigung von Kindern das Hauptproblem in indigenen Gemeinden – ausgelöst nicht zuletzt durch die chronische Unterfinanzierung über Jahrzehnte.

Management-Paternalismus

Der Zeitpunkt der Intervention kurz vor der Wahl 2007 und die absolute Missachtung aller Empfehlungen von »Little Children are Sacred« zeigen, dass die tatsächliche Agenda nicht der Schutz von Kindern war. Vielmehr wurde in einem einzigartigen PR-Gag Millionen für indigene Gemeinden versprochen, die seit Jahrzehnten in der Gesundheitsversorgung fehlten. Das Geld war allerdings an weitreichende Änderungen indigener Landrechte, Selbstverwaltung und die Öffnung der Gemeinden für den »freien Markt« gekoppelt.
Ultimatives Ziel der Intervention ist somit, die Kultur der indigenen Australier zu ändern, sie in den australischen Mainstream zu ziehen und sie zu assimilieren. Dieser Management-Paternalismus zeigt, dass indigene Australier immer noch als »primitive Wilde« gelten, die ihr Leben nicht unter Kontrolle hätten. Dies zeigt sich auch in der Weigerung weiter Teile der australischen Gesellschaft, die rassistische Politik anzuklagen und die Probleme in indigenen Gemeinschaften gemeinsam mit den Betroffenen anzugehen. ✖

Info

✖ *Dieser Artikel erschien vorab als Nachdruck in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 119*

Fußnote

1 *Mal Brough, 2007*

Mein Aberglauben gehört mir!

Organisierte Religion mögen viele Linke nicht. »Esoterik« und »Spiritualität« erscheinen vielen dagegen als harmlose Spinnerei – zu Unrecht

AG Esoterik der Gruppen gegen Kapital und Nation

Organisierte Religion ist der Linken seit jeher verdächtig. Zu gerne haben sich die meisten Pfaffen aller Art der jeweils verfügbaren Herrschaft angedient; zu deutlich war die Unterwerfung unter die imaginären himmlischen Herr*innen auch immer die unter die realen weltlichen Herrschaften; zu offensichtlich war und ist Religion ein Tröstungsmittel für trostlose Zustände; zu eklig und unbarmherzig im Regelfall der jeweilige Moralkodex. Seit es kapitalistische Nationalstaaten gibt, wird ja auch gerne das gemeinsame religiöse Fundament als kultureller Kitt der nationalen Gemeinschaft bemüht. Zwar ist Linken die Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft leider nicht immer verdächtig gewesen, ein ziemlich bedingungsloses Ja zu einem schädlichen Zwangszusammenhang zu sein - sollte sie aber.

»Spiritualität« hingegen, der positive Name des Hauptteils der Esoterik, entlockt Linken oft nur ein nachsichtiges Lächeln. Private Spinnereien ohne Apparat und Dogma seien der Beschäftigung kaum wert, und wenn Genossin X auf homöopathische Hustenmittelchen schwört, und Ex-Genosse V ›seine‹ Kinder in den Waldorf-Kindergarten schickt, dann sei das ja irgendwie Privatsache. Das hinter Homöopathie und Anthroposophie recht gut organisierte Vereine stehen, ist dabei nur der erste Einwand. Der zweite ist: Die Lehren, die dem zugrunde liegen, sind fiese Ideologien, die einer vernünftigen Gesellschaftskritik und der Einrichtung einer besseren Welt direkt entgegenstehen.

Ist diese indianische Schwitzhütte nach Feng-Shui-Prinzipien gestaltet?

Will mensch das Phänomen Esoterik begrifflich fassen, gibt's erst einmal ein Problem: Letztlich fällt alles darunter, was nicht vernünftiger Versuch der Welterklärung ist. Esoterik heißt ja verborgenes Wissen. Und damit ist mehr gemeint, als dass nicht alles sicht- und anfassbar ist - den Wert hat ja auch noch keiner gesehen - sondern, dass im Verborgenen unsichtbare, mit dem Verstand alleine nicht zu fassende Kräfte am Wirken sind. Insoweit sind alle Religionen natürlich esoterisch. Wir wollen uns im Weiteren aber nicht mit Religionen und auch nicht mit Sekten beschäftigen, die mittels Dogmen, Lebensvorschriften usw. sich leidlich klar voneinander abgrenzen lassen und versuchen ihre Gläubigen zu kontrollieren - sondern genau mit dem spirituellen Brei, den Millionen von Menschen sich jeweils individuell anrühren.

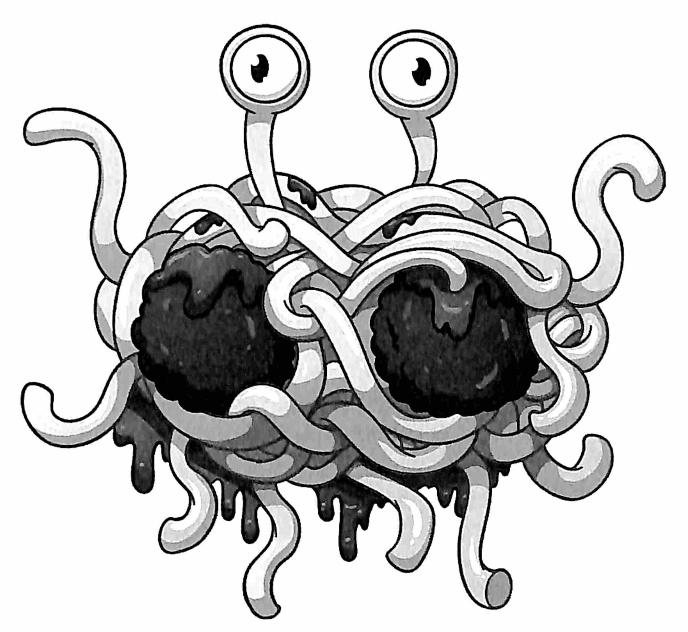
Objektiv gehören dazu aber auch Überzeugungen von angeblichen Feldern, Kräften, Energien, die mensch angeblich messen kann, in ungläubigen Laboren aber nicht nachzuweisen sind. Von der Überzeugung manche Tage seien (wie) verhext, über Chakren, Globuli, Entschlackungsfasten weiter zu Tarotkarten, Baumhoroskopen, Wünschelruten hin zum gemeinsamen Tanz mit den Waldelfen im Mondenschein ist die Palette, worüber zu reden wäre, recht breit.[1] Das heißt: Moderne Esoterik ist ein weites Feld, dass sich von quasi-religiösen Systemen über spinnerte Alltagspraktiken bis zu pseudowissenschaftlichen »Ergänzungen« erstreckt.

Dabei bedient sich die moderne Spiritualität des geistigen Abfalls aller Zeiten und Kontinente, und jeder darf sich ganz modern und individuell sein Weltbild zusammenbasteln. Das muss nicht kohärent sein, da kann ein spätmittelalterliches Zauberbuch friedlich zwischen irgendeinem Dalai Lama-Werk und einer Abhandlung über Erdstrahlen stehen, und im Medizinschrank grüßen die Schüßler-Salze in friedlicher Koexistenz die Präparate der Traditionellen Chinesischen Medizin und die lustigen Kupferspiralen, mit denen negative Energien aus dem Körper geholt werden sollen. Wohl versuchen einzelne, ihre Glaubenssätze in Systeme zu bringen und die »verschiedenen Ansätze« irgendwie halbwegs glaubwürdig und widerspruchsfrei zu kombinieren. Aber das bleibt Stückwerk und stößt auch nicht auf gesteigertes Interesse. Glaub, was du willst, aber glaub...

Auf diesen Pluralismus sind übrigens viele Esoteriker*innen ziemlich stolz und sehen darin einen Beweis, wie bunt, vielfältig und lebensnah, dabei undogmatisch, freundlich und tolerant sie mit ihren Glaubensüberzeugungen so sind.

Unsichtbare Konkurrenz für den lieben Gott: Mächte, Kräfte, Felder, Energien...

Religionswissenschaftlich gesehen ist die moderne Spiritualität aber nicht nur ein synkretistischer[2] Gemischtwarenladen, sondern auch ein Rückfall hinter die Religion. Denn die Vorstellung eines persönlichen, menschenähnlichen Gottes verwandelt unbekannte Mächte immerhin in ein ansprechbares Gegenüber. Dabei ist egal, ob - wie in den polytheistischen Religionen - vor allem Opfer und andere Rituale quasi als Bestechung benutzt werden sollen. Oder - wie in den monotheistischen Religionen - vor allem Glaube, Frömmigkeit und das Einhalten von Ge- und Verboten den »gnädigen« (Christentum) bzw. »allbarmherzigen« (Islam)



Gott für einen einnehmen soll. Immerhin gibt es ein mit Willen und Bewusstsein beseeltes Wesen, das ansprechbar ist; auch wenn im Zweifelsfall Gottes Wille unerforschlich bleibt.

Die Kräfte, Mächte, Felder usw., mit denen die Esoterik sich häufig beschäftigt, haben und sind dies nicht. Sie mögen manipuliert oder kontrolliert werden, aber sie haben weder eine Lehre noch irgendein Erlösungsversprechen anzubieten. Und damit passen sie erstaunlich gut in die moderne Welt: Nicht Jenseitsfurcht, sondern Daseinsbewältigung ist der eigentliche Antrieb religiöser Sinnsuche.

Entsprechend vielfältig sind die esoterischen Angebote, um das Leben zu verbessern, Krankheiten zu heilen, eins mit sich selbst zu werden und jenen grandiosen Einblick zu gewinnen, der den normalen Menschen fehlt. Statt langweiliger Predigten gibt es tolle Seminare auf denen mensch zu höherem Bewusstsein gelangt. Statt eines laschen Priestersegens lässt sich mit interessanten Apparaten einiges darüber herausfinden, welche Mächte und Kräfte einen so umgeben. Und statt Kerzen und Gebeten gibt es für viele – eingebildete wie reale – Wehwehchen, aber auch sehr ernsthafte Krankheiten, jede Menge »Heilmittel«, von denen die Schulmedizin nicht zu träumen wagt. Dass sich mit alldem viel Geld verdienen lässt, ist nur das eine.[3] Wichtiger aber ist die Frage, warum Menschen auch im angeblich aufgeklärten 21. Jahrhundert sich so freudig und gläubig aus dem geistigen Abfallhaufen der Menschheitsgeschichte bedienen.

Alles hängt mit allem zusammen – und macht auch noch Sinn!

Dabei befriedigt die moderne Esoterik, neben der Verzweiflung von Leuten, die sich von der Schulmedizin – zu Recht oder zu Unrecht – alleine gelassen fühlen, vor allem ein Bedürfnis: nach Sinn. Mit dem alten Kalauer, alles hänge mit allem zusammen, und hinter allem stecke ein Sinn, versorgen sich lauter Menschen, die in einer Gesellschaft voll Konkurrenz und Herrschaft dauernd so tun, als ginge es um sie, mit einer höheren, größeren, weiteren Perspektive auf ihre zumeist ziemlich traurigen Lebensumstände.

So bringt die Esoterik Ordnung in das Chaos: Wo der bürgerliche Alltagsverstand mit seinem begriffslosen Moralismus und seiner kritikarmen Parteinahme für seine Herrschaft nur Chaos, Schlechtigkeit und Unvernunft konstatieren kann, sehen die esoterischen Ideologien das Große und Ganze, nämlich den tieferen Sinn hinter allen Geschehnissen. Und zwar ohne die Gesellschaft und ihre Prinzipien infrage stellen zu müssen. Lauter Menschen, die das Material von Staat und Kapital abgeben, sich selbst aber einbilden wollen, Mittelpunkt der Welt zu sein, adeln so ihr Zurechtkommen und Scheitern mit- und gegeneinander als Teil eines kosmischen Ganzen.

Noch mehr: Indem sie die geheimen Gesetze des Lebens und des Zwecks des Universums kennenlernen, bilden sie sich ein, Herr*innen ihres Geschicks zu werden. Wo der Marxismus – in seiner vernünftigen Form[4] – die Erkenntnis der eigenen Ohnmacht zur Waffe gegen die Verhältnisse machen will, indem er die Leute über das wirkliche Wie und Warum aufklärt, damit die sich kollektiv aus ihren schädlichen Abhängigkeiten befreien, »ermächtigt« die Esoterik die Leute auf ganz andere Weise: »Es liegt an dir« ist die Botschaft der Esoterik. Wer genügend an sich arbeitet, auf die richtige Weise meditiert, die richtige homöopathische Medizin nimmt, die Wasseradern auspendelt, die Sterne und Bäume befragt, sein oder ihr früheres Leben erforscht, usw. und so fort, der/die wird glücklich, gesund und erfolgreich.[5]

Schlecht gelaufen? Deine (frühere) Schuld!

Mit einer durchaus bösartigen Pointe: Dass mensch sich nämlich alles selbst zuzuschreiben hat, wenn's nicht gut läuft. Es liegt an dir...

Wer sich keiner Schuld bewusst ist, wird dann wohl im früheren Leben irgendetwas angestellt haben.

Mit diesem Sinngebungsmechanismus lässt sich dann auch alles erklären: Job verloren? Badeunfall? Bürgerkrieg? Schlechtes Karma. Diese eklige Tour, jede*n für alles verantwortlich machen, was ihm*ihr zustößt lässt sich natürlich endlos weiterverlängern; sie gehört auch zum Standardrepertoire fast aller Religionen. Mit dem Unterschied: Der liebe Gott kann verzeihen, das Karma vergisst und vergibt nix.

Zurück zu den Wurzeln – oder zu den Wurzelrassen?

Viele Esoteriker*innen sind geradezu stolz auf ihren religionsgeschichtlichen Rückfall hinter die monotheistischen Erlösungsreligionen. Sie wollen nämlich das verschüttete »Wissen« der »Naturvölker« wiederbeleben, und halten Judentum, Christentum, Islam

mit ihrem abstrakten Moralismus, ihren heiligen Büchern und ihrer ausgeklügelten Theologie für lebensfeindliche, patriarchale, rationalistische Ideologien (s. dazu unseren Artikel: Planet der Affen).

Die Verbindungsmomente ins völkische Milieu liegen offen zu Tage: Wer edle, naturverbundene »Wilde« sucht, braucht nicht bei Kelten und »Indianern« stehen zu bleiben – mensch weiß zwar kaum was über »die Germanen«, aber umso munterer lässt sich projizieren. Und dass das Judentum, als erste monotheistische Religion am ganzen Schlamassel (Kapitalismus, Patriarchat, Naturzerstörung usw.) schuld ist, und die Menschen ihrer eigentlichen Religion entfremdet hat – da kann sich manche*r Halblinks-Gestrickte mit manchem Volksgenossen schnell einig werden, wie sonst höchstens beim Israel-Bashing.[6]

Wie überhaupt die Vorstellung eines ganzheitlichen Seins von Mensch und Natur eine einzige Steilvorlage dafür ist, die Welt als Organismus zu sehen, und die Ein- und Unterordnung der Leute unter höhere Zwecke zu fordern. Da dies ihrem eigentlichen Wesen entspricht, von dem sie sich ja bedauerlicherweise entfremdet hätten, ist eventuell anzuwendende Gewalt von vornherein legitimiert: Sie hilft ja Leuten nur zu werden, was sie sowieso eigentlich sind und ist damit eigentlich ein Dienst.

Nur weil wir drüber lachen, ist es noch lange nicht lustig!

Inhaltlich ist die Esoterik so hochkompliziert wie öde. Der Sinn des Lebens, der eine*m da angeboten wird, der Inhalt der angeblichen Erleuchtung, die Zusammenhänge, die da aufgedeckt und die Prinzipien des Werdens und Vergehens, die da erkannt werden sollen, sind so banal, langweilig, absurd, z.T. auch komisch, dass sie der Kritik kaum lohnen. Die Toten, höheren Mächte, Götter usw. scheinen nicht allzu viel Interessantes zu erzählen zu haben. Und um den jeweiligen Riten, Lebensregeln und Techniken etwas Erleuchtendes und Bewegendes abgewinnen zu können, muss der Wille zum Glauben schon da sein. Von außen sind die Analogieschlüsse aus der unverdauten Naturphilosophie und -magie vorbürgerlicher Gesellschaften skurril bis lächerlich.

Das führt dazu, dass Linke sich häufig nur darüber lustig machen und sich in der spöttischen Nacherzählung der entsprechenden Ideologien gefallen. Ein anderer Fehler ist es, nur auf die Stichwortgeber, Gurus und Schamanen zu schauen, und ihnen entweder ihre Geldgier, finstere politische Interessen oder sogar ihre jeweilige braune Vergangenheit vorzuwerfen. Ideologiekritik muss aber mehr tun, nämlich neben der Darstellung und logisch-kritischen Durchdringung der verschiedenen Lehren und dem Aufdecken der Interessen, die hinter der Verbreitung dieses Quarks stecken mögen, nach den Erfolgsbedingungen dieser Ideologie fragen, also wo sie wie und warum bestimmte geistige Bedürfnisse von Menschen befriedigt, was sie ihnen zu erklären scheint, was sie also attraktiv macht. Das politische Ergebnis dieser Ideologien – nämlich die Absage an eine vernunftgeleitete Veränderung der Gesellschaft, mit dem Ziel einer allgemeinen guten Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen – ist kein inhaltlicher Einwand gegen ihre Lehrinhalte, denn er sagt ja nichts über die Wahrheit und Unwahrheit dieser Spinnereien aus. Aber sie ist der Grund, warum eine emanzipatorische Linke diese Ideologien ernst nehmen und bekämpfen sollte.

Paläste für alle, statt Wolkenkuckucksheime für jede*n! ✖

Weitere Infos

✖ *AG Esoterik der Gruppen gegen Kapital und Nation*
info@gegen-kapital-und-nation.org

Fußnoten

1 *Unsere Freunde die Extraterist*innen, die sich in letzter Zeit so bedenklich rarrmachen, lassen wir an dieser Stelle mal ebenso aus dem Blick, wie die Leute, die eine etablierte Religion neu aufmöbeln (westliche Wellness-Varianten des Buddhismus, Hare Krishna) oder neue, angeblich ganz alte – dann doch ganz gut organisierte – Religion gründen wollen (Wicca-Kult; Neopagane).*

2 *Synkretismus: Verschmelzen verschiedener Religionen.*

3 *Der Großteil der Scharlatane dürften keine zynischen Geschäftemacher*-innen, sondern selbst mehr oder minder überzeugte Gläubige ihres eigenen Geschäftsartikels sein.*

4 *Also z. B. nicht des dialektischen und historischen Materialismus, der auch recht esoterisch allgemeine, ziemlich sinnstiftende Bewegungsgesetze von Natur, Gesellschaft und Denken aufstellen wollte.*

5 *Im Widerspruch dazu glauben viele Esoteriker*innen gleichzeitig (!) an die totale Vorherbestimmtheit von allem und jeden. Und landen bei der gleichen Lösung, wie der Calvinismus: Es ist zwar alles irgendwie prädeterminiert, trotzdem hängt alles davon ab, sich so anzustrengen, als sei es nicht so.*

6 *Das festzustellen ist übrigens etwas anderes, als die israelische Politik gut zu finden oder der jüdischen Religion wegen ihres Messianismus irgendwelche kommunistischen Qualitäten anzudichten.*

VORGESTELLT UND NACHGEHAKT

Nützliche Handreichung für den politischen Kampf

Wege durch die Wüste – Ein Antirepressions-Handbuch

Klaus Müller



> *Wege durch die Wüste*
> *Ein Antirepressions-Handbuch*
> *für die politische Praxis*
> *Autor*innenkollektiv*
> *Taschenbuch, überarbeitete Neuauflage 2016,*
> *256 Seiten, 9,80 €*
> *Verlag edition assemblage*
> *ISBN: 978-3-942885-81-2*

Wissen über staatliche Repression weiterzugeben erweist sich als schwierige Übung, prallen doch in den verschiedenen Generationen fast schon kulturelle Unterschiede in der politischen Praxis und dem Umgang bzw. dem NICHT-Umgang mit Repression aufeinander.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die staatliche Unterdrückung der linken Bewegungen immer weiterentwickelt und teilweise selbst die Horrorszenarien liberaler und bürgerlicher Gesellschaftsschichten der vergangenen Jahrzehnte überholt wurden. So titelt die des Linksradikalismus gänzlich unverdächtige Süddeutsche Zeitung bereits Mitte 2017: »Bayern führt die Unendlichkeitshaft ein.«, während ab Sommer 2018 die Bayrische Polizei weitere Befugnisse für ihre Ermittlungstätigkeiten bekommt, die nun auch die Einsicht, das Speichern und die Veränderung von Dateien auf Computern & Co. beinhalten sollen – das kann als eine Manipulation von Beweismitteln ausgelegt werden. Des Weiteren dürfen die Spezialeinsatzkommandos der bayrischen Polizei nun auch mit Handgranaten hantieren.

Beiden Herausforderungen stellt sich ein Autor*innenkollektiv, das das 1989 herausgegebene Buch »Durch die Wüste« Ende 2016 in überarbeiteter und aktualisierter Form neu veröffentlichte. Das Kollektiv versteht das Buch »[...] als Ratgeber für die politische Praxis, es enthält Tipps für einen wirkungsvollen und solidarischen Umgang mit den Versuchen des Staates, linken Protest zu kriminalisieren und jeglichen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse zu brechen.«

»Wege durch die Wüste« beschäftigt sich aus einer strömungsübergreifenden linksradikalen Perspektive mit Formen staatlicher Repression wie Überwachung, Polizeigewalt, Justiz und Haft. Es ist zum schnellen Auffinden der Themen klar gegliedert und mit Glossar und Index versehen, bietet aber auch die Möglichkeit, Wissen über Zusammenhänge und Hintergründe staatlicher Repression zu erlangen und ist trotz der Ratgeber-Ausrichtung der Texte gut lesbar.

Zur vertiefenden Auseinandersetzung mit Repression ebenso empfehlenswert wie zum ersten Einstieg in das Thema. ✖

_erata

Hier nun das letzte Errata der ZAG. Wir haben unsere Ausgaben noch einmal sehr gründlich durchgesehen, ob vielleicht noch irgendwo ein Fehler steckt.

ZAG

Leider wurden wir gleich an zwei Stellen fündig: Wir bitten alle Leser*innen der ZAG um Entschuldigung, dass die ZAG-Ausgabe 4 vom Oktober 1992 großteils einen weißen Fleck anstelle eines Titelbildes hatte. Das hatten wir bisher nicht bemerkt. Die Druckerei hatte schlicht und ergreifend die zweite Farbe vergessen. So etwas darf einfach nicht vorkommen. Wir werden die Druckerei nun zu einem klärenden Gespräch bitten.

In der ZAG-Ausgabe 74 vom Juni 2017 hingegen mussten wir bei dem Artikel »In linken Kontexten haben wir nicht dazugelernt – die antisemitische und rassistische Beschneidungsdebatte wäre heute noch genauso möglich« von Heinz-Jürgen Voß stark kürzen, um ihn im Heft unterbringen zu können. Zu stark, sagen einige, auch der Autor.

Dafür möchten wir uns entschuldigen.

Deshalb steht der Artikel nun in ungekürzter Form auf unserer Webseite: www.zag-berlin.de/antirassismus/archiv/74beschneidungsdebatte.html ✖

ANZEIGEN

Backlist

2017 #74 Religion und andere Drogen #73 Brandstifter **2016** #72 Biedermänner #71 Flucht und Versagen **2015** #70 Postkoloniale Spurenlese #69 Polizei.Staat.Rassismus. #68 Klassismus **2014** #67 Rechtspopulismus #66 Hellersdorf und die Folgen #65 Flüchtlingsbewegungen **2013** #64 Linke Diskussionskultur #63 Repressive Toleranz **2012** #62 20 Jahre neue antir. Bewegung #61 Critical Whiteness* #60 Rassismus in der Krise **2011** #59 Antiziganismus in Europa #58 It's All Natural **2010** #57 Krieg! Im Westen nicht Neues? #56 Islambilder 2 **2009** #55 rasse·kultur·macht #54 Osteuropas rechte Ränder **2008** #53 Homophobie* #52 Antidiskriminierung **2007** #51 Grenzerfahrungen #50 Verschwörungen **2006** #49 Nationale Befreiungsbewegungen #48 Die Türkei in Europa **2005** #47 Produktionen des Westens, gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ #46 Lechts und Rinks **2004** #45 Migration von Frauen* #44 Migrationsmanagement* **2003** #43 Antiziganismus* #42 911 Turbo **2002** #41 Monster AG #40 Blitzkultur **2001** #39 Antisemitismus* #38 Abschiebeknäste **2000** #36/37 Zimmer ohne Aussicht #35 Schengenland* #34 Islambilder **1999** #33 Konzepte antirassistischer Arbeit #32 Die Bilder-ZAG #31 Gesundheit als Privileg #30 Das Ende der Tabus **1998** #29 Sport und Rassismus #28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte #27 Antirassistische Jugendarbeit #26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** #25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität #24 Globale Migrationskontrolle #23 Mobilität #22 City 2000* **1996** #21 Balkan, Krieg und Flucht #20 Ökologie #19 Einwanderungspolitik #18 VietnamesInnen in Berlin, gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹* **1995** #17 Alltag-Kultur-Rassismus #16 Europa #15 Illegalisierung* #14 Deutscher Antirassismus?, gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** #13 Polizei und Justiz #12 Rassismus und Soziale Frage #11 Innere Sicherheit #10 Rassismus und Bildung **1993** #9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen* #8 Ausweisung und Abschiebungen* #7 Rassismus und Bildung* #6 Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne* **1992** #5 Roma in der BRD / Rostock* #4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda* #3 Wer schweigt, stimmt zu #2 Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** #1 Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

Impressum

Herausgeber: Antirassistische Initiative e. V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e. V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e. V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** rainGroup.de **Druck:** FATA MORGANA – berlinbrauchtdruck.de, **ISSN:** 2192-6719 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer.

Auflösung des Bestellarchives:

Die ZAG löst nach Herausgabe der Doppelausgabe ZAG_75 / 76 nicht nur die Zeitschrift, sondern auch ihr Bestell-Lager mit Archivausgaben auf. Deshalb sind die alten ZAG-Ausgaben ab sofort gratis beziehbar, lediglich die Kosten für Porto & Verpackung sind von euch zu tragen. Zukünftig ist nur noch diese Art der **Bestellung möglich**: ✖ Bitte sendet uns einen **Brief an** die Adresse: **ZAG-Archiv c/o Netzwerk Selbsthilfe, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.** ✖ In diesem Brief soll (ohne jeden Kommentar) ein **Zettel mit eurer Wunsch-Lieferadresse** liegen, nur diese wird von uns genutzt. ✖ Auf dem Zettel sollte natürlich auch stehen, **wie viele Hefte von welcher Ausgabe** ihr beziehen wollt (z. B. 3 x ZAG 56, 1 x ZAG 42) ✖ Zusätzlich sollte in dem **Briefumschlag** auch das **Porto** (Preisstand 01.07.2018) in folgender Staffelung liegen: **[bis drei Hefte: 1,40 € / - bis sechs Hefte: 2,10 €]** Bei größeren Bestellungen oder bei Bestellungen der gesamten ZAG-Ausgaben (z.B. für Infoläden, Archive oder Bibliotheken) bitten wir zuerst um Kontaktaufnahme per Mail und dann um Vorkasse. Bestellungen auf Rechnung sind ab sofort nicht mehr möglich.

Ein Verzeichnis aller Ausgaben findet ihr weiterhin unter www.zag-berlin.de.

Datenschutzanmerkung: Eure Bestellunterlagen (Briefe und Mails) löschen wir direkt nach dem Versand der Hefte, deshalb sind spätere Nachfragen auch nicht möglich.